



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1964

Montag, den 27. April 1964

Nr. 17

Inhalt:	Seite	Seite
Der Hessische Ministerpräsident Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 27. 3. 64 — 10. 4. 64	529	
Der Hessische Minister des Innern Änderung des niederländischen Staatsangehörigkeitsrechts Irakische Bestimmungen über die Meldepflicht der Ausländer und über Ausreiseseitvermerke	530	541
Allgemeine Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten; hier: Verzeichnis der derzeit im Lande Hessen gültigen allgemeinen Zulassungen — 7. Ergänzung	530	541
Nomnblätter des Deutschen Normenausschusses, die als Hinweise den Bauaufsichtsbehörden bekanntgegeben wurden	535	542
DIN 1052 — Holzbauwerke, Berechnung und Ausführung — hier: Verzeichnis der Firmen, welche die Voraussetzungen des § 16 d 1 erfüllt haben	537	542
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Ostheim, Land- kreis Friedberg	538	
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Wohnbach, Land- kreis Friedberg	538	
Genehmigung einer Flagge der Gemeinde Raunheim, Land- kreis Groß-Gerau	538	
Genehmigung eines Wappens der Stadt Lißberg, Landkreis Büdingen	538	
Genehmigung einer Flagge des Landkreises Lauterbach Zulassung von Feuerlöschgeräten; hier: Widerruf der Zulas- sung für Tetra-Feuerlöcher	538	553
Der Hessische Minister der Finanzen Weitergewährung des Kinderzuschlages über das 25. Lebensjahr hinaus; hier: Verzögerung der Schulausbildung infolge Ver- legung des Schuljahresbeginns	539	554
Der Hessische Minister der Justiz Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises	539	
Der Hessische Kultusminister Verwaltungsvorschriften zum Gesetz über Unterrichtsgeld- und Lernmittelfreiheit und Erziehungsbefehlfen	539	555
Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr Runderlaß Gesetz über die Beteiligung der Gemeinden und Landkreise am Aufkommen der Kraftfahrzeugsteuer (Kraftfahrzeugsteuer- verbundgesetz); hier: Einmalige Zuwendungen des Landes Hessen an Gemeinden und Landkreise zum Um- und Ausbau von Ortsdurchfahrten im Zuge von Landes- und Kreisstraßen und zur Beseitigung schienengleicher Bahnübergänge	540	557
Bau und Betrieb einer Hochdruck-Gasfernleitung von Dörnig- heim, Landkreis Hanau, nach Meckbach, Landkreis Hersfeld	540	558
Widmung von Neubaustrecken im Zuge der Landestraße 3332 und Abstufung sowie Einziehung von Teilstrecken der bis- herigen Landesstraße 3332 in der Gemarkung Dörnholzhausen, Landkreis Frankenberg	540	558
Umstufung von Teilstrecken in der Ortsdurchfahrt Hofheim a. Ts., Main-Taunus-Kreis, im Zuge der Landesstraßen 3011 und 3012	540	558
Widmung einer Neubaustrecke sowie Abstufung einer bisherigen Teilstrecke im Zuge der Landesstraße 3011 in der Gemarkung Ehnhalten, Main-Taunus-Kreis		541
Abstufung einer Teilstrecke der Kreisstraße 47 in der Ge- markung Hachborn, Landkreis Marburg		541
Aufstufung der Kreisstraße 234 im Oberlahnkreis und der Kreisstraße 504 im Landkreis Limburg zu Landesstraßen		541
Nachtrag zu der Genehmigung für die Hessische Landesbahn GmbH, Wiesbaden, zum Betrieb einer dem öffentlichen Ver- kehr dienenden Eisenbahn von Reinheim nach Reichelsheim vom 16. März 1967 nebst Nachtrag vom 6. Juli 1960		542
Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen Lehrapothekenverzeichnis 1964/66		542
Verzeichnis der für die Ableistung des Krankenpflegedienstes der Studierenden der Medizin und der zur Ausbildung von Famuli und Medizinalassistenten geeigneten und ermächtigten Krankenanstalten, Einrichtungen und Ärzte		543
Monatlicher Bericht über die anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten in Hessen		551
Kriegsopferfürsorge; hier: Auswirkungen des Zweiten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Kriegsopferrechts		551
Bekämpfung der Schnüffelkrankheit der Schweine (Rhinitis atrophicans)		553
Auslegung der Wählerverzeichnisse für die Wahl zur Delegier- tenversammlung der Landesärztekammer Hessen		553
Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten Flurbereinigung Volksmarsen, Krs. Wolfhagen		554
Verwaltungsanordnung des Hessischen Ministers für Landwirt- schaft und Forsten über die Anerkennung der Aussiedlung und von Baumaßnahmen in einem Altgehöft als Siedlung im Sinne des Reichsiedlungsgesetzes		554
Flurbereinigung Reichensachsen, Krs. Eschwege		555
Flurbereinigung Kröffelbach, Krs. Wetzlar		555
Personalnachrichten F. im Bereich des Hessischen Kultusministers		556
H. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohl- fahrt und Gesundheitswesen		557
Der Landeswahlleiter für Hessen Nachfolge für den Abgeordneten Georg Ackermann (SPD)		558
Regierungspräsidenten Veröffentlichung von anerkannten Kraftfahrzeugwerkstätten		558
WIESBADEN Aufhebung der „Wolfgang-Schleussner-Stiftung“ mit dem Sitz in Frankfurt am Main		558
Aufhebung der Henri-Blachiere'schen Stiftung, Hanau		558
Aufhebung des Wohnplatzes „Dickeloh“ in der Gemeinde Hirschhausen, Oberlahnkreis		558
Buchbesprechungen		558
Öffentlicher Anzeiger		560

450

Der Hessische Ministerpräsident

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 27. 3. 1964 bis 10. 4. 1964			
Erhältlich durch den Buchhandel oder unmittelbar beim Hessischen Statistischen Landesamt, 62 Wiesbaden, Rheinstraße 35/37	DM		
Statistische Berichte	Preis		
CO/Gartenbauerhebung 1961 — 7 Gartenbauerhebung 1961	2,—		
* C I 2 — j/64 Die Anbauabsichten im Erwerbsgemüsebau in Hessen 1964	—,50		
* C III — 1 vj 1/64 Der Schweinebestand am 3. März 1964 in Hessen	—,50		
C III 3 — j/63 Milcherzeugung und -verwendung in Hessen im Jahre 1963	1,—		
* E I 1 — m 1/64 Die Industrie in Hessen im Januar 1964 und Ergebnisse der Totalerhebung 1963	1,—		
E I — F I/S — m 2/64 Industrie und Bauhauptgewerbe in Hessen Vorläufige Zahlen für Februar 1964	1,—		
* F I 1 — m 2/46 Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Februar 1964	—,50		
* F II 1 — 1/64 Die erteilten Baugenehmigungen in Hessen im Januar 1964	—,50		
* F II 1 — m 2/64 Die erteilten Baugenehmigungen in Hessen im Februar 1964	—,50		
G I 1 — m 2/64 Die Umsätze im Einzelhandel in Hessen im Februar 1964	—,50		
* G I 1 — m 2/64 Umsatzentwicklung im Einzelhandel in Hessen im Februar 1964	—,50		
* G III 1 — m 1/64 Die Ausfuhr Hessens im Januar 1964	1,—		
H I 4 — m 1/64 Der Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen in Hessen im Januar 1964	—,50		
* H II 1 — 2/64 Die Binnenschifffahrt in Hessen im Februar 1964	1,—		
M I 1 — m 1/64 Erzeuger- und Großhandelspreise in Hessen im Januar 1964	1,—		
Wiesbaden, 10. 4. 1964		Hessisches Statistisches Landesamt	
		Z 2 c 1 Az.: 77 a 241/64	
		St.Anz. 17/1964 S. 529	

451

Der Hessische Minister des Innern

An die
Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

mit Überdrucken für die Herren Landräte und die Magistrate
der Gemeinden über 10 000 Einwohnern

Änderung des niederländischen Staatsangehörigkeitsrechts

Bezug: Runderlaß vom a) 21. März 1952 — IIe — 1 c
02/05 — 878/52, b) 22. Februar 1954 — IIe —
1 c 02/05 — 415/54, c) 4. September 1954 — IIe —
1 c 02/05 — 4323/54, d) 10. Dezember 1954 —
IIe — 1 c 02/05 — 6880/54, e) 11. April 1960 —
IIe — 1 c 02/05 — 36/60 — 2, f) 4. Januar 1963 —
IIe 2 — 1 c 02/05 — 2/63 — 2

Durch das im „Staatsblad 467 von 1963“ veröffentlichte
niederländische Gesetz vom 14. November* 1963 sind das
niederländische Staatsangehörigkeitsgesetz vom 12. Dezember
1892 (Staatsblad 268), das niederländische Gesetz vom 30. Juli
1953 (Staatsblad 363) über Maßnahmen zur Behebung von
Staatenlosigkeit — letzteres geändert durch das Gesetz vom
24. Dezember 1953 (Staatsblad 631) — und das niederländische
Gesetz vom 3. November 1954 (Staatsblad 476) über die
Möglichkeit der kostenlosen Verleihung der niederländischen
Staatsangehörigkeit an in Surinam wohnhafte Personen ge-
ändert worden. Das Änderungsgesetz vom 14. November 1963
tritt nach der im Staatsblad Nr. 22/1964 S. 114 veröffent-
lichten niederländischen Verordnung (Besluit vom 27. Januar
1964) am 1. März 1964 in Kraft.

Mit Wirkung vom 1. März 1964 kann die verheiratete Frau
selbst über Erwerb, Verlust oder Beibehaltung der nieder-
ländischen Staatsangehörigkeit entscheiden. Damit ist der
Willenserklärung der Frau die entscheidende Bedeutung zu-
erkannt. Gibt eine Niederländerin bei der Eheschließung mit
einem Deutschen seit dem 1. März 1964 eine Erklärung über
den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit gemäß § 6
Abs. 2 RuStAG ab, so verliert sie damit die niederländische
Staatsangehörigkeit; in Abweichung von der bisherigen
Rechtslage behält sie diese jedoch, wenn sie keine solche
Erklärung abgibt. Der unter e) aufgeführte Bezugserlaß vom
11. 4. 1960 ist damit überholt.

Ich weise insbesondere auf die Übergangsbestimmungen
(Artikel 3) hin. Eine ehemalige Niederländerin, die in der
Zeit vom 1. 7. 1893 bis zum 29. 2. 1964 durch die Eheschlie-
ßung mit einem Nichtniederländer ihre niederländische
Staatsangehörigkeit verloren hat, kann durch eine Erklärung
gegenüber dem für sie zuständigen niederländischen Konsul-
at die niederländische Staatsangehörigkeit wiedererwerben;
diese Erklärung kann jedoch in der Regel nur bis zum 28. 2.
1965 abgegeben werden. Weitere Auskünfte hierüber erteilt
das Niederländische General-Konsulat in Frankfurt (Main),
Schumannstraße 62.

Ich bitte um Kenntnisnahme und Beachtung.

Wiesbaden, 14. 4. 1964

Der Hessische Minister des Innern
IIe 2 — 1 c 02/05 — 4/64 — 3

StAnz. 17/1964 S. 530

452

**Irakische Bestimmungen über die Meldepflicht der Ausländer
und über Ausreiseseitvermerke**

Bezug: Runderlaß vom 4. 10. 1963 (StAnz. S. 1194)

Das irakische Außenministerium hat der Botschaft der
Bundesrepublik Deutschland in Bagdad von folgenden neuen
Bestimmungen über die Meldepflicht der Ausländer und
über Ausreiseseitvermerke Kenntnis gegeben:

1. Ein Ausländer, der sich nicht länger als 3 Tage im Irak
aufhält, benötigt keinen Ausreiseseitvermerk.
2. Ein Ausländer, der sich länger als 3 Tage im Irak auf-
halten will, muß sich innerhalb von 3 Tagen nach seiner
Einreise bei der Ausländermeldebehörde in Bagdad (Director
of Residence-Police) oder bei den sonstigen Dienststellen
dieser Behörde im Lande registrieren lassen. Er benötigt
keinen Ausreiseseitvermerk, wenn sein Aufenthalt die Dauer

von 15 Tagen nicht überschreitet. Erstreckt sich der Aufent-
halt im Irak auf einen längeren Zeitraum als 15 Tage, so ist
ein Ausreiseseitvermerk erforderlich.

3. Hat der Ausländer von den irakischen Vertretungen im
Ausland einen Einreiseseitvermerk erhalten, der ihn aus-
drücklich als Touristen oder Besucher kennzeichnet, ist er von
der Meldepflicht und der Ausreiseseitvermerkplicht befreit,
sofern sein Aufenthalt im Irak die Dauer von 30 Tagen nicht
überschreitet.

Den Bezugserlaß hebe ich auf.

Wiesbaden, 10. 4. 1964

Der Hessische Minister des Innern
III b — 23 d

StAnz. 17/1964 S. 530

453

An die
Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

An den
Magistrat der Stadt Frankfurt/M.
— Bauaufsichtsbehörde —

Allgemeine Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten;

hier: Verzeichnis der derzeit im Lande Hessen gültigen
allgemeinen Zulassungen — 7. Ergänzung

Bezug: Erlaß vom 2. 11. 1959 — Vb/1 — 64 a 16 — 1/59
und Ergänzungen vom 1. 9. 1960, 3. 3. 1961,
15. 8. 1961, 16. 4. 1962, 30. 11. 1962, 12. 7. 1963.

Das mit Erlaß vom 2. 11. 1959 übersandte Grundverzeichnis
der im Lande Hessen gültigen allgemeinen Zulassungen bitte
ich, wie folgt zu berichtigen und zu ergänzen sowie die nach-
geordneten Bauaufsichtsbehörden entsprechend zu unter-
richten.

A. BERICHTIGUNGEN**Teil I**

Folgende Zulassungsbescheide wurden verlängert:

Lfd. Nr. 32: — T-Hohlblocksteine aus Schwerbeton bis 30. 6.
1966

Lfd. Nr. 35: Hohlblocksteine D 24, D 30, D 36,5 aus Einkorn-
beton bis 31. 12. 1966

Für folgende Zulassungen wurde ein Ergän-
zungsbescheid vom 26. 2. 1964 erteilt:

Lfd. Nr. 42: Balkendecke System „Guthke“

Lfd. Nr. 43: Stahlbeton-Rippendecke System „Guthke“

Teil II**A. DECKEN**

Lfd. Nr. 14: Die Zulassung für die Walther-Decken wurde
bis 31. 12. 1964 verlängert.

Für folgende Zulassungen wurde ein Ergän-
zungsbescheid vom 26. 2. 1964 erteilt:

Lfd. Nr. 14: Walther-Decken

Lfd. Nr. 17: Stahlbeton-Rippendecken System „Eilbrecht“

Lfd. Nr. 22: OMNIA-Stahlblechträgerdecke

Lfd. Nr. 23: Baustahl-Gitterträgerdecke

Lfd. Nr. 26: Leichtbau-Montagedecke System „Frankfurt“

Lfd. Nr. 28: Kaiser-Decke mit Rundstahlträger KT 700 und
Zwischenbauteilen

Lfd. Nr. 29: Kuhlmann-Decken

D. KAMINFORMSTÜCKE

Lfd. Nr. 1: Die Zulassung für doppelwandige waagrecht
bewehrte Schornsteinformstücke aus Ziegel-
splittbeton für stärkere Feuerungen „System
SIMO“ wurde bis 30. 9. 1968 verlängert.

F. VERSCHIEDENES

Folgende Zulassungsbescheide wurden verlän-
gert:

Lfd. Nr. 4: Hängebockgerüst „EriCa“ 105 bis 31. 7. 1968

- Lfd. Nr. 8: Stahlrohrgerüstkupplung „Ossa“ Normal-Kupplung bis 30. 9. 1964
 Lfd. Nr. 11: „Dolesta“-Fachwerkbauteile bis 31. 12. 1964
 Lfd. Nr. 22: Wand- und Deckenbauart AB-Elementhaus bis 31. 5. 1965
 Lfd. Nr. 29: Zur Zulassung für das Spannverfahren Wayss und Freytag wurde ein Ergänzungsbescheid vom 23. 4. 1963 — betr. Spannglied WA 9 (bewehrt) und WA 54 — erteilt. Bei Nr. 37 ist auf Nr. 29 hinzuweisen.

Teil III**A DECKEN**

Folgende Zulassungsbescheide wurden verlängert:

- Lfd. Nr. 13: Stahlleichtträger-Verbunddecke System „Dr. Burkhardt“ (mit 8,5 cm hohen Stahlleichtträgern) bis 31. 12. 1964
 Lfd. Nr. 20: Stahlleichtträger-Verbunddecke System „Dr. Burkhardt“ (mit 14 cm hohen Stahlleichtträgern) bis 31. 12. 1964
 Lfd. Nr. 51: Homa-Decke mit vorgespannten Fertiggelbalken bis 31. 3. 1964
 Lfd. Nr. 53: Delta-Spannbetonträgerdecke mit \perp -Trägern bis 31. 12. 1963
 Lfd. Nr. 72: Peka-Decke bis 31. 12. 1964
 Lfd. Nr. 73: „Rapid-Ziegelsteg“-Decken bis 31. 3. 1964
 Lfd. Nr. 78: Hohlsteindecke „Reese“ bis 31. 3. 1964
 Lfd. Nr. 96: Filigran-Rippendecke bis 30. 11. 1964
 Lfd. Nr. 106: ABE-Decke System Ainedter bis 31. 5. 1964
 Für folgende Zulassungen wurden erteilt:
 Änderungsbescheide (Datum des Bescheides ist eingeklammert)
 Lfd. Nr. 51: Homa-Decke mit vorgespannten Fertiggelbalken (19. 4. 1963)
 Lfd. Nr. 53: Delta-Spannbetonträgerdecke mit \perp -Trägern (20. 11. 1963)
 Lfd. Nr. 80: Lang-Füllkörperdecke (27. 1. 1964)
 Lfd. Nr. 89: Menzel-T-Balkendecke (27. 1. 1964)
 Lfd. Nr. 96: Filigran-Rippendecke (4. 12. 1963)
 Lfd. Nr. 106: ABE-Decke System Ainedter (21. 5. 1963)
 Lfd. Nr. 113: Ova-Decke mit Rundstahlgurt (27. 1. 1964)
 Lfd. Nr. 114: Avi-Leichtträgerdecke (27. 1. 1964)
 Lfd. Nr. 115: Dino-Decke mit vorgespannten \perp -Trägern (14. 5. 1963)
 Lfd. Nr. 122: Filigran-SK-Decke (22. 11. 1963)
 Lfd. Nr. 123: Filikeram-Decke (Vogter Ziegeldecke) (22. 11. 63)
 Ergänzungsbescheide:
 Lfd. Nr. 91: Spannbeton-Montagedecke mit \perp -Trägern, System „Imbau“ (6. 1. 1964)
 Lfd. Nr. 101: Montagedecke „Hamm“ mit einer vorgefertigten Spannbewehrung (6. 1. 1964)
 Folgende Zulassungen wurden mit Bescheid vom 20. 1. 1964 widerrufen:
 Lfd. Nr. 51: Homa-Decke mit vorgespannten Fertiggelbalken
 Lfd. Nr. 68: Spannbetondecke mit \perp -Träger, System Hörner
 Lfd. Nr. 69: Spannbeton-Rippendecke mit I-Träger, System Hörner
 Lfd. Nr. 71: Landshuter Decke (Balkendecke), System Proksch mit Spannbetonträgern 18 cm und 24 cm hoch
 Lfd. Nr. 74: Spannbetondecke mit \perp -Träger, System Lange
 Lfd. Nr. 75: Landshuter Decke (23,5 cm bis 36,5 cm dick) System Proksch mit Spannbetonträgern
 Lfd. Nr. 93: Spannbetonbalkendecke System „Dendl“
 Lfd. Nr. 107: Delta-Spannbetonträgerdecke
 Lfd. Nr. 108: Decken mit Spannbetonträgern Hochtief AG-Ausführung A und B
 Lfd. Nr. 115: Dino-Decke mit vorgespanntem \perp Träger
 Lfd. Nr. 125: Monofer-Decke

B. DACHKONSTRUKTIONEN

- Lfd. Nr. 5: Die Zulassung für die Durisol-Dachplatte wurde bis 31. 12. 1964 verlängert.
 Für folgende Zulassungen wurden erteilt:
 Änderungsbescheide:
 Lfd. Nr. 5: Durisol-Dachplatte (4. 11. 1963 und 27. 1. 1964)

- Lfd. Nr. 14: Bewehrte Hebel-Dachplatten auf dampfgehärtetem Gasbeton B 35 (27. 1. 1964)
 Lfd. Nr. 18: Wellsteg-Träger (3. 12. 1963)
 Ergänzungsbescheide:
 Lfd. Nr. 16: Spannbeton-Rippenplatte „Monier“ als Dachplatte (6. 1. 1964)

C. WANDBAUELEMENTE

- Lfd. Nr. 30: Die Zulassung für die Hummel-Bauart wurde bis 31. 12. 1964 verlängert

D. KAMINFORMSTÜCKE

Folgende Zulassungsbescheide wurden verlängert:

- Lfd. Nr. 1: PLEWA-Schornsteinformstücke für Rauchschornsteine bis 31. 12. 1964
 Lfd. Nr. 3: PLEWA-Schornsteinformstücke für Abgasschornsteine bis 31. 12. 1964
 Lfd. Nr. 13: Schornsteinformstücke (Kaminformsteine) für stärkere Feuerungen System „Frey“ bis 31. 3. 1964
 Lfd. Nr. 25: Der Zulassungsbescheid vom 10. 8. 1962 für den Mantelschornstein BORA-schorn wurde zurückgezogen.

G. VERSCHIEDENES**a) Schalungen, Gerüste und Zubehör**

Folgende Zulassungsbescheide wurden verlängert:

- Lfd. Nr. 37: Mannesmann-Stahlrohr-Gerüstkupplung 900/600 aus Profilstahl bis 31. 5. 1964
 Lfd. Nr. 38: Normal-Keil-Kupplung „Citrapid“ (Kreuzverbinder) Temperguß bis 31. 12. 1964
 Lfd. Nr. 39: Normal-Keil-Kupplung „Citrapid“ (Kreuzverbinder) im Gesenk geschmiedet bis 31. 12. 1964
 Lfd. Nr. 40: Normal-Keil-Kupplung „Citrapid“ im Gesenk geschmiedet, Sattelstücke geschweißt bis 31. 12. 1964
 Lfd. Nr. 41: Dreh-Keil-Kupplung „Citrapid“ im Gesenk geschmiedet bis 31. 12. 1964
 Lfd. Nr. 42: Zug-Keil-Kupplung „Citrapid“ Temperguß bis 31. 12. 1964
 Lfd. Nr. 43: Einlage-Hohldorn „Citrapid“ Temperguß bis 31. 12. 1964
 Lfd. Nr. 44: Fußplatte „Citrapid“ Temperguß bis 31. 12. 1964
 Lfd. Nr. 79: Schutzwandhalter System „Jakobi“ bis 31. 12. 1964
 Lfd. Nr. 37: Die Zulassung für die Mannesmann-Stahlrohr-Gerüstkupplung 900/600 aus Profilstahl wurde mit Bescheid vom 22. 5. 1963 geändert.

e) Betonzusatzmittel

Folgende Zulassungen wurden verlängert und ergänzt:

- Lfd. Nr. 35: Prolan als Betonverflüssiger (Bv) bis 30. 6. 1964
 Lfd. Nr. 36: Prolapin als Betondichtungsmittel (DM) bis 30. 4. 1964
 Lfd. Nr. 39: Prolanol-Mischöl als luftporenbildendes Betonzusatzmittel (LP) bis 30. 6. 1964

f) Verschiedenes

Folgende Zulassungen wurden verlängert bzw. neu befristet:

- Lfd. Nr. 31: Spannverfahren „Züblin“ bis 31. 10. 1964
 Lfd. Nr. 37: Vorgespannter Stahlstein-Fertigteilsturz System „STAHLTON-Z“ bis 20. 7. 1964
 Lfd. Nr. 39: Spannverfahren BBRV bis 31. 12. 1963
 Lfd. Nr. 53: Kämpf-Träger bis 31. 7. 1964
 Für folgende Zulassungen wurden erteilt:
 Änderungsbescheide:
 Lfd. Nr. 39: Spannverfahren BBRV (14. 5. 1963)
 Lfd. Nr. 41: Spannverfahren Sager & Woerner (54 Spannglied) (29. 5. 1963)
 Lfd. Nr. 53: Kämpf-Träger (11. 9. 1963)
 Ergänzungsbescheide:
 Lfd. Nr. 42: Spannverfahren „Polensky & Zöllner“ (8. 8. 1962)

Lfd. Nr.	Zulassungsgegenstand:	Zulassungsinhaber:	Urkunde:	Geltungsdauer:
B. ERGÄNZUNGEN				
Teil I				
55	Hohlblocksteine aus Schwerbeton; Form und Maße der DIN 18151 entsprechend	Betonsteinwerk Oberseelbach/Ts., Zerbe KG, Oberseelbach ü. Idstein/Ts.	Vb—64b 08/09 137/63 v. 31. 10. 63	31. 12. 1966
56	wie vor	Helmut Nolte, Sand- u. Kiesbaggerei, Niederrodenbach, Kinzigstr. 4	Vb—64b 08/09 140/63 v. 31. 1. 64	31. 12. 1966
Teil II				
A. DECKEN				
32	Rheindecke (Stahlbeton) (Gitterträger)	Rheinbau-GmbH, Omnia-Decken-Organisation, Wiesbaden, Alexandrastr. 3	Vb—64b 08/11 59/63 v. 30. 9. 63	31. 12. 1968
33	Stahlbeton-Gitterträger-Decken System „Eilbrecht-Gries“	Heinz Eilbrecht, Bau-Ing., Offenbach/Main, Rathenaustr. 38	Vb—64b 08/11 99/63 v. 30. 9. 63	31. 12. 1968
F. VERSCHIEDENES				
38	Geleimte doppelschalige Dach- und Wandtafelelemente aus Vollholzrippen und WiDe Flex-Bausperrholzplatten	C. Deines GmbH, Sperrholzwerk, Hanau/Main	Vb—64b 08/17 3/63 v. 23. 7. 63	30. 6. 1966
39	Gußeiserner Schornstein für die Wand- und Deckenbauart AB Elementhaus	AB-Elementhaus Mockfjärd (Schweden), vertreten durch Schwedische Elementhäuser GmbH, Frankfurt/M.	Vb—64b 08/13 21/63 v. 31. 7. 63	verlängert bis 31. 5. 1965
40	Stahlrohr-Leitergerüste System „Hussor“	Roland-Husson & Co., Orbey (Haut Rhin)	Vb—64b 08/23 29/63 v. 30. 9. 1963	31. 12. 1968
41	„Practicus-Stahlrohrgerüste“	ROGEBÄ-Rohrgerüst u. Maschinenbau GmbH u. Co KG, Frankfurt/M., Danneckerstr. 15	Vb—64b 08/23 42/63 v. 30. 10. 63	31. 12. 1968
42	Schornsteingerüst System „Fiedler“	H. Fiedler, Baumaschinen, Seligenstadt/Hessen	Vb—64b 08/23 44/63 v. 30. 11. 63	31. 12. 1968
Teil III				
A. DECKEN				
126	Stahlbeton-Decke aus Fertigteilen System „HÜ-Decke“	Stahlbetondecken Kurt Hünten, Mülheim (Ruhr)-Speldorf, Hochfelderstr. 55	Nordrh.-Westf. II B2 — 2.420 Nr. 110/62 v. 24. 4. 1962	30. 4. 1967
127	Stahlsteindecke aus Ziegel-Deckenplatten „DIA“	H. Diekmann KG, Ziegel- und Spannbetonwerk Appke ü. Lehrte	Niedersachsen 40 42 25 (119) v. 28. 6. 1963	31. 5. 1968
128	Fertigteildecke mit vorgespannter Stahlbetonleiste System „Hecht“	Hans Hecht, Bauunternehmen, Friedrichshafen, Paulinenstr. 33	Bad.-Württbg. Nr. V 6225 Fa. Hecht / III v. 20. 7. 1963	31. 12. 1967
129	Stahlbeton-Fertigteildecken System „Ferma“	Ferma-Werke Ettlingen (Baden), Bahnhofstr. 17—21	Bad.-Württbg. Nr. V 6225 Ferma-Werke / I v. 20. 7. 1963	20. 1. 1964
B. DACHKONSTRUKTIONEN				
21	Bewehrte Deckenplatten aus dampfgehärtetem Gasbeton GSB 50	Gasbetonwerk Jos. Hebel GmbH, Fürstenfeldbruck, Emmering	Bayern Nr. IV B 5 9150/4—688 v. 3. 12. 63	31. 12. 1968
C. WANDBAUELEMENTE				
58	Hebel-Gasbeton Wandplatten GSB 35	Gasbetonwerk Jos. Hebel GmbH, Fürstenfeldbruck, Emmering	Bayern Nr. IV B 5 9150/5—57 v. 11. 9. 63	30. 9. 1968
D. KAMINFORMSTÜCKE				
28	Schornsteinformstücke aus Ziegelsplittbeton System „Schwendilator“ (Schwendilator-Kaminformsteine)	Schwendilator Jos. Schwend & Cie., Baden-Baden, Schwarzwaldstr. 43	Bad.-Württbg. V 6225 Fa. Schwendilator / I v. 14. 11. 1962	31. 12. 1967
Änderungsbescheid vom 23. 11. 1963				
29	BORA-Schornsteinformstücke für Rauch- u. Abgasschornsteine	Oelschläger & Oelschläger, Hamburg 1, Klosterwall 2	Hamburg Az.: 634.111. 8/21 v. 15. 7. 1963	31. 12. 1968

Lfd. Nr.	Zulassungsgegenstand:	Zulassungsinhaber:	Urkunde:	Geltungsdauer:
F. STÄHLE				
99	Geschweißte Baustahlmatten	Société anonyme Forges de Clabecq, Clabecq/Belgien	Nordrh.-Westf. Az.: II B 2 — 2.420 Nr. 135/63 v. 5. 4. 1963	30. 4. 1964
100	Kaltgezogene Spannstähle ST 150/170 mit profilierter Oberfläche	Westfälische Union Aktiengesellschaft für Eisen- u. Drahtindustrie, Hamm (Westfalen)	Nordrh.-Westf. Az.: II B 2 — 2.420 Zul. 100 v. 31. 5. 1963	31. 5. 1968
101	Kaltgezogene, runde Spannstähle mit profilierter Oberfläche	Hüttenwerk Oberhausen AG, Werk Gelsenkirchen	Nordrhein-Westf. Az.: II B 2 — 2.420 Zul. 99 v. 31. 5. 1963	31. 5. 1968
102	Betonrippenstahl (quergerippter Betonformstahl) der Betonstahlgruppen I, IIa und IIIa	Hüttenwerk Salzgitter AG, Salzgitter-Drütte	Niedersachsen 40 42 10 Bst (104) v. 31. 5. 1963	31. 12. 1967
103	Betonformstahl mit schrägen, sichelförmigen Rippen der Betonstahlgruppe IIIa	Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianhütte mbH, Sulzbach-Rosenberg-Hütte	Bayern Nr. IV B 5 — 9150/8—40 v. 8. 8. 1963	31. 5. 1968
104	Betonformstahl mit schrägen, sichelförmigen Rippen der Betonstahlgruppe IIIa (Ari-Stahl)	Eisenwerke Annahütte Alfred Zeller, Hammerau	Bayern Nr. IV B 5 9150/8—41 v. 8. 8. 63	31. 8. 1968
105	Geschweißte Baustahlmatten „Bayerische Baustahlmatten RISTA“	Eisen- u. Stahl-Technik Hufnagel & Co., München 15, Bayerstr. 35—37	Bayern Nr. IV B 5 9150/8—75 v. 8. 1. 64	31. 1. 1967
G. VERSCHIEDENES				
a) Schalungen — Gerüste und Zubehör				
140	Keilverbindungsmitel für Leitergerüste System „Störkle“	Eugen Störkle, Gerüstbau, Andelfingen üb. Riedlingen/Württb.	Bad.-Württbg. Nr. V 6225 Fa. Störkle v. 1. 12. 1962	31. 12. 1967
141	LOEB-Stahlrohrgerüste mit 800 und 1000 mm Systembreite (Bajonett-Verschluß)	LOEB Constructeurs SA Lille (Nord), 3. Rue de Coulmiers	Saarland Nr. OBA 3—3551/62 Ste/Ko v. 26. 11. 1962 / 12. 3. 1963	31. 10. 1967
142	Loeb-Pilot-Deckenstützen	Loeb Constructeurs SA Lille (Nord), 3. Rue de Coulmiers	Nordrh.-Westf. Az.: II B 2 — 2.420 Nr. 800/63 v. 18. 3. 1963	31. 3. 1965
143	Handbetriebenes Mannesmann-Schwebegerüst	Mannesmann Leichtbau GmbH, München 12, Landsberger Str. 183	Bayern Nr. IV B 5—9150/9—23 v. 26. 4. 1963	31. 5. 1968
144	Mannesmann-Leichtmetall-Rohrrahmengerüst	wie vor	Bayern Nr. IV B 5—9150/9—24 v. 26. 4. 1963	31. 5. 1968
145	Mannesmann-Leichtmetallkuppung	wie vor	Bayern Nr. IV B 5—9150/9—25 v. 26. 4. 1963	31. 5. 1964
146	Zugfeste Mannesmannkuppung	wie vor	Bayern Nr. IV B 5—9150/9—26 v. 26. 4. 1963	31. 5. 1964
147	Normalkeilkuppung System „Nüssli“	wie vor	Bayern Nr. IV B 5—9150/9—36 v. 7. 6. 1963	30. 6. 1965
148	Schutz- und Fanggerüst System „NOE-Konsolgerüst“	NOE-Schalttechnik Georg Mayer-Keller-KG, Füssen (Württbg.), Heidenheimer Str. 67	Bad.-Württbg. V 6625 Fa. Mayer-Keller / I v. 28. 6. 1963	30. 6. 1968
149	Hünnebeck-Schalungsträger „Junior“	Hünnebeck GmbH, Lintorf, Bez. Düsseldorf	Nordrh.-Westf. Az.: II B 2 — 2.420 Zul. 15 v. 10. 7. 1963	31. 7. 1968
150	Hünnebeck-Schalungsträger „Senior 1.7“	wie vor	Nordrh.-Westf. Az.: II B 2 — 2.420 Zul. 16 v. 10. 7. 1963	31. 7. 1968
151	„FEGA“ Schutz- und Fanggerüst	Felix Ganteführer, Recklinghausen, Hertener Str. 15	Nordrh.-Westf. Az.: II B 2 — 2.420 Zul. 129 v. 16. 7. 1963	31. 7. 1968
152	Schalungsstützen „Titan“	Friedrich Ischebeck, Ennepetal-Altensvoerde	Nordrh.-Westf. Az.: II B 2 — 2.420 Zul. 29.1 v. 19. 7. 1963	30. 9. 1964
153	Schalungsstützen „Titan-Junior“	wie vor	Nordrh.-Westf. Az.: II B 2 — 2.420 Zul. 29.2 v. 19. 7. 1963	30. 9. 1964
154	Drehbare Keilkuppung „Stampwerk Haarlem“ (Gelenkkuppung)	PA Kreeft, Haarlem, Nijverheidsweg 40	Nordrh.-Westf. Az.: II B 2 — 2.420 Zul. 125 v. 22. 7. 1963	30. 7. 1965
155	Leitergerüst mit Leitern und deren Einsetzsprossen aus Stahl System „Glatz“	Bernhard Glatz, Leitergerüstfabrik, Reichenbach üb. Lahr (Schwarzwald)	Nordrh.-Westf. Nr. V 6225 Fa. Glatz / I v. 1. 8. 1963	1. 4. 1967
156	Hängebockgerüst „Dott“	Dott & Co., Koblenz-Lützel, Brendesweg 110	Rheinl.-Pfalz Az.: V HB — 70—5—1—131/63 v. 11. 9. 1963	31. 12. 1968
157	Normal-Kuppung für Stahlrohrgerüst „Lesser“	Norddeutscher Stahlrohr- und Leitergerüstbau Alfred Lesser, Hamburg-Lo 1, Osterfeldstr. 8	Hamburg 634.111.7/24 v. 18. 9. 1963	31. 12. 1965

Lfd. Nr.	Zulassungsgegenstand:	Zulassungsinhaber:	Urkunde:	Geltungsdauer:
158	Stahlrohrrahmengerüst mit Nocken- und Rahmenschraubkupplungen System Layher"	Wilhelm Layher, Fabrik für Leitern und Gerüste, Eibenbach (Württemberg)	Bad.-Württbg. Nr. V 6225 Fa. Layher/VI v. 1. 11. 1963	31. 12. 1968
159	Stahlrohr- und Stahlrahmengerüst mit Nocken- und Rasterkupplungen System „Sikler“	Karl Sikler & Sohn, Stahlkonstruktionen, Waiblingen, Innere Waidach	Bad.-Württbg. Nr. V 6225 Fa. Sikler & Sohn/V v. 1. 11. 1963	1. 1. 1969
160	Drehbare Mannesmannkupplung	Mannesmann-Leichtbau GmbH, München 12, Landsberger Str. 183	Bayern Nr. IV B 5—9150/9—67 v. 6. 11. 1963	31. 10. 1965
161	Normalkupplung „Boulton“	de Krijger, Amsterdam-O, Johann-Siegerstrat wie vor	Nordrh.-Westf. Az.: II B 2—2.420 Zul. 22.1 v. 13. 11. 1963	31. 12. 1964
162	Drehbare Kupplung „Boulton“	wie vor	Nordrh.-Westf. Az.: II B 2—2.420 Zul. 22. 2 v. 13. 11. 1963	31. 12. 1964
163	Leitergerüstkonsole „Sicher“	W. Nohynek & Cie. (vorm. Rolf Götz u. Co.), Niedergrund/Elbe, Schliersee, Westerbergstr. 2a—c	Bayern Nr. IV B 5—9150/9—83 v. 16. 12. 1963	31. 12. 1968
164	SELF-LOCK-Fassadengerüst	Société Francaise des Echafaudages SELF LOCK, 35. Rue Tronchet, Paris — 8 ^e	Bayern Nr. IV B 5—9150/9/84 v. 16. 12. 1963	31. 12. 1968
165	SELF-LOCK-Turmgerüst	wie vor	Bayern Nr. IV B 5—9150/9/85 v. 16. 12. 1963	31. 12. 1968
e) Betonzusatzmittel				
154	Betonzusatzmittel „Frioplast“ (LPV)	Plastiment GmbH, Karlsruhe, Erbprinzenstr. 31	Bad.-Württbg. Nr. V 6225 Plastiment GmbH/V v. 23. 12. 1963	31. 12. 1964
f) Sonstiges				
61	Fertigteiltreppe aus Stahlbeton-Trittplatten System „Kenngott“	Betonsteinwerk Wilh. Kenngott KG, Heilbronn-Bröckingen, Karl-Marx-Str. 66	Bad.-Württbg. Nr. V 6225 Fa. Kenngott KG v. 1. 7. 1962	31. 12. 1966
62	Fischer-Riegel	Fischerriegel GmbH, Bremen, Momsenstr. 12	Bremen Abt. Vc 5/5206/4G v. 10. 3. 52	verlängert bis 1. 8. 1967
63	Spannverfahren „Leoba 520 — K 66“	Dr.-Ing. F. Leonhardt, Dipl.-Ing. W. Andrá, Stuttgart-N, Lenzhalde 16	Bad.-Württbg. Nr. 6225 Dr. Leonhardt/IX v. 30. 11. 1962	31. 12. 1967
64	Spannverfahren „Züblin“ (Typ 84 und 126)	Bauunternehmung Ed. Züblin AG, Stuttgart-N, Jägerstr. 22	Bad.-Württbg. Nr. V 6225 Züblin AG II v. 29. 4. 1963	31. 3. 1968
65	Spannverfahren Grün & Bilfinger Typ 29 und Typ 30	Bauunternehmung Grün & Bilfinger AG, Mannheim, Karl-Reiss-Pl. 1—5	Bad.-Württbg. Nr. V 6225 Grün & Bilfinger AG II v. 29. 4. 1963	31. 12. 1968
66	Spannverfahren Sager & Woerner (20,2-t-Spannglied, 27-t-Spannglied und 30-t-Spannglied)	Sager & Woerner, München 27, Toerringstr. 2—4	Bayern Nr. IV B 5 — 9150/1—39 v. 29. 5. 1963	31. 12. 1968
67	Spannverfahren System „Bauwens“	Peter Bauwens, Bauunternehmung, Köln, Antwerpener Str. 55	Nordrh.-Westf. Az.: II B 2 — 2.420 Zul. 101 v. 31. 5. 1963	31. 5. 1968
68	Spannverfahren Held & Francke	Held & Francke, Bau-AG, München 9, Aschauer Str. 17	Bayern Nr. IV B 5 — 9151/1—32 v. 11. 6. 1963	31. 12. 1968
69	Spannverfahren „Boswau & Knauer“	Boswau & Knauer AG, Düsseldorf, Kaiserstr. 44	Nordrh.-Westf. Az.: II B 2 — 2.420 Zul. 126 v. 18. 7. 1963	15. 7. 1968

154

An die Herren
Regierungspräsidenten
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

An den Magistrat
der Stadt Frankfurt/M.
— Bauaufsichtsbehörde —
Frankfurt/Main

Es handelt sich um ein Verzeichnis von Normblättern (Bau-Normen), deren Kenntnis geeignet ist, den Bauaufsichtsbehörden die Prüfung der Bauanträge und die Überwachung der Bauausführungen zu erleichtern. Diese Hinweise sind nicht als „eingeführte technische Baubestimmungen“ im Sinne des § 29 Abs. 2 der Hessischen Bauordnung anzusehen.

Das mit Erlaß vom 1. Sept. 1960 übersandte Verzeichnis ist hiermit überholt.

Wiesbaden, 31. 3. 1964

Der Hessische Minister des Innern
Vb — 64 b 16/01 — 1/64

StAnz. 17/1964 S. 535

Normblätter des Deutschen Normenausschusses, die als Hinweise den Bauaufsichtsbehörden bekanntgegeben wurden

Bezug: Mein Erlaß vom 1. Sept. 1960 (StAnz. SF. 1155)

Nachstehend wird ein neues Verzeichnis (abgeschlossen am 28. 2. 1964) der von mir den Bauaufsichtsbehörden bekanntgegebenen Hinweise abgedruckt.

Hinweise für die Bauaufsichtsbehörden (abgeschlossen am 28. Febr. 1964)

Lfd. Nr.	DIN (Bl.)	Ausgabe	Titel	Einführungserlaß für die Bauaufsicht Datum:	StAnz.
I. LASTANNAHMEN					
II. BAUSTOFFE					
a) Mauersteine					
1	18505	Jan. 1960	Leichtziegel, Leichtziegelplatten	7. 7. 1960	S. 898
2	18167	Juli 1960	Keramische Trenn- oder Zellenwandsteine	17. 4. 1961	S. 494
b) Deckensteine					
c) Bindemittel					
1	1168 Bl.1	März 1955	Baugipse, Begriffe und Kennzeichnung	2. 11. 1955	S. 1226
2	1168 Bl.2	März 1955	Stuckgips und Putzgips, Anforderungen, Prüfverfahren und Prüfgeräte	2. 11. 1955	S. 1226
3	18550	Okt. 1955	Putz, Baustoffe und Ausführung	5. 12. 1955	S. 1284
d) Betonzuschlagstoffe					
e) Holz					
f) Neue Baustoffe und Bauarten					
g) Stahl					
1	1000	März 1956	Stahlhochbauten, Ausführung	18. 7. 1958	S. 957
h) Dachdeckungsstoffe, Dachsteine					
1	456	Mai 1958	Dachziegel, Güteeigenschaften und Prüfverfahren	22. 7. 1959	S. 917
2	1115	Juli 1950	Betondachsteine, Güte, Prüfung, Überwachung und Lieferbedingungen	22. 7. 1959	S. 917
3	1116	April 1954	Betondachsteine — Biberschwanz —	22. 7. 1959	S. 917
4	1117	März 1951	Betondachsteine — Falzdachsteine —	22. 7. 1959	S. 917
5	1118	Okt. 1960	Betondachsteine — Pfanne —	3. 2. 1961	S. 278
6	1119	Aug. 1958	Betondachsteine — First- und Gratsteine —	22. 7. 1959	S. 917
III. BERECHNUNGSGRUNDLAGEN					
1	1080	Nov. 1961	Zeichen für statische Berechnungen im Bauingenieurwesen	22. 5. 1962	S. 799
a) Grundbau					
1	4014 Beibl.	Dez. 1960	Bohrpfähle, Herstellung und zulässige Belastung, Erläuterungen der Richtlinien	14. 6. 1961	S. 744
2	4018	Aug. 1957	Flächengründungen, Richtlinien für die Berechnung	16. 10. 1957	S. 1234
3	4020	Juli 1953	Bautechnische Bodenuntersuchungen, Richtlinien	14. 10. 1955	S. 1117
4	4021	Mai 1955	Baugrund und Grundwasser, Erkundung, Bohrungen, Schürfe, Probenahme, Grundsätze	14. 10. 1955	S. 1117
5	4022 Bl.1	Febr. 1955	Schichtenverzeichnis und Benennen der Boden- und Gesteinsarten, Baugrunduntersuchung	14. 10. 1955	S. 1117
6	4022 Bl.2	Febr. 1955	Schichtenverzeichnis und Benennen der Boden- und Gesteinsarten, Wasserbohrungen	14. 10. 1955	S. 1117
7	4023	Febr. 1955	Baugrund- und Wasserbohrungen, Zeichnerische Darstellung der Ergebnisse	14. 10. 1955	S. 1117

Lfd. Nr.	DIN (Bl.)	Ausgabe	Titel	Einführungserlaß für die Bauaufsicht Datum:	StAnz.
8	4093	Juni 1962	Grundbau, Einpressungen in Untergrund und Bauwerke, Richtlinien für Planung und Ausführung	30. 11. 1962	(1963) S. 3
9	4107	Febr. 1957	Beobachtung der Bewegungen entstehender und fertiger Bauwerke, Richtlinien	—	—
10	4149	Juli 1957	Bauten in deutschen Erdbebengebieten, Richtlinien für die Bemessung und Ausführung	26. 10. 1957	S. 1203
b) Mauerwerksbau					
1	1053 Beibl.	Sept. 1963	Mauerwerk, Berechnung und Ausführung — Erläuterungen —	24. 1. 1964	S. 230
2	18162	Mai 1954	Wandbauplatten aus Leichtbeton (unbewehrt)	31. 8. 1954	S. 922
3	18163	Juni 1954	Wandbauplatten aus Gips	31. 8. 1954	S. 922
c) Beton- und Stahlbetonbau					
1	1078 Bl. 2	Sept. 1955	Verbundträger, -Straßenbrücken, Begründungen und Erklärungen	12. 10. 1955	S. 1119
2	4025	Okt. 1958	Fundamente für Amboß-Hämmer (Schabotte-Hämmer), Hinweise für die Bemessung und Ausführung	18. 4. 1959	S. 571
3	4224	Dez. 1959	Bemessung im Stahlbetonbau	2. 3. 1960	S. 898
4	4235	Okt. 1955	Innenrüttler zum Verdichten von Beton, Richtlinien für die Verwendung	4. 11. 1955	S. 1227
5	4236	Sept. 1954	Rütteltische zum Verdichten von Beton, Richtlinien für die Verwendung	10. 11. 1954	S. 1130
6	4239 Bl. 2	Sept. 1956	Verbundträger-Hochbau, Richtlinien für die Berechnung und Ausbildung, Ergänzungen und Erläuterungen	31. 10. 1957	S. 1235
7	4240	April 1962	Kugelschlagprüfung von Beton mit dichtem Gefüge, Richtlinien für die Anwendung	9. 10. 1962	S. 1487
8	4241	Juli 1959	Kugelschlagprüfung für Gas- und Schaumbeton, Richtlinien für die Anwendung	17. 1. 1961	S. 224
9	18500	Febr. 1955	Betonwerkstein, Güte, Prüfung und Überwachung	23. 4. 1955	S. 494
d) Stahlbau					
1	1050	Dez. 1957	Stahl im Hochbau, Berechnung und bauliche Durchbildung (Abschn. 7.6, 8 u. 9)	18. 7. 1958	S. 954
2	1076	Dez. 1959	Straßen- und Wegbrücken, Richtlinien für die Überwachung und Prüfung	19. 4. 1961	S. 494
3	4114 Bl. 2	Febr. 1953*	Stahlbau, Stabilitätsfälle (Knickung, Kippung, Beulung), Berechnungsgrundlagen, Richtlinien	7. 2. 1956	S. 165
4	4119 Bl. 2	Okt. 1961	Oberirdische zylindrische Tankbauwerke aus Stahl, Erklärungen und Hinweise zu den Berechnungsgrundlagen	31. 1. 1964	S. 232
5	6914	Aug. 1962	Sechskantschrauben mit großen Schlüsselweiten für HV-Verbindungen in Stahlkonstruktionen	17. 7. 1963	S. 1003
6	6915	Aug. 1962	Sechskantmuttern mit großen Schlüsselweiten für HV-Verbindungen in Stahlkonstruktionen	17. 7. 1963	S. 1003
7	6916	Aug. 1962	Scheiben für HV-Verbindungen in Stahlkonstruktionen	17. 7. 1963	S. 1003
8	6917	Aug. 1962	Vierkantscheiben für HV-Verbindungen an I-Trägern in Stahlkonstruktionen	17. 7. 1963	S. 1003
9	6918	Aug. 1962	Vierkantscheiben für HV-Verbindungen an U-Trägern in Stahlkonstruktionen	17. 7. 1963	S. 1003
10	19702	Sept. 1960	Berechnung der Standsicherheit von Wasserbauten, Richtlinien	15. 12. 1961	(1962) S. 28
11	19704	Dez. 1963	Berechnungsgrundlagen für Stahlwasserbauten	26. 2. 1964	S. 442
12	19705	Dez. 1963	Richtlinien für bauliche Durchbildung von Stahlwasserbauten	26. 2. 1964	S. 442
e) Holzbau					
f) Fliegende Bauten					
1	4112 Beibl.	Okt. 1962	Fliegende Bauten, Bemessung und Ausführung; Erläuterungen zu den Richtlinien	17. 7. 1963	S. 1064
IV. BAUTENSCHUTZ					
1	4109 Bl. 5	April 1963	Schallschutz im Hochbau — Erläuterungen —	4. 12. 1963	(1964) S. 111
2	4150	Juli 1939	Erschütterungsschutz im Bauwesen	—	—***
3	52175	Juni 1954	Holzschutz, Grundlagen, Begriffe	6. 3. 1957	S. 280
4	52210	März 1960	Bauakustische Prüfungen, Messungen zur Bestimmung des Luft- und Trittschallschutzes	17. 1. 1961	S. 224

*** = Abgedruckt in Gottsch-Hasenjäger, „Technische Baubestimmungen“. Verlag R. Müller, Oldenburg i. O.

Lfd. Nr.	DIN (Bl.)	Ausgabe	Titel	Einführungserlaß für die Bauaufsicht Datum:	StAnz.
5	Vornorm 52214	März 1960	Bauakustische Prüfungen, Bestimmung der dynamischen Steifigkeit von Dämmschichten für schwimmende Estriche	10. 10. 1960	S. 1299
6	52612	Febr. 1963	Wärmeschutztechnische Prüfungen — Bestimmung der Wärmeleitfähigkeit mit dem Plattengerät — Versuchsdurchführung und Versuchsauswertung	26. 2. 1964	S. 441
7	52612 Bl. 2	Febr. 1963	Wärmeschutztechnische Prüfungen — Bestimmung der Wärmeleitfähigkeit mit dem Plattengerät — Rechenwert der Wärmeleitfähigkeit für die Anwendung im Bauwesen	26. 2. 1964	S. 441
8	55928	Nov. 1956	Schutzanstrich von Stahlbauwerken, Richtlinien	18. 7. 1958	S. 1018
V. VERSCHIEDENES					
1	1261	Mai 1960	Druckrohre aus Blei, Nenndruck 6	28. 8. 1962	S. 1311
2	1262	Mai 1960*	Druckrohre aus Blei, Nenndruck 10	28. 8. 1962	S. 1311
3	1263	Mai 1960*	Abflußrohre und -bogen aus Blei für Entwässerungsanlagen	28. 8. 1962	S. 1311
4	1946 Bl. 1	April 1960	Lüftungstechnische Anlagen (VDI-Lüftungsregeln), Grundregeln	7. 12. 1961	(1962) S. 28
5	1946 Bl. 2	April 1960	Lüftungstechnische Anlagen (VDI-Lüftungsregeln), Lüftung von Versammlungsräumen	17. 12. 1961	(1962) S. 28
6	1988	Jan. 1962	Trinkwasser-Leitungsanlagen in Grundstücken, Technische Bestimmungen für den Bau und Betrieb	28. 8. 1962	S. 1311
7	1999 Bl. 3	Jan. 1956	Benzinabscheider, Prüfung	15. 8. 1956	S. 917
8	2001	Mai 1959	Leitsätze für die Einzel-Trinkwasserversorgung	15. 2. 1962	S. 278
9	3396	Sept. 1957	Oberirdische Hoch-druck-Gasbehälter, Richtlinien für Bau, Ausrüstung und Aufstellung, Prüfung, Inbetriebnahme und Betrieb — Abschn. 1.1, 1.3. 2.2 und 3.4, 4	13. 8. 1958	S. 1050
10	4033	Mai 1963	Entwässerungskanäle und -leitungen aus vorgefertigten Rohren — Richtlinien für die Ausführung	27. 1. 1964	S. 441
11	4751	April 1960	Heizungsanlagen — Sicherheitstechnische Ausrüstung von Warmwasserheizungen mit Vorlauftemperaturen bis 110° C	7. 12. 1961	(1962) S. 4
12	5035	Juli 1953	Innenraumbeleuchtung mit künstlichem Licht — Leitsätze—	20. 12. 1953	(1954) S. 59
13	18064	Aug. 1959	Treppen, Begriffe, Bezeichnung, Ausführung	8. 6. 1960	S. 831
14	19630	März 1959	Gas- und Warmwasserverteilungsanlagen, Rohrverlegungs-Richtlinien für Gas- und Wasser-Rohrnetze	28. 8. 1962	S. 1311
15	19800 Bl. 1	Jan. 1956	Asbestzement-Druckrohre, Maße —	28. 8. 1962	S. 1310
16	19800 Bl. 2	Jan. 1956	Asbestzement-Druckrohre. Techn. Lieferbedingungen	28. 8. 1962	S. 1310
17	19801	Dez. 1956	Asbestzement-Druckrohrleitungen für Wasser außerhalb von Gebäuden, Richtlinien für Druckprüfung	28. 8. 1962	S. 1310
18	19830	März 1961	Asbestzement-Abflußrohre und -Formstücke, Herstellung, Gütebestimmung, Prüfverfahren	2. 12. 1963	S. 1449
19	19831 Bl. 1 bis 9	März 1961	Asbestzement-Abflußrohre und -Formstücke mit Muffe —	2. 12. 1963	S. 1449
20	19841 Bl. 1 bis 6	März 1961	Asbestzement-Abflußrohre u. -Formstücke ohne Muffe	2. 12. 1963	S. 1449
21	52117	Mai 1957	Rohfölpappe, Begriff, Bezeichnung, Eigenschaften	24. 7. 1957	S. 776
22	52121	Sept. 1959	Teerdachpappen, beiderseitig besandet, Begriff, Bezeichnung, Eigenschaften	19. 6. 1961	S. 839
23	52123	Nov. 1960	Dachpappen und nackte Pappen, Prüfverfahren	19. 6. 1961	S. 839
24	52126	Sept. 1959	Nackte Teerpappen, Begriff, Bezeichnung, Eigenschaften	19. 6. 1961	S. 839
25	52128	April 1957	Bitumendachpappen mit beiderseitiger Bitumen-Deckschicht, Begriff, Bezeichnung, Eigenschaften	24. 7. 1957	S. 776
26	52129	Sept. 1959	Nackte Bitumenpappen, Begriff, Bezeichnung, Eigenschaften	19. 6. 1961	S. 839
27	52140 Vornorm	Sept. 1960	Teer-Sonderdachpappen und Teer-Bitumendachpappen, beide mit beiderseitiger Sonderdeckschicht, Begriff, Bezeichnung, Eigenschaften	19. 6. 1961	S. 839
28	VDE 0210/1.58		Vorschriften für den Bau von Starkstromfreileitungen	3. 1. 1958	S. 142

455

An die Herren
Regierungspräsidenten
Darmstadt Kassel Wiesbaden

An den Magistrat
der Stadt Frankfurt/M.
— Bauaufsichtsbehörde —
Frankfurt/Main

DIN 1052 — Holzbauwerke, Berechnung und Ausführung —
hier: Verzeichnis der Firmen, welche die Voraussetzungen
des § 16 d 1 erfüllt haben.

Bezug: Meine Erlasse vom 1. 10. 1962 — Vb—64b16/23—
1/62 (StAnz. S. 1474), vom 10. 12. 1962 — Vb—
64b16/23—1/62 (StAnz. S. 5/1963), vom 16. 1. 1963
— Vb—64b16/23—1/63 (StAnz. S. 186), vom 2. 9.
1963 — Vb—64b16/23—1/63 (StAnz. S. 1142), und
vom 31. 12. 1963 — Vb—64b16/23—1/63 (StAnz.
S. 191/1964)

1) Die Firma femak fertighaus frankfurt, Frankfurt/M.,
wurde durch die Amtliche Forschungs- und Materialprüfungs-
anstalt für das Bauwesen (Otto-Graf-Institut) an der Tech-
nischen Hochschule Stuttgart, Abteilung für Holz, Glas und
Kunststoffe, überprüft. Die Voraussetzungen des § 16 d 1 der
DIN 1052 für das Leimen tragender Holzbauteile sind nach
dem Prüfungsbericht erfüllt. Die Eignung erstreckt sich auf
die Ausführung von tragenden Wandbauteilen und Decken-
bauteilen. Die Anerkennung wird bis zum 31. März 1965 be-
fristet.

2. Die nachfolgend genannten Betriebe haben die Voraus-
setzungen des § 16 d 1 von DIN 1052 ebenfalls erfüllt und
wurden von anderen Ländern des Bundesgebietes als geeignet

für die Ausführung von geleimten tragenden Holzbauteilen anerkannt.

Diese Anerkennungen haben auch im Lande Hessen Gültigkeit.

Das mit Erlaß vom 1. 10. 1962 übersandte Verzeichnis wird wie nachfolgend ergänzt:

A. Den Nachweis ihrer Eignung für die Ausführung aller geleimten Holzbauteile haben erbracht:

Lfd. Nr.	Firma	Wohnort	Nachweis anerkannt am	durch	Bemerkung gültig bis
3	Heinrich Kunstin & Sohn Holzbau	—	6. 1. 64 40 42 12 (143)	—	31. 12. 1966 auch Keilzinkenverbindungen nach DIN 68 140 Gr. I
4	Kübler, Karl, KG	—	29. 2. 64 V 7121 DIN 1052 Kübler KG	—	31. 3. 1967
10	Karl Wenzl, Holzkonstruktions- u. Baugesellschaft	—	4. 12. 63 IV B 5-9151/2 161	—	31. 12. 1966
20	Umdasch KG, Holzwerk	Amstetten (Niederösterreich)	4. 11. 63 IV B 5-9151/2	Bayer. Staatsmin. d. Innern, München	31. 10. 1964
21	AB Fribbrande Träkonstruktion	Töreboda (Schweden)	20. 12. 63 IX 33a 335/07.1.10 17001/63	Min. f. Arbeit, Vertriebene Schleswig-Holstein	31. 12. 1964 auch Keilzinkenverbindungen nach DIN 68 140 Gr. I

B. Den Nachweis ihrer Eignung für die Ausführung einfacher geleimter Holzbauteile haben erbracht:

6	Fritz Heinrich & Sohn, Bauunternehmung	—	13. 3. 64 V 7121 DIN 1052 Fa. Fritz & Sohn	—	31. 7. 1966 auch Keilzinkenverbindungen nach DIN 68 140 Gr. I
8	Hagenmaler, Friedrich, Zimmerei	—	13. 3. 64 V 7121 DIN 1052 Fa. Hagenmaler	—	31. 3. 1966
9	Janatsch, Eduard, Zimmermeister	—	23. 12. 63 V 7121 DIN 1052 Fa. Janatsch	—	1. 7. 1966
16	Müller, Josef, -Störkle, Zimmerei	—	13. 3. 64 V 7121 DIN 1052 Fa. Müller-Störkle	—	31. 3. 1966
19	Spitzer, Josef, Holzbearbeitungswerke	—	23. 10. 63 IV B 5 - 9151/2 - 151	—	30. 10. 1966
26	Holzrohr- u. Silobauges. Dipl.-Ing. G. v. Holten & Co.	—	23. 10. 63 IV B 5 - 9151/2 - 153	—	31. 10. 1964
45	Gröber, Paul, Zimmerei	Füramoos, Kr. Biberach	30. 12. 63 V 7121 DIN 1052 Fa. Gröber	Innenmin. Baden-Württemberg Stuttgart	1. 10. 1964 nur Wandbauteile für Fertigteilhäuser
46	Willburger, Benedikt, Holzverarbeitungsbetrieb	Eggmannsried, Kr. Biberach	30. 12. 63 V 7121 DIN 1052 Fa. Willburger	Innenmin. Baden-Württemberg Stuttgart	1. 12. 1964 nur Wandbauteile für Fertigteilhäuser
47	femak fertigtgebau frankfurt	Frankfurt (Main), Am Salzhaus	31. 3. 64 Vb-64b 416/23 - 1/64	Hess. Min. d. Innern, Wiesbaden	31. 3. 1965 nur Wand- u. Deckenbauteile für Fertigteilhäuser
48	Härle, Karl, Holzwerk	Biberach (Riß)	13. 3. 64 V 7121 DIN 1052 Fa. Härle	Innenmin. Baden-Württemberg Stuttgart	15. 2. 1966
49	Schaffitzel, Gottlob, KG, Holzindustrie	Sulzdorf, Kr. Schwäbisch Hall	13. 3. 64 V 7121 DIN 1052 Fa. Schaffitzel	Innenmin. Baden-Württemberg Stuttgart	1. 11. 1965

C. Den Nachweis ihrer Eignung zum Leimen von Dreieckstrebenbindern, Trigonit-Trägern usw. haben erbracht:

8	Bayerische Wellsteg GmbH	Augsburg, Hirblingerstraße 130	18. 10. 63 IV B 5 - 9151/2 - 150	Bayer. Staatsmin. d. Innern, München	31. 10. 1964 nur Wellstegträger, Länge bis 12,00 m
---	--------------------------	--------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------	---

Ich bitte, die nachgeordneten Bauaufsichtsbehörden entsprechend zu unterrichten.

Wiesbaden, 31. 3. 1964.

Der Hessische Minister des Innern
Vb — 64 b 16/23 — 1/64

StAnz. 17/1964 S. 537

456

Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Ostheim, Landkreis Friedberg, Regierungsbezirk Darmstadt

Der Gemeinde Ostheim im Landkreis Friedberg, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene Wappen genehmigt worden:

„In Rot über einer goldenen Waage eine silberne Gerichtslinde“.

Wiesbaden, 9. 4. 1964

Der Hessische Minister des Innern
IV b 2 — 3 k 06 — 21/64

StAnz. 17/1964 S. 538

457

Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Wohnbach, Landkreis Friedberg, Regierungsbezirk Darmstadt

Der Gemeinde Wohnbach im Landkreis Friedberg, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene Wappen genehmigt worden:

„Im geteilten Schild oben in Gold ein wachsender, rot-bezungter und -bewehrter blauer Löwe, unten in Rot eine silberne Kirche“.

Wiesbaden, 9. 4. 1964

Der Hessische Minister des Innern
IV b 2 — 3 k 06 — 21/64

StAnz. 17/1964 S. 538

458

Genehmigung einer Flagge der Gemeinde Raunheim, Landkreis Groß-Gerau, Regierungsbezirk Darmstadt

Der Gemeinde Raunheim im Landkreis Groß-Gerau, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) die nachstehend beschriebene Flagge genehmigt worden:

„Auf einer breiten roten Mittelbahn, besetzt von schmaleren goldenen Seitenbahnen, im oberen Drittel aufgelegt das Gemeindegewappen“.

Wiesbaden, 9. 4. 1964

Der Hessische Minister des Innern
IV b 2 — 3 k 06 — 21/64

StAnz. 17/1964 S. 538

459

Genehmigung eines Wappens der Stadt Lißberg, Landkreis Büdingen, Regierungsbezirk Darmstadt

Der Stadt Lißberg im Landkreis Büdingen, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene Wappen genehmigt worden:

„Auf schwarzem Grund ein silbernes durchgehendes Schrägkreuz mit einem sechsstrahligen, silbernen Stern im oberen Winkel und einem wachsenden, lingsgewendeten, blau-bezungten und -bewehrten roten Löwen im goldenen Herzschild“.

Wiesbaden, 13. 4. 1964

Der Hessische Minister des Innern
IV b 2 — 3 k 06 — 21/64

StAnz. 17/1964 S. 538

460

Genehmigung einer Flagge des Landkreises Lauterbach, Regierungsbezirk Darmstadt

Dem Landkreis Lauterbach, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 12 der Hessischen Landkreisordnung i. d. F. vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 131) die nachstehend beschriebene Flagge genehmigt worden:

„Auf der breiten, von schmalen, roten Bahnen beseiteten, weißen Mittelbahn im oberen Drittel aufgelegt das Kreiswappen“.

Wiesbaden, 13. 4. 1964

Der Hessische Minister des Innern
IV b 2 — 3 k 06 — 21/64
StAnz. 17/1964 S. 538

461

Zulassung von Feuerlöschgeräten

hier: Widerruf der Zulassung für Tetra-Feuerlöscher

Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen hat mit Erlaß vom 26. 3. 1964 — Az.: III A 3/246 — 599/64 mitgeteilt, daß er wegen der gesundheitsschädigenden Wirkung des Löschmittels Tetrachlorkohlenstoff die Zulassung für die

Herstellung und den Vertrieb von Tetra-Feuerlöschern und des Löschmittels Tetrachlorkohlenstoff mit Wirkung vom 1. März 1964 widerrufen habe.

Tetra-Feuerlöscher, die vor dem 1. März 1964 erworben worden sind, werden von dem Widerruf nicht betroffen, es sei denn, daß die Bereithaltung zugelassener Feuerlöschgeräte durch Gesetz oder auf Grund gesetzlicher Ermächtigung vorgeschrieben ist.

Auf Grund der Verwaltungsvereinbarung über Prüfung, Zulassung und Anerkennung von Feuerschutzgeräten vom 8. 1. 1956 (StAnz. S. 1203) gilt der Widerruf auch für den Bereich des Landes Hessen.

Wiesbaden, 11. 4. 1964

Der Hessische Minister des Innern
IV e — Az.: 65f/02
StAnz. 17/1964 S. 539

462

Der Hessische Minister der Finanzen

Weitergewährung des Kinderzuschlages über das 25. Lebensjahr hinaus

hier: Verzögerung der Schulausbildung infolge Verlegung des Schuljahrsbeginns

Bezug: HBesG § 18 Abs. 4

Das Bundesverwaltungsgericht hat mit Urteil vom 17. 10. 1963 — VIII C. 51.63 — ausgefertigt am 10. 2. 1964 — entschieden, daß der Kinderzuschlag nach § 18 Abs. 4 HBesG nicht über das fünfundzwanzigste Lebensjahr des Kindes hinaus zu gewähren ist, wenn dessen Schulausbildung länger

dauert, weil der Beginn des Schuljahres verlegt wurde. Das Bundesverwaltungsgericht hat damit die Auffassung des Landes Hessen bestätigt.

Ich bitte, entsprechend zu verfahren und die mit Rücksicht auf den nunmehr entschiedenen Verwaltungsrechtsstreit zurückgestellten Anträge im Sinne des o. a. Urteils zu entscheiden.

Wiesbaden, 9. 4. 1964

Der Hessische Minister der Finanzen
P 1513 A — 112 — I 51
StAnz. 17/1964 S. 539

463

Der Hessische Minister der Justiz

Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises

Der am 7. Oktober 1954 von dem Landgerichtspräsidenten in Frankfurt am Main ausgestellte Dienstausweis Nr. 2010 der Bewährungshelferin Ruthild Pietzner bei dem Landgericht Frankfurt am Main ist in Verlust geraten. Er wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 6. 4. 1964

Der Hessische Minister der Justiz
2000 E — IIIa 2968
StAnz. 17/1964 S. 539

464

Der Hessische Kultusminister

Verwaltungsvorschriften zum Gesetz über Unterrichtsgeld- und Lernmittelfreiheit und Erziehungsbeihilfen (GULE) vom 28. 6. 1961 (GVBl. S. 100)

Bezug: Erlaß vom 20. 5. 1963 — Amtsbl. S. 274 = StAnz. S. 671 — i. d. F. vom 28. 8. 1963 — Amtsblatt S. 479 = StAnz. S. 1078, 1177 und 1277 —

Die o. a. Verwaltungsvorschriften werden mit Wirkung vom 1. 4. 1964 wie folgt ergänzt:

Zu Nr. 4 VV:

Die Aufstellung über die Verbürgung der Gegenseitigkeit hinsichtlich der Unterrichtsgeldfreiheit ist wie folgt zu ergänzen:

- | | | |
|---|---------|---|
| 1. Realschulen | Hamburg | |
| 2. Gymnasien (einschl. Wirtschaftsgymnasien und Hessenkollegs) | | + |
| 3. Berufsfachschulen (kfm., gewerbl. hausw., Kinderpflegerinnenschulen) | | + |
| 4. Wirtschaftsoberschulen | | + |
| 5. Kindergärtnerinnenseminare | | + |

- | | | |
|--|--|---|
| 6. Jugendleiterinnenseminare | | + |
| 7. Frauenfachschulen | | + |
| 8. Lehranstalten für med.-techn.Assistentinnen | | — |
| 9. Hebammenlehranstalten | | — |
| 10. Lehranstalten für Krankengymnastik | | — |
| 11. Lehranstalten für Massage | | — |
| 12. Diätenassistentinnenschule | | — |
| 13. Seminare für soziale Berufsarbeit | | + |
| 14. Gewerbliche Fachschulen | | — |
| 15. Werkkunstschulen | | — |
| 16. Chemotechnische Schulen | | — |
| 17. Bibliotheksschulen | | + |
| 18. Archivschulen | | — |
| 19. Musikakademien (Musikfachschulen) | | — |
| 20. Ingenieurschulen | | — |
| 21. Hochschulen | | — |

Wiesbaden, 14. 4. 1964

Der Hessische Kultusminister
S 5 — 823/150
StAnz. 17/1964 S. 539

465

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr

Runderlaß StB — 4/64

Gesetz über die Beteiligung der Gemeinden und Landkreise am Aufkommen der Kraftfahrzeugsteuer (Kraftfahrzeugsteuerverbundgesetz);

hier: Einmalige Zuwendungen des Landes Hessen an Gemeinden und Landkreise zum Um- und Ausbau von Ortsdurchfahrten im Zuge von Landes- und Kreisstraßen und zur Beseitigung schienengleicher Bahnübergänge

Bezug: Runderlaß StB — 11/63 vom 25. Juli 1963
— V d 5 — Az.: 15 a — k —

Aus verschiedenen Anfragen ist zu entnehmen, daß die Vorschrift über die „nichtzuschußfähigen Aufwendungen“ in den „Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen des Landes Hessen an Gemeinden und Landkreise zum Um- und Ausbau von Ortsdurchfahrten im Zuge von Landes- und Kreisstraßen und zur Beseitigung schienengleicher Bahnübergänge vom 25. Juli 1963“ — veröffentlicht im Staatsanzeiger Nr. 39/1963, Seite 1125 — oftmals in einer ihrem Sinn und Zweck nicht entsprechenden Weise ausgelegt wird. Der besseren Übersicht wegen wird nachstehend der Wortlaut der Neufassung des Absatzes über die „nichtzuschußfähigen Aufwendungen“ veröffentlicht:

Nichtzuschußfähig sind insbesondere folgende Aufwendungen:

- Kosten für die Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht,
- Kosten für den Grunderwerb, einschließlich der Kosten für Vermessung und Vermarkung,
- Kosten für den Neubau und die Änderung der Straßenbeleuchtung, der Entwässerung und der Versorgungsanlagen wie Gas, Wasser, Strom, mit Ausnahme der Änderungen bestehender Straßenentwässerungsanlagen,
- Kosten für den Neubau und die Änderungen besonderer Verkehrsanlagen (Straßenbahnkörper oder Gleise, Oberleitungen).

Wiesbaden, 6. 4. 1964

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr
V d 5 — Az.: 33 c 02

St.Anz. 17/1964 S. 540

466

Bau und Betrieb einer Hochdruck-Gasfernleitung von Dörnigheim, Landkreis Hanau, nach Meckbach, Landkreis Hersfeld

Anordnung

Auf Grund des § 11 des Gesetzes zur Förderung der Energiewirtschaft (Energiewirtschaftsgesetz vom 13. Dezember 1935 (RGBl. I S. 1451) in Verbindung mit Artikel 129 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und § 1 der Verordnung über die Energiewirtschaft und die Wasserversorgung vom 17. Juli 1946 (GVBl. S. 188) wird zu Gunsten der Gas-Union Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt (Main), die Beschränkung oder, soweit dies nicht ausreicht, die Entziehung von Grundeigentum oder von Rechten an Grundeigentum in den Landkreisen Fulda, Hersfeld, Hünfeld, Regierungsbezirk Kassel, und in den Landkreisen Gelnhausen, Hanau, Schlüchtern, Regierungsbezirk Wiesbaden, für den Bau und Betrieb einer Hochdruck-Gasfernleitung von Dörnigheim, Landkreis Hanau, über Gelnhausen, Fulda, Bad Hersfeld nach Meckbach, Landkreis Hersfeld, im Wege der Enteignung für zulässig erklärt.

Auf das Verfahren findet das preußische Gesetz über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 26. Juli 1922 (GS. S. 211) Anwendung.

Für die Enteignung von Grundeigentum des Staates und von Rechten des Staates an Grundeigentum bedarf es einer besonderen Anordnung.

Die Befugnis zur Durchführung der Enteignung erlischt, wenn der Antrag auf Einleitung des Planfeststellungsverfahrens nicht bis zum 30. April 1965 gestellt worden ist.

Wiesbaden, 10. 4. 1964

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr
IV b — 215 G — 123
gez.: Osswald

St.Anz. 17/1964 S. 540

467

Widmung von Neubaustrecken im Zuge der Landesstraße 3332 und Abstufung sowie Einziehung von Teilstrecken der bisherigen Landesstraße 3332 in der Gemarkung Dörnholzhausen, Landkreis Frankenberg, Reg.-Bez. Kassel

1. Die im Zuge der Landesstraße 3332 in der Gemarkung Dörnholzhausen, Landkreis Frankenberg, Reg.-Bez. Kassel, neugebauten Strecken von km 0,565 neu (= km 0,568 alt) bis km 0,695 neu (= km 0,092 alt), bis km 1,138 neu (= km 1,007 neu (= km 0,492 alt)), bis km 1,138 neu (= km 0,645 alt) - 131 m und von km 2,085 neu (= km 1,500 alt), bis km 2,270 neu (= km 1,750 alt) - 185 m, werden mit Wirkung vom 1. 4. 1964 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes (HStrG) vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Die gewidmeten Strecken gehören zur Gruppe der Landesstraße und werden als Teilstrecken der Landesstraße 3332 in das Verzeichnis der Landesstraßen eingetragen.

2. Die Teilstrecke der bisherigen Landesstraße 3332 von km 0,660 alt bis km 0,672 alt (= km 0,000 alt) - 12 m, von km 0,000 alt (= km 0,672 alt) bis km 0,011 alt - 11 m, hat die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße verloren. Sie wird mit Wirkung vom 1. 4. 1964 in die Gruppe der Kreisstraßen abgestuft und mit folgender Kilometrierung als Teil der Kreisstraße 11 in das Verzeichnis der Kreisstraßen eingetragen: von km 0,675 bis km 0,667 - 8 m.

Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt auf den Landkreis Frankenberg über (§§ 3, 5 und 41 Abs. 2 HStrG).

3. Die Teilstrecken der bisherigen Landesstraße 3332 von km 0,568 alt (= km 0,565 neu) bis km 0,660 alt - 92 m, von km 0,011 alt bis km 0,092 alt - 81 m, von km 0,492 alt (= km 1,007 neu) bis km 0,645 alt (= km 1,138 neu) 153 m, von km 1,500 alt (= km 2,085 neu) bis km 1,750 alt (= km 2,270 neu) - 250 m, werden eingezogen, da kein Verkehrsbedürfnis mehr besteht (§ 6 Abs. 1 HStrG).

Von der Ankündigung der Einziehung wurde abgesehen, da es sich um die Einziehung von Teilstrecken im Zusammenhang mit Änderungen von unwesentlicher Bedeutung handelt (§ 6 Abs. 2 HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 1, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 7. 4. 1964

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr
V d 5 — Az.: 63 a 30

St.Anz. 17/1964 S. 540

468

Umstufung von Teilstrecken in der Ortsdurchfahrt Hofheim a. Ts., Main-Taunus-Kreis, Reg.-Bez. Wiesbaden, im Zuge der Landesstraßen 3011 und 3012

1. Die in der Ortslage Hofheim a. Ts., Main-Taunus-Kreis, Reg.-Bez. Wiesbaden, gelegenen Gemeindestraßen a) Elisabethenstraße von km 0,003 (= km 3,150 der L 3011) bis km 0,600 (= 597 m), b) Wilhelmstraße von km 3,416 neu (= km 0,000 alt der L 3012) bis km 3,973 neu (= km 4,041 alt) = 557 m, haben die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße erlangt (§ 3 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes (HStrG) vom 9. Oktober 1962 (GVBl. I S. 437 —).

Sie verlieren mit Ablauf des 31. 3. 1964 die Eigenschaft einer Gemeindestraße und werden mit Wirkung vom 1. 4. 1964 in die Gruppe der Landesstraßen aufgestuft. Die unter a) genannte Strecke wird als Teilstrecke der Landesstraße 3012 und die unter b) genannte Strecke als Teilstrecke der Lan-

desstraße 3011 in das Verzeichnis der Landesstraßen eingetragen. Die Straßenbaulast für die aufgestuften Gemeindestraßen geht zum gleichen Zeitpunkt in dem in § 41 HStrG festgelegten Umfang auf das Land Hessen über (§ 41 Abs. 1 und § 5 HStrG).

2. Die Teilstrecke der bisherigen Landesstraße 3011 von km 3,853 (= km 0,003 der L 3018) bis km 4,041 alt (= km 3,973 neu) = 188 m und die Teilstrecke der bisherigen Landesstraße 3012 von km 0,003 (= km 3,413 alt der L 3011) bis km 0,607 (= km 0,000 der L 3018) = 604 m, haben mit Ablauf des 31. 3. 1964 die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße verloren. Sie werden mit Wirkung vom 1. 4. 1964 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft.

Die Straßenbaulast an Straßenteilen der abgestuften Strecken, für die die Stadt gemäß § 41 Abs. 4 HStrG nicht bereits Träger der Straßenbaulast war, geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Stadt Hofheim a. Ts. über (§§ 41, 43 HStrG).

3. Die Teilstrecke der Landesstraße 3011 von km 3,417 alt bis km 3,853 alt = 436 m wird Teilstrecke der Landesstraße Nr. 3018 mit der neuen Kilometrierung von km 0,004 neu bis km 0,440 neu = 436 m.

4. Die Teilstrecke der Landesstraße 3018 von km 0,003 alt bis km 0,058 alt = 55 m wird Teilstrecke der Landesstraße Nr. 3012 mit der neuen Kilometrierung von km 0,655 neu bis km 0,600 neu = 55 m.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Frankfurt am Main, Schumannstraße 2, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 7. 4. 1964

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr
V d 5 — Az.: 63 a 30

StAnz. 17/1964 S. 540

469

Widmung einer Neubaustrecke sowie Abstufung einer bisherigen Teilstrecke im Zuge der Landesstraße 3011 in der Gemarkung Ehlhalten, Main-Taunus-Kreis, Reg.-Bez. Wiesbaden

1. Die im Zuge der Landesstraße 3011 in der Gemarkung Ehlhalten, Main-Taunus-Kreis, Reg.-Bez. Wiesbaden, neu gebaute Straße von km 4,035 neu = alt bis km 4,321 neu (= 4,342 alt) = 286 m, wird für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4. Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes (HStrG) vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Die gewidmete Strecke gehört zur Gruppe der Landesstraßen und wird mit Wirkung vom 1. 4. 1964 als Teilstrecke der Landesstraße 3011 in das Verzeichnis der Landesstraßen eingetragen.

2. Die in der Ortslage der Gemeinde Ehlhalten gelegene Teilstrecke der bisherigen Landesstraße 3011 von km 4,035 alt = neu bis km 4,342 alt (= km 4,321 neu) = 307 m, hat mit Ablauf des 31. 3. 1964 die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße verloren. Sie wird a) von km 4,035 alt = neu bis km 4,269 alt (= km 0,000 der K 722) = 234 m, mit Wirkung vom 1. 4. 1964 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft, b) von km 4,269 alt (= km 0,000) bis km 4,342 alt (= km 4,321 neu der L 3011) = 73 m, mit Wirkung vom 1. 4. 1964 in die Gruppe der Kreisstraßen abgestuft und als Teilstrecke der Kreisstraße 722 in das Verzeichnis der Kreisstraßen eingetragen (§§ 3, 5 HStrG).

Die Straßenbaulast an Straßenteilen für die unter a) genannte Strecke, für die die Gemeinde nicht bereits Träger der Straßenbaulast war, geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Gemeinde Ehlhalten über (§§ 41, 43 HStrG).

Die Straßenbaulast für die unter b) genannte Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt in dem in § 41 HStrG festgelegten Umfang auf den Main-Taunus-Kreis über.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekannt-

gabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Frankfurt (Main), Schumannstraße 2, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 7. 4. 1964

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr
V d 5 — Az.: 63 a 30

StAnz. 17/1964 S. 541

470

Abstufung einer Teilstrecke der Kreisstraße 47 in der Gemarkung Hachborn, Landkreis Marburg, Reg.-Bez. Kassel

Die in der Gemarkung Hachborn, Landkreis Marburg, Reg.-Bez. Kassel, gelegene Teilstrecke der bisherigen Kreisstraße 47 von km 1,086 alt (= km 1,087 neu) bis km 1,327 alt (= km 1,267 neu) = 241 m, hat mit Ablauf des 30. 4. 1964 die Verkehrsbedeutung einer Kreisstraße verloren. Sie wird mit Wirkung vom 1. 5. 1964 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft.

Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Gemeinde Hachborn über (§§ 3, 5 und § 43 des Hessischen Straßengesetzes (HStrG) vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 1, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 7. 4. 1964

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr
V d 5 — Az.: 63 a 30

StAnz. 17/1964 S. 541

471

Abstufung der Kreisstraße 234 im Oberlahnkreis und der Kreisstraße 504 im Landkreis Limburg, Reg.-Bez. Wiesbaden, zu Landesstraßen

Nachstehende Kreisstraßen haben die Verkehrsbedeutung von Landesstraßen erlangt (§ 3 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes (HStrG) vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Sie verlieren mit Ablauf des 31. 12. 1964 die Eigenschaft von Kreisstraßen und werden mit Wirkung vom 1. 1. 1965 in die Gruppe der Landesstraßen aufgestuft und in das Verzeichnis der Landesstraßen eingetragen. Die Baulast für die aufgestuften Straßen geht zum gleichen Zeitpunkt in dem in § 41 HStrG festgelegten Umfang auf das Land Hessen über (§ 3 Abs. 2, 3 und § 5 HStrG).

a) **Oberlahnkreis:** Die Kreisstraße 234 von der Landesstraße 3046 (Mengerskirchen) bis Landesgrenze in Richtung Elsoff-Rennerod von km 4,585 (= km 0,000/4,582 der L 3046) bis km 5,741 (= Landesgrenze) = 1.156 m, wird Teilstrecke der Landesstraße 3281.

b) **Landkreis Limburg:** Die Kreisstraße 504 von der Landesstraße 3029 (Kirberg) bis Landessgrenze in Richtung Kaltenholzhausen-Hahnstätten von km 6,959 (= km 28,658 der L 3029) bis km 3,889 (= Landesgrenze) = 3,070 m, wird Teilstrecke der Landesstraße 3022.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Wiesbaden, Luisenplatz 5, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist

- Eltville (Rhg.)
- Elz b. Limburg
- Frankfurt (Main)
- Frankfurt (M)-Eschersheim
- Frankfurt (M)-Eschersheim
- Frankfurt (M)-Eschersheim
- Frankfurt (M)-Griesheim
- Frankfurt (M)-Höchst
- Frankfurt (M)-Süd
- Frankfurt (M)-Süd
- Frankfurt (M)-West
- Frickhofen
- Großauheim
- Hartenrod
- Hanau (Main)
- Hofheim (Ts.)
- Limburg (Lahn)
- Limburg (Lahn)
- Löhnberg (Lahn)
- Lorch (Rhein)
- Oberursel (Ts.)
- Oberursel (Ts.)
- Rückingen
- Rüdesheim
- Rüdesheim
- Usingen
- Wetzlar
- Wiesbaden
- Wiesbaden-Biebrich
- Wiesbaden-Erbenheim
- Wiesbaden-Kostheim
- Amts-Apotheke
- Neue-Apotheke
- *Altstadt-Apotheke
- Blücher-Apotheke
- Eichwald-Apotheke
- *Einhorn-Apotheke
- Engel-Apotheke
- *Franken-Apotheke
- Goldstein-Apotheke
- Hirsch-Apotheke
- Höhen-Apotheke
- *Kaiser-Apotheke
- Liebig-Apotheke
- Lindau-Apotheke
- Luisen-Apotheke
- Lukas-Apotheke
- Marien-Apotheke
- Nordwest-Apotheke
- Pestalozzi-Apotheke
- Sandweg-Apotheke
- Schiller-Apotheke
- Zeil-Apotheke
- Apotheke am Lindenbaum
- *Apotheke a. weißen Stein
- Kurhessen-Apotheke
- Griesheimer Apotheke
- Kaysser-Apotheke
- Flora-Apotheke
- *Schweizer-Apotheke
- *Paracelsus-Apotheke
- St. Martin-Apotheke
- Alte Apotheke
- Hinterland-Apotheke
- *Mohren-Apotheke
- Burg-Apotheke
- Dom-Apotheke
- Rathaus-Apotheke
- Burg-Apotheke
- St. Martinus-Apotheke
- Bernbeck'sche Apotheke
- Rathaus-Apotheke
- Rosen-Apotheke
- *Germania-Apotheke
- Hildegardis-Apotheke
- Adler-Apotheke
- Linden-Apotheke
- *Adler-Apotheke
- Andreas-Apotheke
- Bahnhof-Apotheke
- *Elefanten-Apotheke
- Schützenhof-Apotheke
- Theresien-Apotheke
- *Victoria-Apotheke
- *Schwan-Apotheke
- Franken-Apotheke
- *Martinus-Apotheke

Die mit einem (*) gekennzeichneten Apotheken haben die Erlaubnis erhalten, in der Ausbildungsperiode 1964/66 einen zweiten Praktikanten aufzunehmen und auszubilden.

Wiesbaden, 2. 4. 1964

**Der Hessische Minister für Arbeit,
Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**
VI/h — 18 b 16 01 —
StAnz. 17/1964 S. 542

474

Verzeichnis der für die Ableistung des Krankenpflagedienstes der Studierenden der Medizin und der zur Ausbildung von Famuli und Medizinalassistenten geeigneten und ermächtigten Krankenanstalten, Einrichtungen und Ärzte.

Nachstehend wird das Verzeichnis der Krankenanstalten, der sonstigen Einrichtungen und der Ärzte veröffentlicht, die gemäß den Vorschriften des § 5 Abs. 1, § 6 Abs. 1 und § 64 Abs. 1 der Bestallungsordnung für Ärzte vom 15. September 1953 (BGBl. I S. 1334) in der Fassung der Verordnung zur Änderung der Bestallungsordnung für Ärzte vom 26. Januar 1955 (BGBl. I. 36), der Verordnung zur Einführung der

Bestallungsordnung für Ärzte im Saarland und zur Änderung der Bestallungsordnung für Ärzte vom 14. Juli 1957 (BGBl. I S. 723) und der Verordnung zur Änderung der Bestallungsordnung für Ärzte vom 13. 7. 1963 (BGBl. I S. 470) für die Ableistung des Krankenpflagedienstes der Studierenden der Mediziiin als geeignet anerkannt bzw. zur Ausbildung von Famuli und Medizinalassistenten ermächtigt worden sind. Die Anerkennung bzw. Ermächtigung kann jederzeit widerrufen werden, wenn eine ordnungsgemäße Ableistung des Krankenpflagedienstes oder Ausbildung der Famuli und Medizinalassistenten nicht mehr gewährleistet ist.

Die Universitätskliniken und -polikliniken bedürfen keiner besonderen Ermächtigung zur Beschäftigung von Studierenden der Medizin bzw. Medizinalassistenten. Um eine ordnungsgemäße Ausbildung zu gewährleisten, darf die Zahl der jeweils gleichzeitig zu beschäftigenden Studierenden im Krankenpflagedienst, Famuli und Medizinalassistenten die Zahl der planmäßigen Assistenten nicht übersteigen.

Die Höchstzahl der von einer Krankenanstalt gleichzeitig zu beschäftigenden Studierenden der Medizin oder Medizinalassistenten ist in den Spalten 5—8 der Anlage 1 angegeben. Die Höchstzahl der von den sonstigen Einrichtungen gleichzeitig zu beschäftigenden Medizinalassistenten ist in Spalte 2 der Anlage 2 angegeben. Die in der Anlage 3 aufgeführten selbständig tätigen Ärzte dürfen jeweils nur einen Medizinalassistenten zur gleichen Zeit beschäftigen.

Den Studierenden der Mediiizn ist über die Tätigkeit im Krankenpflagedienst ein Zeugnis nach Muster 1 und über die Tätigkeit als Famulus ein Zeugnis nach Muster 2 und den Medizinalassistenten eine Bescheinigung nach Muster 9 der Bestallungsordnung für Ärzte vom 15. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1334) auszustellen. Bezüglich der Medizinalassistenten verweise ich im übrigen auf die Vorschriften der §§ 64 bis 66 der Bestallungsordnung.

Nach § 64 Abs. 3 der Bestallungsordnung ist das Verzeichnis auf dem laufenden zu halten. Etwaige Anträge zur Änderung oder Ergänzung der Anlage 1 sind über die Gesundheitsämter zu stellen und mir von diesen gesammelt auf dem Dienstwege zum 1. Oktober jeden Jahres vorzulegen. Fehlanzeige ist nicht erforderlich. Bezüglich der Anlage 3 bitte ich die Landesärztekammer Hessen in gleicher Weise zu verfahren.

Das im StAnz. 1963 S. 423 Ziff. 366 veröffentlichte Verzeichnis wird hiermit gegenstandslos.

Wiesbaden, 3. 4. 1964

**Der Hessische Minister für Arbeit,
Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**
VI c (2) — 18b02/01 — 03
StAnz. 17/1964 S. 543

Anlage 1

Verzeichnis der für die Ableistung des Krankenpflagedienstes als geeignet anerkannten und der zur Ausbildung von Famuli und Medizinalassistenten ermächtigten Krankenanstalten.

Zeichenerklärung:

- Spalte 5 und 6 — (m) = davon männlich
- (w) = davon weiblich
- Spalte 7 — Allg. = Allgemein, ohne Fachabteilung
- Chir. = Chirurgie
- Geb.-Gyn. = Geburtshilfe-Gynäkologie
- Haut = Haut u. Geschlechtskrankheiten
- Inn. = Innere Krankheiten
- Kdr. = Kinder
- Neurol. = Neurologie
- Orth. = Orthopädie
- Path. = Pathologie
- Psych. = Psychiatrie
- Röntg. = Röntgen
- Tbc. = Tuberkulose
- Url. = Urologie
- Aug. = Augen
- Unf. = Unfallchirurgie

Nur die an den Fachabteilungen für Innere Krankheiten (Inn.), Chirurgie (Chir.) und Geburtshilfe-Gynäkologie (Geb.-Gyn.) abgeleistete Tätigkeit wird auf die nach § 64 Abs. 2 Satz 1 der Bestallungsordnung vorgeschriebenen Ausbildungsabschnitte angerechnet.

Lfd. Nr.	Ort und Straße	Name der Anstalt	Zahl der Kranken- betten	Zahl der Kranken- Pflege- dienststellen	Zahl der Famull- stellen	Zahl der Med. Ass. Stellen in der Fach- abteilung oder allgemein	Gesamt
Regierungsbezirk Darmstadt							
1	Alsfield	Kreiskrankenhaus Alsfield	159	2	2	1 Inn.	2
2	Bensheim a. d. B. Hauptstraße 81	Heilig-Geist-Hospital	163	2	2	1 Chir.	2
3	Büdingen Steinweg 44	Mathilden-Hospital	105	1	1	1 Chir.	-
4	Darmstadt Grafenstraße 9	Städt. Krankenanstalten Darmstadt	777	12 (2w)	15	5 Inn. 5 Chir. 3 Geb.-Gyn. 1 Haut 1 Kdr. 1 Angiol. Forsch. Abt. - Allgem. 1 Path.-Bakt.	17
5	Darmstadt Erbacher Straße 25	Diakonissenhaus Elisabethenstift	300	2	2	2 Inn. 2 Chir.	4
6	Darmstadt Dieburger Straße 31	Alice-Hospital vom Roten Kreuz	166	4 (2m, 2w)	4	1 Inn. 1 Chir.	2
7	Darmstadt Dieburger Straße 31	Eleonoreenheim	100	1 (w)	2 (Erl. v. 25. 6. 63)	1 Kdr.	1
8	Darmstadt Martinspfad	Marienhospital	140	2	2	1 Chir.	1
9	Dieburg Katzengasse 4	Kreiskrankenhaus St. Rochus	160	2	2	1 Chir. 1 Allgem.	2
10	Erbach/Odw. Am Brühl 10	Kreiskrankenhaus Chir.-gyn. Abtlg.	72	1	2	1 Allgem.	1
	Neckarstraße 3	— Inn. Abteilung —	65	1	1	1 Allgem.	1
11	Bad König/Odw.	Kreiskrankenhaus Erbach/Odw.	54	1	1	1 Chir.	1
12	Friedberg/Hessen Kaiserstraße 141	Städt. Bürgerhospital	160	4	4	2 Chir.	2
13	Gießen	Balsler'sche Stiftung — Med. Klinik —	75	2	2	1 Inn.	1
14	Gießen Johannesstraße 7	Evgl. Schwesternhaus	165	2	2	1 Chir. 1 Geb.-Gyn.	2
15	Gießen	St.-Josefs-Krankenhaus	188	2	2	1 Geb.-Gyn. 1 Inn.	2
16	Gießen	Bundeswehr-Lazarett	350	6	6	2 Inn. 2 Chir.	4
17	Gießen Licher Straße 106	Landeswohlfahrtsverband Hessen — Psych. Krankenhaus Gießen —	830	6 (3m, 3w)	3	2 Psych.	2
18	Gießen Körnerstraße 8	Landesversicherungsanstalt Hessen Heilstätte Seltersberg	150	-	2	1 Tbc.	1
19	Gießen Körnerstraße 8	Landesversicherungsanstalt Hessen Albert-Jesioneck-Krankenhaus	169	-	-	1 Tbc.	1
20	Goddellau	Landeswohlfahrtsverband Hessen — Psych. Krankenanstalt „Philippshospital“	1380	1	1	1 Psych.	1
21	Heppenheim a. d. B. Kolpingstraße 2	Städt. Krankenhaus Heppenheim	130	2	2	2 Allgem.	2
22	Heppenheim a. d. B. Ludwigstraße 50	Landeswohlfahrtsverband Hessen — Psych. Krankenhaus — Heppenheim —	730	2	2	1 Psych. 1 Neur.	2
23	Jugenheim a. d. B. Hauptstraße 30	Kreiskrankenhaus	155	3 (1w)	2	1 Chir. 1 Inn. 1 Geb.-Gyn.	3
24	Lampertheim Neue Schulstraße 12	St.-Marien-Krankenhaus	90	2	-	-	-
25	Langen/Hessen Frankfurter Straße 60	Kreiskrankenhaus	120	2	2	1 Chir. 1 Inn.	2
26	Lauterbach/Obh.	Krankenhaus Eichhof	130	2	2	1 Allgem.	1
27	Lindenfels/Odw. Bensheimer Straße 12	Luisenkrankenhaus	120	2	2	1 Inn. 1 Chir.	2
28	Bad Nauheim Ludwigstraße 41	Konitzkystift (Kur-Abtlg. und Innere Klinik)	270	3	6	4 Inn.	4
29	Bad Nauheim Hochwaldstraße 50	Städt. Krankenhaus (Hochwaldkrankenhaus)	150	5	4	1 Chir.	1
30	Bad Nauheim Terrassenstraße 8	West-Sanatorium	62	1	-	1 Allgem.	1
31	Bad Nauheim Ernst-Ludwig-Ring 2	Sanatorium „Grand Hotel“ — LVA Rheinprovinz —	320	1	2	1 Allgem.	1
32	Bad Nauheim Ludwigstraße 33	Sanatorium „Rhein-Ruhr“ — LVA Rheinprovinz —	187	-	2	1 Allgem.	1

Lfd. Nr.	Ort und Straße	Name der Anstalt	Zahl der Kranken- betten	Zahl der Pflege- dienststellen	Zahl der Famili- stellen	Zahl der Med. Ass. Stellen in der Fach- abteilung oder allgemein	Gesamt
33	Bad Nauheim Frankfurter Straße 22	Sanatorium „Viktoria“ — LVA Württemberg —	200	-	-	1 Allgem.	1
34	Bad Nauheim Lindenstraße 15	Sanatorium „Viktoria“ — LVA Württemberg —	200	-	4	1 Allgem.	1
35	Bad Nauheim Küchlerstraße 1	Sanatorium „Deutscher Hof“ — LVA Rheinprovinz —	104	-	1	1 Allgem.	1
36	Bad Nauheim	Hessen-Sanatorium — LVA Hessen—	154	-	-	1 Allgem.	1
37	Bad Nauheim Beneckestraße 6—8	Kerckhoff-Klinik	119	-	-	2 Allgem.	2
38	Bad Nauheim	Haus Hassia — Sanatorium LVA Hessen —	117	-	-	1 Allgem.	1
39	Nieder-Ramstadt Kreis Darmstadt	Nieder-Ramstädter Heime (Heil- und Pflegeanstalt)	604	2	1	-	-
40	Nieder-Weisel Johanniterstraße 7	Johanniter-Krankenhaus	87	1	1	1 Allgem.	1
41	Offenbach/Main Starkenburgering 66	Stadtkrankenhaus Offenbach/Main	812	15	15	4 Inn. 4 Chir. 3 Geb.-Gyn. 2 Kdr.	13
42	Offenbach/Main Lichterplattenweg 85	Ketteler-Krankenhaus	350	2	2	2 Allgem.	2
43	Offenbach/Main Frankfurter Straße 122	Privatfrauenklinik Dr. Rauh	52	1	1	1 Geb.-Gyn.	1
44	Reichelsheim/Odw. Am Gänseberg 4	Göttmann'sche Heilstätte	140	-	1	1 Tbc.	1
45	Rüsselsheim Kreis Groß-Gerau Aug.-Bebel-Straße 59	Stadtkrankenhaus Rüsselsheim	380	5	5	3 Inn. 3 Chir. 1 Geb.-Gyn.	7
46	Selters Kreis Rüdigen	Sanatorium Benediktusquelle — LVA Hessen —	190	-	-	1 Allgem.	1
47	Seligenstadt Dudenhöfer Straße 9	Kreiskrankenhaus	121	2	2	1 Chir. 1 Inn.	2
48	Sandbach/Odw. über Höchst/Odw.	Ernst-Ludwig-Heilstätte — LVA Hessen —	250	-	-	2 Tbc.	2
49	Schotten Kreis Rüdigen	Landeswohlfahrtsverband Hessen — Heilstätte Schotten —	180	1	1	2 Tbc.	2
50	Groß-Umstadt Krankenhausstraße 3	Stadtkrankenhaus Groß-Umstadt	41	1	1	-	-
51	Bad Vilbel Raugasse 3	Städt. Krankenhaus Bad Vilbel	70	1	1	1 Allgem.	1
52	Winterkasten/Odw.	Eleonorenklinik	155	-	-	1 Allgem.	1
53	Winterkasten/Odw.	Kinderheilstätte „Almfrieden“ — LVA Hessen —	70	-	-	1 Allgem.	1
Regierungsbezirk Kassel							
1	Arolsen Helenenstraße 16	Stadtkrankenhaus	138	3	3	1 Inn. 1 Chir.	2
2	Eschwege Luisenstraße 23	Kreiskrankenhaus	370	4	4	2 Inn. 2 Chir. 1 Geb.-Gyn.	5
3	Frankenberg/Eder Forststraße 9	Kreiskrankenhaus	200	2	2	1 Inn. 1 Chir.	2
4	Fritzlar Brüdergasse 4	Hospital z. Hl. Geist	190	2	2	1 Inn. 1 Chir.	2
5	Fulda Buttlarstraße 74	Herz-Jesu-Krankenhaus	204	3	3	1 Chir. 1 Allgem.	2
6	Fulda Edelzeller Straße 4	Städt. Krankenhaus	624	19	19	4 Inn. 4 Chir. 2 Geb.-Gyn. 2 Unf.-Orth. 1 Path. 1 Röntg.	14
7	Fulda Löherstraße 2	Heilig-Geist-Krankenhaus	80	1	2	1 Inn.	1
8	Fürstenhagen Bez. Kassel Siedlung 6	Krankenhaus Fürstenhagen	100	2	2	1 Allgem.	1
9	Gersfeld Kreis Fulda	Krankenhaus und Kuranstalt „Ludwigsstift“	58	1	-	-	-
10	Gudensberg Kreis Fritzlar-Homberg	Kreisfrauenklinik	51	-	-	1 Geb.-Gyn.	1
11	Haina/Kloster Kreis Frankenberg	Landeswohlfahrtsverband Hessen — Psych. Krankenhaus Haina —	827	1	1	2 Psych.	2

Lfd. Nr.	Ort und Straße	Name der Anstalt	Zahl der Kranken- betten	Zahl der Kranken- dienststellen	Zahl der Famuli- stellen	Zahl der Med.	Gesamt
						Ass. Stellen in der Fach- abteilung oder allgemein	
12	Helmarshausen Kreis Hofgeismar	Bezirkskrankenhaus der Arbeiterwohlfahrt	80	1	2	1 Allgem.	1
13	Hephata b. Treysa	Heil- und Pflegeanstalt	649	2 (1m, 1w)	2 (1m, 1w)	1 Psych. 1 Neur.	2
14	Hephata b. Treysa	Krankenhaus Hephata	128	4	3	1 Chir.	1
15	Bad Hersfeld Seilerweg 29	Kreiskrankenhaus	620	12	12	3 Inn. 3 Chir. 1 Geb.-Gyn. 1 Kdr.	8
16	Bad Hersfeld Hopfgarten 16	Wigbertshöhe Kuranstalt und Klinik	82	1	1	-	-
17	Hofgeismar	Kreiskrankenhaus	180	2	2	1 Inn. 1 Chir.	2
18	Hofgeismar Am Krähenberg 1	Evgl. Krankenhaus Gesundbrunnen	109	1	1	1 Allgem.	1
19	Hofgeismar	Christian-Stock-Kinderheilstätte — LVA Hessen —	100	-	-	1 Allgem.	1
20	Homburg/Bez. Kassel Ziegenhainer Straße 5	Homberger Klinik Dr. Pirn	61	1	1	1 Chir.	1
21	Hessisch-Lichtenau Bez. Kassel Am Mühlenberg	Orth.-chir. Klinik d. Orth. Heil- und Lehranstalt	153	2	1	1 Orth.	1
22	Hünfeld Niedertor 4	St.-Elisabeth-Krankenhaus	205	1	1	1 Chir.	1
23	Immenhausen Kreis Hofgeismar Hohenkirchener Straße	Lungenheilstätte Philippsstiftung	170	1	1	1 Tbc.	1
24	Kassel Mönchebergstraße 41/43	Stadtkrankenhaus	1050	10	16	6 Inn. 7 Chir. 4 Geb.-Gyn. 1 Kdr. 1 Haut 1 Path. Bakt.	20
25	Kassel Marburger Straße 85	Marienkrankenhaus	203	2	2	2 Inn. 1 Chir.	3
26	Kassel Goethestraße 85	Krankenhaus des Kurhess. Diakonissenhauses	223	3	3	1 Inn. 1 Chir. 1 Geb.-Gyn.	3
27	Kassel-Wilh. Burgfeldstraße 11	Burgfeld-Krankenhaus	206	3	3	1 Inn. 1 Chir. 1 Geb.-Gyn.	3
28	Kassel Hansteinstraße 29	Rotes-Kreuz-Krankenhaus	240	2	2	1 Inn. 1 Chir. 1 Geb.-Gyn.	3
29	Kassel Frankfurter Straße 167	Kinderkrankenhaus Park Schönfeld	150	2	2	1 Kdr.	1
30	Kassel Weinbergstraße 7	St.-Elisabeth-Krankenhaus	226	2	2	1 Inn. 1 Chir.	2
31	Kassel Terrasse 30	Urologische Klinik	95	-	-	1 Urol.	1
32	Kassel Frankenstraße 40	Landeswohlfahrtsverband Hessen — Orthopädische Klinik Kassel —	175	1	1	2 Orth.	2
33	Kassel-Harleshausen Klinikstraße 16	Königin-Elena-Klinik	106	-	2	1 Neurol. 1 Kdr.	1 1
34	Kassel Herkulesstraße 111	Kinderkrankenhaus „Kind von Brabant“	120	2	2		
35	Kassel-Niederzwehren	Nervenlinik Neue Mühle	70	-	-	1 Psych.	1
36	Kassel-B. Pfarrstraße 19	Frauenklinik Dr. Koch	60	-	-	1 Geb.-Gyn.	1
37	Korbach Enserstraße 19	Stadtkrankenhaus	197	3	3	1 Inn. 1 Chir.	2
38	Laudenbach über Witzenhausen	LWV Hessen Heilstätte am Meißner	102	1	1	1 Tbc.	1
39	Lippoldsberg Post Bodenfelde/Weser	Tuberkuloseheilstätte der Inneren Mission	210	-	-	1 Tbc.	1
40	Marburg/Lahn Lahnstraße 8	Klinik St. Elisabeth	90	2	2	1 Geb.-Gyn. 1 Chir.	2
41	Marburg/Lahn Cappeler Straße 98	Landeswohlfahrtsverband Hessen — Psych. Krankenhaus —	784	2	3	2 Psych.	2
42	Marburg/Lahn Schröckerstraße 1—3	Sanatorium Sonnenblick	265	1	3	2 Tbc.	2
43	Marburg/Lahn-Wehrda Postfach 70	Diakonie-Krankenhaus	223	2	2	2 Inn. 1 Chir.	3
44	Melsungen Kasseler Straße 74	Städt. Krankenhaus Melsungen	61	1	1	1 Allgem.	1

Lfd. Nr.	Ort und Straße	Name der Anstalt	Zahl der Kranken- betten	Zahl der Kranken- Pflege- dienststellen	Zahl der Famili- stellen	Zahl der Med. Ass. Stellen in der Fach- abteilung oder allgemein	Gesamt
45	Melsungen	Heilstätte Stadtwald der Bundesbahn-Vers.-Anstalt	180	1	1	1 Tbc.	1
46	Merxhausen über Kassel 7	Landeswohlfahrtsverband Hessen — Psych. Krankenhaus Merxhausen —	866	1	-	2 Psych.	2
47	Oberkaufungen über Kassel	Heilstätte Oberkaufungen	325	-	1	1 Tbc.	1
48	Rotenburg a. d. F. Am Kratzberg 1	Kreiskrankenhaus	208	3	3	1 Inn. 1 Chir.	2
49	Bad Sooden-Allendorf	Sanatorium Kurhessen — LVA Hessen —	140	-	-	1 Allgem.	1
50	Volkmarsen Bez. Kassel Warburgstraße 6	Elisabeth-Krankenhaus	46	1	1	-	-
51	Bad Wildungen Laustraße 30	Stadtkrankenhaus	425	3	5	1 Inn. 1 Chir.	2
52	Bad Wildungen Brunnenallee 54	Sanatorium und Kurklinik Dr. Kienle	125	-	1	1 Allgem.	1
53	Bad Wildungen Dr.-Born-Straße 7a	Sanatorium Helenenquelle Sanatorium Reinhardshausen	100 158	- -	1 1	1 Allgem. 1 Urol.	1 1
54	Bad Wildungen	Park-Sanatorium	116	-	1	1 Allgem.	1
55	Bad Wildungen Brunnenallee 39	Sanatorium „Fürstenhof“	347	-	-	1 Allgem.	1
56	Bad Wildungen	Versorgungskuranstalt des Landes- versorgungsamtes Hessen	82	1	1	1 Allgem.	1
57	Witzenhausen Steinstraße 22	Kreis- und Stadtkrankenhaus Witzenhausen	211	3	3	1 Inn. 1 Chir. 1 Geb.-Gyn.	3
58	Wolfhagen Hauptstraße 1	Kreis- und Stadtkrankenhaus Wolfhagen	198	2	2	1 Chir. 1 Allgem.	2
Regierungsbezirk Wiesbaden							
1	Bieber Kreis Gelnhausen	Spessart-Sanatorium der LVA Hessen	100	-	1	1 Tbc.	1
2	Biedenkopf Helmstraße 71	Rotes-Kreuz-Krankenhaus	97	2	2	1 Allgem.	1
3	Braunfels/Lahn Kreis Witzlar	Kreiskrankenhaus „Falkeneck“	125	1	2	1 Chir. 1 Inn.	2
4	Dillenburg Rothebergstraße 2	Kreiskrankenhaus	333	4	4	1 Inn. 2 Chir.	3
5	Dornholzhausen b. Bad Homburg	Heim für Gehirn- und Rückenmarksgeschädigte	72	1	1	-	-
6	Erbach/Rhg. Klosterstraße 4	Landeswohlfahrtsverband Hessen — Psych. Krankenhaus Eichberg —	1030	2	1	3 Psych.	3
7	Eltville/Rhg. Rheingauer Straße 62/64	Städt. Krankenhaus	108	2	2	1 Inn. 1 Chir.	2
8	Endbach Kreis Biedenkopf	Kneipp-Rheuma-Bad und Kneippkurheim	105	1	1	1 Allgem.	1
9	Ehringshausen Kreis Wetzlar	Kaiserin-Auguste-Viktoria- Krankenhaus	70	1	1	1 Allgem.	1
10	Eppstein/Ts. Jahnstraße 9	Städt. Krankenhaus Eppstein	120	4	4	1 Inn.	1
11	Falkenstein/Ts. Debusweg 2	Landeswohlfahrtsverband Hessen — Heilstätte Falkenstein —	350	1	1	2 Tbc.	2
12	Frankfurt/Main Nibelungenallee 37/41	Bürgerhospital	422	9	9	2 Inn. 3 Chir. 1 Geb.-Gyn.	6
13	Frankfurt/Main Ginnheimer Straße 3—7	St.-Elisabeth-Krankenhaus	350	5	10	2 Inn. 1 Chir. 1 Geb.-Gyn.	4
14	Frankfurt/Main-Ginnheim Wilh.-Epstein-Straße 2	St.-Markus-Krankenhaus — Abtlg. I —	520	5	5	3 Inn. 3 Chir. 2 Geb.-Gyn. 1 Neur.	9
15	Frankfurt/Main Falkstraße 35—37	St.-Markus-Krankenhaus — Abtlg. II —	146	2	4	2 Inn.	2
16	Frankfurt/Main Langestraße 4—8	Hospital z. Hl. Geist	398	6	4	3 Inn. 3 Chir. 2 Geb.-Gyn.	8
17	Ffm.-Praunheim	Krankenhaus Nordwest	612	10	10	4 Inn. 4 Chir. 3 Geb.-Gyn. 2 Neurol.	13

Lfd. Nr.	Ort und Straße	Name der Anstalt	Zahl der Kranken- betten	Zahl der Kranken- Pfle- gedienststellen	Zahl der Famuli- stellen	Zahl der Med. Ass. Stellen in der Fach- abteilung oder allgemein	Gesamt
18	Frankfurt/Main Königswartherstraße 14/26	Rotes-Kreuz-Krankenhaus	172	3	4	1 Inn.	1
19	Frankfurt/Main Im Prüfling 21—25	Krankenhaus Bethanien	245	3	3	2 Allgem.	2
20	Frankfurt/Main Auf dem Mühlberg 30	Krankenhaus Bethanien	126	2	2	1 Allgem.	1
21	Frankfurt/Main Brahmsstraße 1—5	St.-Marien-Krankenhaus	458	10	12	2 Inn. 2 Chir. 1 Geb.-Gyn. 1 Aug. 1 Chir.	6
22	Frankfurt/Main Untere Atzemer 7	Krankenhaus der Barmherzigen Brüder	110	2	1	1 Chir.	1
23	Frankfurt/Main-Süd Schifferstraße 80	Privatkrankenhaus Sachsenhausen mit C.-v.-Noorden-Klinik	340	8	3	2 Inn. 1 Chir. 1 Geb.-Gyn. 1 Allgem. (Dr. Schaefer)	5
24	Frankfurt/Main Holzhausenstraße 72	Diakonissenkrankenhaus	155	4	4	1 Inn. 1 Chir.	2
25	Frankfurt/Main Böttgerstraße 11	Kinderkrankenhaus	75	1	1	1 Kdr.	1
26	Frankfurt/Main Theobald-Christ-Straße 16	Clementine-Kinderkrankenhaus	98	1	1	1 Kdr.	1
27	Frankfurt/Main Seckbacher Landstraße 65	St.-Katharinen-Krankenhaus	470	6	6	3 Inn. 2 Chir. 1 Geb.-Gyn.	6
28	Frankfurt/Main Scheffelstraße 2—16	Krankenhaus Maingau vom Roten Kreuz	265	2	2	-	-
29	Frankfurt/Main Friedberger Landstraße 430	Berufsgen. Unfallkrankenhaus — Chirurg. Klinik —	250	4	4	5 Chir.	5
30	Frankfurt/Main Gießener Straße	97th US Gen. Hospital	-	-	-	2 Inn. 2 Chir. 2 Unf.-Orth.	6
31	Frankfurt/Main	Alters- und Pflegeheim „Johanna Kirchner“	104	2	-	-	-
32	Frankfurt/Main-Höchst	Städt. Krankenhaus Ffm.-Höchst	670	10	12 (Erl. v. 4. 7. 1963)	5 Inn. 3 Chir. 2 Geb.-Gyn. 3 Kdr. 1 Path. 1 Radiol. Inst. 1 Inn.	15
33	Geisenheim/Rhg. Hospitalstraße 23	Krankenhaus Maria Hilf	57	1	1	1 Inn.	1
34	Gelnhausen Herzbachweg 14a	Kreiskrankenhaus	262	4	4	2 Inn. 2 Chir. 1 Geb.-Gyn.	5
35	Hadamar Kreis Limburg/Lahn Nonnengasse 21	St.-Anna-Krankenhaus	94	1	1	1 Chir.	1
36	Hadamar Kreis Limburg/Lahn Mönchberg 1	Landeswohlfahrtsverband Hessen — Psych. Krankenhaus Hadamar —	390	1	1	1 Psych.	1
37	Hanau Mühltorweg 1	Städt. Krankenhaus	459	5	10	3 Inn. 2 Chir. 2 Geb.-Gyn.	7
38	Hanau Nußallee 28	St.-Vincenz-Krankenhaus	382	4	6	2 Inn. 2 Chir. 1 Geb.-Gyn.	5
39	Herborn/Dillkreis Schloßstraße 20	Friedrich-Zimmer-Krankenhaus	142	1	1	1 Inn. 1 Chir.	2
40	Herborn/Dillkreis	Landeswohlfahrtsverband Hessen — Orthp. Klinik —	123	1	1	1 Orth.	1
41	Herborn/Dillkreis	Landeswohlfahrtsverband Hessen — Psych. Krankenhaus —	1120	1	1	2 Psych.	2
42	Hofheim/Ts. Lindenstraße 10	St.-Marien-Krankenhaus	180	2	2	1 Inn. 1 Chir.	2
43	Bad Homburg v. d. H. Taunusstraße 3	Kreiskrankenhaus Obertaunus	400	5	6	2 Inn. 2 Chir. 1 Geb.-Gyn.	5
44	Bad Homburg v. d. H. Tannenwaldallee 50	Hirnverletztenheim Kur- und Krankenanstalt	115	1	1	-	-
45	Bad Homburg v. d. H. Landgrafenstraße 2—8	Parksanatorium, Klinik der Bundesversicherungsanstalt	221	-	3	2 Inn.	2
46	Bad Homburg v. d. H.	Sanatorium Geh. Reit Trapp — LVA Hessen —	120	-	-	1 Allgem.	1

Lfd. Nr.	Ort und Straße	Name der Anstalt	Zahl der Krankenbetten	Zahl der Kranken-Pflege-dienststellen	Zahl der Familienstellen	Zahl der Med. Ass. Stellen in der Fachabteilung oder allgemein	Gesamt
47	Idstein/Ts. Escher Straße 17	Kreiskrankenhaus	64	1	1	1 Chir.	1
48	Kiedrich/Rhg. Suttonstraße 24	St.-Valentinus-Haus Heil- und Pflegeanstalt	314	-	-	1 Psych.	1
49	Königstein/Ts. Altkönigstraße 16	Privatklinik Dr. Amelung	85	-	2	1 Inn.	1
50	Königstein/Ts. Am Woogtal	Krankenhaus Königstein/Ts.	75	2	1	-	-
51	Königstein/Ts. Sodener Straße 43	Bundesbahn-Klinik f. Herz- und Gefäßkrankheiten	207	-	1	2 Inn.	2
52	Königstein/Ts.	„Haus Hainerberg“ Beobachtungskrankenhaus — LVA Hessen —	80	-	2 (s. Erl. v. 2. 9. 1963)	1 Allgem.	1
53	Köppern/Taunus	Waldkrankenhaus des Hospitals z. Hl. Geist	350	4	4	2 Inn. 1 Chir.	3
54	Limburg/Lahn Roßmarkt 22	St.-Vincenz-Hospital	340	2	2	1 Inn. 2 Chir. 1 Geb.-Gyn.	4
55	Mammolshain b. Kronberg/Taunus	Landeswohlfahrtsverband Hessen — Kinderheilstätte Mammolshöhe —	220	1	1	2 Tbc.	2
56	Oberursel/Ts.	Kuranstalt Hohe Mark	280	-	-	1 Psych.	1
57	Bad Orb	Sanatorium Küppelsmühle	214	-	1	1 Allgem.	1
58	Bad Orb	Kinderheilstätte	482	-	-	1 Kdr.	1
59	Bad Orb	Spessart-Sanatorium	150	-	-	1 Allgem.	1
60	Rüdesheim/Rhg. Eibinger Straße 9	St.-Josefs-Krankenhaus	147	2	2	1 Chir.	1
61	Ruppertshain Post Königstein	Heilstätte Ruppertshain	258	2	2	2 Tbc.	2
62	Schlüchtern Ludovica-v.-Stumm-Straße	Kreiskrankenhaus	113	4	2 (Erl. v. 12. 3. 1963)	1 Inn. 1 Chir.	2
63	Bad Schwalbach/Ts. Reitallee 2—4	Kreiskrankenhaus und Karl-Lang-Krankenhaus	147	2	2	1 Inn. 1 Allgem. (Karl- Langkrhs.)	2
64	Bad Schwalbach/Ts.	Krankenhaus „Paulinenberg“	125	-	-	1 Tbc.	1
65	Bad Schwalbach/Ts. Parkstraße 6	Sanatorium „Haus am Park“ — LVA Hessen —	192	-	-	2 Allgem.	2
66	Bad Schwalbach/Ts. Merianstraße 10	Kurklinik LVA Oldenburg-Bremen	176	-	2	1 Allgem.	1
67	Bad Schwalbach/Ts.	Staatl. Sanatorium „Römerbad“	130	-	-	1 Allgem.	1
68	Bad Soden Kreis Schlüchtern	Knappschafts-Sanatorium „Kinzigtal“	125	-	-	1 Allgem.	1
69	Waldhof-Elgershausen über Wetzlar	Lungenheilstätte	165	-	-	1 Tbc.	1
70	Weilburg/Lahn Frankfurter Straße	Kreiskrankenhaus	150	2	2	1 Chir. 1 Inn.	2
71	Weilmünster/Ts. Weilstraße 10	Landeswohlfahrtsverband Hessen — Psych. Krankenhaus —	300	1	1	3 Psych.	3
72	Wetzlar Frankfurter Straße 59	Städt. Krankenhaus	365	8	8	2 Inn. 2 Chir. 2 Geb.-Gyn.	6
73	Wiesbaden Langenbeckplatz 2	St.-Josefs-Krankenhaus	130	3	3	2 Chir. 1 Geb.-Gyn.	3
74	Wiesbaden Mainzer Straße 3	Chirurgische Klinik Dr. Frère	50	1	1	1 Chir.	1
75	Wiesbaden Mosbacher Straße 10	Landeswohlfahrtsverband Hessen — Orthop. Klinik Alfred-Erich-Heim —	142	1	1	2 Orth.	2
76	Wiesbaden Kapellenstraße 42	Augenheilstätte	100	2	2	1 Allgem.	1
77	Wiesbaden Schwalbacher Straße 62	Städt. Krankenanstalten	1153	8	16	8 Inn. 4 Chir. 3 Geb.-Gyn. 1 Kdr. 2 Unf.-Chir. (Allgem.) 1 Urol. 1 Psych., Neur. 1 Haut 1 Path.	22
78	Wiesbaden Schiersteiner Straße 46	Adelheid-Krankenhaus Paulinenstiftung	279	6	6	1 Inn. 1 Chir. 1 Kdr.	3
79	Wiesbaden Friedrichstraße 24—28	Hospital z. Hl. Geist	200	3	3	3 Inn.	3
80	Wiesbaden	Rheumaklinik Kaiser-Friedrich-Bad	61	-	-	1 Allgem.	1

Anlage 2

Verzeichnis der für die Ableistung der Medizinalassistentenzeit ermächtigten medizinischen Institute und Gesundheitsämter

Bezeichnung:	Zahl d. Med. Ass.-Stellen:	Bezeichnung:	Zahl d. Med. Ass.-Stellen:
Universitäts-Institute			
Universität Frankfurt/Main		Pathologisches Institut	3
Anatomisches Institut	1	Physiol.-Institut	1
Pharmakologisches Institut	1	Hygiene-Institut	1
Institut für animalische Physiologie	1	Phys.-chemisches Institut	1
Institut für chemische Physiologie	1	Institut für Ernährungswissenschaft	1
Pathologisches Institut	3		
Hygienisches Institut	1	Sonstige Institute	
Röntgeninstitut	1	William G. Kerckhoff-Institut	
Institut für gerichtliche und soziale Medizin	1	Herzforschungsinstitut der Max-Planck-Gesellschaft Bad Nauheim	2
Neurologisches Institut (Edinger Institut)	1	Paul-Ehrlich-Institut	
Universität Marburg/Lahn		Staatl.-Anstalt für experimentelle Therapie, Frankfurt/Main	
Anatomisches Institut	1	Paul-Ehrlich-Straße 42—44	2
Physiologisches Institut	1	Max-Planck-Institut für Biophysik, Frankfurt/M., Forsthausstraße 70	2
Phys.-chemisches Institut	1	Med. Untersuchungsamt Dillenburg	1
Pathologisches Institut	3	Med. Untersuchungsamt Fulda	1
Pharmakologisches Institut	1		
Hygiene-Institut	2	Gesundheitsämter	
Strahlen-Institut	1	Stadtgesundheitsamt Frankfurt/Main, Braubachstraße 18—22	2
Gerichtsärztl. Institut	1	Kreisgesundheitsamt Marburg/Lahn	1
Universität Gießen		Kreisgesundheitsamt Gießen/Lahn	1
Anatomisches Institut	1		
Pharmakologisches Institut	1		

Anlage 3

Verzeichnis der für die Ableistung der Medizinalassistentenzeit ermächtigten Ärzte

Name:	Anschrift:	Name:	Anschrift:
Im Bereich der Bezirksärztekammer Darmstadt			
Dr. med. Becker, Rudolf	prakt. Arzt in Birkenau/Odw., Untergasse 17	Dr. med. Scheufler, Carl	prakt. Arzt in Weidenhausen, Krs. Biedenkopf
Dr. med. Erckmann, H.	prakt. Arzt in Michelstadt/Odw. Rudolf-Marburg-Str. 6	Dr. med. Scheerer, Hans	prakt. Arzt in Biedenkopf, Schulstraße 35
Dr. med. Heyduk, Karl	prakt. Arzt in Nieder-Roden	Dr. med. Stanzl, Ludwig	prakt. Arzt in Holzhausen, Krs. Biedenkopf
Im Bereich der Bezirksärztekammer Frankfurt/Main			
Dr. med. Auge, Helmut	prakt. Arzt in Oberursel, Liebfrauenstr. 2	Dr. med. Wolf, W.	prakt. Arzt in Fauerbach v. d. H.
Dr. med. Falter, Robert	prakt. Arzt in Seligenstadt (Hessen), Emmastr. 21	Dr. med. Zöller, Walter	prakt. Arzt in Schlitz, Krs. Lauterbach, Hindenburgstr.
Dr. med. Heide, Emil	prakt. Arzt in Somborn, Krs. Gelnhausen	Im Bereich der Bezirksärztekammer Kassel	
Dr. med. Jahn, Georg	prakt. Arzt in Wächtersbach, Kapellenweg 5	Dr. med. Beyer, Gerhard	prakt. Arzt in Wattenbach
Dr. med. Kerger, Hermann	prakt. Arzt in Frankfurt/M., Dehnhardtstr. 14	Dr. med. Dey, Heinrich	prakt. Arzt in Lisperhausen, Bahnhofstr. 303
Dr. med. Koch, Paul	prakt. Arzt in Sterbfritz, Krs. Schlüchtern	Dr. med. Jorns, Wolfgang	prakt. Arzt in Rotenburg/Fuld. Untertor 9
Dr. med. Samietz, Walther	prakt. Arzt in Gelnhausen, Barbarossastr. 6	Dr. med. Schultheis, Werner	prakt. Arzt in Bad Wildungen, Hufelandstr. 1—3
Dr. med. Scheuermann, Heinz	prakt. Arzt in Frankfurt/M., Auf dem Mühlberg 73	Dr. med. Wüllner, Werner	prakt. Arzt in Obersuhl, Hauptstr. 32
Dr. med. Frühauf, Hermann	prakt. Arzt in Offenbach/M., Bieberer Straße 148	Im Bereich der Bezirksärztekammer Marburg/Lahn	
Im Bereich der Bezirksärztekammer Gießen			
Dr. med. Bohrer, Adolf	prakt. Arzt in Leun, Krs. Wetzlar	Dr. med. Bornscheuer, Peter	prakt. Arzt in Ziegenhain
Dr. med. Eckert, Herbert	prakt. Arzt in Erda, Krs. Wetzlar	Dr. med. Gercke, Hans	prakt. Arzt in Schmittlotheim (Eder)
Dr. med. Federlin	prakt. Arzt in Hirzenhain Krs. Büdingen	Dr. med. Henkel, Johann	prakt. Arzt in Rauschenberg, Auf dem Römer 12
Dr. med. Kretschmar, Alfred	prakt. Arzt in Endbach, Krs. Biedenkopf	Dr. med. Kratz, Georg	prakt. Arzt in Neukirchen, Bahnhofstr. 2
		Dr. med. Kürschner, Urach	prakt. Arzt in Gudensberg, Fritzlarer Str. 7
		Dr. med. Nahler, Oskar-Ludw.	prakt. Arzt in Hebel
		Dr. med. Schneider, Erwin	prakt. Arzt in Battenberg (Eder)
		Dr. med. Thamer, Georg	prakt. Arzt in Willinghausen Nr. 140

fürsorge gebunden sei. Der Erlaß vom 15. 8. 1963 wird hiermit aufgehoben.

2. Zu § 25 a Abs. 4 BVG

Die Einkommensgrenze ist angehoben worden. Beim Grundbetrag ist an die Stelle „des zweifachen des für den Beschädigten oder Hinterbliebenen maßgeblichen Fürsorgerichtsatzes“ jetzt „das Doppelte des für einen Haushaltsvorstand maßgebenden Regelsatzes nach dem Bundessozialhilfegesetz“ (BSHG) getreten.

In Nr. 3 des Absatzes 4 ist der Familienzuschlag von bisher 80 DM auf mindestens 120 DM erhöht worden. Die Erhöhung gilt nur für die in diesem Absatz festgelegte Einkommensgrenze und nicht für die nach § 27 b entsprechend anzuwendende „Besondere Einkommensgrenze“ des § 81 BSHG; hier gilt der durch die „Verordnung nach § 82 des Bundessozialhilfegesetzes über die Änderung der Familienzuschläge“ vom 19. 2. 1964 (BGBl. I S. 132) auf nunmehr 100 DM festgesetzte Familienzuschlag.

Soweit sich Einkommensgrenzen (§§ 22, 23 VO/KOF) und Bedarfssätze (§ 18 VO/KOF, § 27 a Abs. 1 BVG) nach Sozialhilferegelsätzen bemessen, gilt für Angehörige nicht der Familienzuschlag, sondern der für sie maßgebende Regelsatz.

3. Zu § 25 a Abs. 6 BVG

In der Kriegsopferfürsorge sind der Einkommensbegriff des § 76 BSHG mit den hierzu durch die Verordnung zu § 76 BSHG gegebenen Abgrenzungen sowie die §§ 77, 78 BSHG unter Berücksichtigung der besonderen Lage der Beschädigten und Hinterbliebenen entsprechend anzuwenden. Bei der Ermittlung des Einkommens bleibt nunmehr unberücksichtigt die tatsächlich gewährte Grundrente bzw. ein Betrag in Höhe der Grundrente, soweit diese nach § 65 BVG ruht oder soweit nach § 44 Abs. 5 BVG Leistungen auf die Grundrente der Witwe angerechnet werden. Außerdem bleibt die Schwerstbeschädigtzulage unberücksichtigt. Bei Gewährung von Witwen- oder Waisenbeihilfe nach § 48 BVG bleibt ein der Grundrente entsprechender Betrag außer Betracht.

Soweit Versorgungsberechtigte, denen eine Kapitalabfindung gewährt worden ist, im Zeitpunkt des Inkrafttretens des 2. NOG Leistungen der Kriegsopferfürsorge erhalten haben, bleibt für eine Übergangszeit von 6 Monaten (bis 30. 6. 1964) bei der Ermittlung des Einkommens ein Betrag in Höhe der Grundrente außer Betracht.

4. Zu § 27 a Abs. 1 BVG

- a) In Satz 2 dieses Absatzes wird nunmehr Abschnitt 2 des BSHG für entsprechend anwendbar erklärt. Die Bestimmungen des Abschnitts 2 BSHG sind, wie sich aus dem Begriff „entsprechend“ ergibt, nur insoweit heranzuziehen, als in dem Abschnitt Kriegsopferfürsorge des Bundesversorgungsgesetzes nicht eigene Regelungen getroffen sind. Eigenständig geregelt sind im Recht der Kriegsopferfürsorge der Personenkreis, dem ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt zu gewähren ist (vgl. § 27 a Abs. 1 Satz 1), und die Frage, welche Mittel zur Deckung des Bedarfs einzusetzen sind (§ 27 a Abs. 1 Satz 1 i. V. mit § 25 a Abs. 1 BVG). Danach ist die Gewährung von Leistungen der Kriegsopferfürsorge nur vom Einsatz des Einkommens und Vermögens der Beschädigten bzw. der Hinterbliebenen selbst abhängig. Eine entsprechende Anwendung der §§ 11 Abs. 1, 16 BSHG für die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt nach § 27 a Abs. 1 BVG ist somit ausgeschlossen. Unterhaltspflichtige, insbesondere der Ehegatte, sind ausschließlich nach § 27 e BVG heranzuziehen.
- b) Innerhalb des bei der ergänzenden Hilfe zum Lebensunterhalt anzuwendenden Abschnitts 2 des BSHG gilt § 18 BSHG nicht für Empfänger einer Ausgleichsrente, da die Frage der zumutbaren Ausübung einer Erwerbstätigkeit bereits vom Versorgungsamt geprüft wird. Aber selbst dann, wenn keine Ausgleichsrente gezahlt wird, bietet § 18 Abs. 3 BSHG in Verbindung mit dem Hinweis auf die besondere Lage der Beschädigten und Hinterbliebenen in § 27 a Abs. 1 Satz 2 BVG die Möglichkeit, Schwerbeschädigte mit einer MdE von wenigstens 80 v. H., Witwen im Sinne des § 41 Abs. 1 BVG und Empfänger einer Elternrente nach § 50 BVG grundsätzlich nicht auf die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu verweisen.
- c) Der Mehrbedarf wegen Erwerbsunfähigkeit nach § 23 Abs. 1 Nr. 2 BSHG kann Beschädigten nur dann zuer-

kannt werden, wenn sie ohne Berücksichtigung der nach dem BVG anerkannten Schädigungsfolgen erwerbsunfähig im Sinne der gesetzlichen Rentenversicherung sind; wegen der Schädigungsfolgen wird bereits die Grundrente bei der Ermittlung des Einkommens außer Betracht gelassen.

5. Zu § 27 a Abs. 2 BVG

Der bisher bei Hinterbliebenen geforderte Kausalzusammenhang zwischen dem Verlust des Ernährers und der Erholungsbedürftigkeit ist entfallen. In Hessen tritt insoweit keine Änderung ein, da bereits gemäß Erlaß vom 4. 8. 1961 entsprechend verfahren wurde.

6. Zu § 27 b BVG

In § 27 b BVG ist jetzt eindeutig klargestellt, daß in der Kriegsopferfürsorge ergänzend die gesamten Vorschriften über die Hilfen in besonderen Lebenslagen nach Abschnitt 3 des BSHG anzuwenden sind.

7. Zu § 27 c BVG

Anspruch auf Sonderfürsorge haben nunmehr auch Personen, deren Minderung der Erwerbsfähigkeit allein wegen einer Gesichtsentstellung wenigstens 50 v. H. beträgt. Diese Feststellung ergibt sich bereits aus dem Bescheid des Versorgungsamtes; eine entsprechende Bescheinigung wird erforderlichenfalls auf Antrag des Beschädigten vom Versorgungsamt ausgestellt (§ 27 Abs. 3 VO/KOF).

8. Zu § 27 e BVG

An die Stelle der bisherigen zwingenden Vorschrift, Ansprüche Beschädigter oder Hinterbliebener auf entsprechende Leistungen überzuleiten, ist jetzt eine Kannbestimmung getreten. Die Überleitung derartiger Ansprüche steht danach im Ermessen der Träger der Kriegsopferfürsorge. Sie haben damit die Möglichkeit, insbesondere dann von der Überleitung abzusehen, wenn

- a) dies eine Härte bedeuten würde,
- b) wegen der geringen Höhe der aufgewendeten Beträge oder früher gewährter Leistungen ein unverhältnismäßig hoher Verwaltungsaufwand verursacht würde,
- c) bei rückwirkenden Leistungserhöhungen auf Grund geänderter Rechtsvorschriften die vom Gesetzgeber gewollte Verbesserung zu stark beeinträchtigt würde.

Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte dürften keine Bedenken bestehen, die Ansprüche auf die Erhöhungsbeträge der Ausgleichsrenten auf Grund des 2. NOG für die Zeit vom 1. 1. 1964 bis zum 31. 3. 1964 nicht überzuleiten.

Auf Grund der neu eingeführten Absätze 3 und 4 in § 27 e BVG dürfen nach bürgerlichem Recht Unterhaltspflichtige nur unter den gleichen Voraussetzungen und in dem gleichen Umfang in Anspruch genommen werden, wie Beschädigte oder Hinterbliebene nach § 25 a Abs. 4 bis 7 und § 27 b Satz 2 BVG Einkommen und Vermögen einzusetzen haben. Ist die Einkommensgrenze nach § 25 a Abs. 4 BVG zugrunde zu legen, so ist die dem Unterhaltspflichtigen zuzuerkennende Einkommensgrenze unter Beachtung der für ihn in Frage kommenden Miete und der Familienzuschläge festzustellen; außerdem ist zu prüfen, ob aus Billigkeitsgründen (§ 25 a Abs. 5 BVG) Einkommen freizulassen ist.

9. Zu Artikel V des 2. NOG

Die Aufbringung der Kosten der Kriegsopferfürsorge wird gemäß Artikel V § 1 mit Wirkung vom 1. 1. 1964 in der Weise geändert, daß der Bund 80 v. H. aller Aufwendungen der Kriegsopferfürsorge erstattet, und zwar einschließlich der bisher durch Pauschbeträge abgegoltenen Aufwendungen. Nach § 2 werden jedoch die Pauschbeträge um die im Bezugszeitraum (Juli 1953 bis Juni 1954) geleisteten Aufwendungen der sozialen Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene gekürzt.

Da nach § 5 des hessischen „Gesetzes zur Durchführung der Kriegsopferfürsorge (DGKOF)“ die Träger der Kriegsopferfürsorge zugleich Kostenträger sind, haben sie vom 1. 1. 1964 an 20 v. H. der gesamten Aufwendungen der Kriegsopferfürsorge selbst aufzubringen.

Leistungen für Beschädigte und Hinterbliebene, die über den Rahmen der §§ 25 bis 27 e BVG hinausgehen und auf freiwilliger Grundlage gewährt werden, sind dem Bund

gegenüber nicht verrechnungsfähig. Die Aufwendungen der Kriegsofferfürsorge für Berechtigte nach dem Soldatenversorgungsgesetz und dem Gesetz über den zivilen Ersatzdienst werden nach wie vor zu 100 v. H. durch den Bund getragen.

Wiesbaden, 24. 3. 1964

**Der Hessische Minister für Arbeit,
Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**
IV d 51 a 04/51 b 08

StAnz. 17/1964, S. 552

477

Bekämpfung der Schnüffelkrankheit der Schweine (Rhinitis atrophicans)

Mein Erlaß vom 2. September 1963 (StAnz. S. 1154) wird wie folgt geändert:

In Absatz 2 Nr. 2 werden die Worte „innerhalb 4 Monaten“ durch die Worte „innerhalb 6 Monaten“ ersetzt.

Wiesbaden, 2. 4. 1964

**Der Hessische Minister für Arbeit,
Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**
VII Nr. 165

StAnz. 17/1964 S. 553

478

Auslegung der Wählerverzeichnisse für die Wahl zur Delegiertenversammlung der Landesärztekammer Hessen

Der Wahlleiter gibt bekannt:

Gemäß § 6 (2) der Wahlordnung für die Delegiertenversammlung der Ärzte-, Zahnärzte-, Tierärzte- und Apothekerkammern vom 11. Juni 1959 gebe ich bekannt:

Die Verzeichnisse der in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten Wahlberechtigten liegen in der Zeit vom 25. 4. bis 22. 5. 1964 während der amtlichen Dienstzeit in den Bereichen der nachfolgenden Bezirksärztekammern wie folgt aus:

Bezirksärztekammer Darmstadt:

Darmstadt-Stadt: Magistrat der Stadt Darmstadt — Statistisches Amt und Wahlamt — Darmstadt, Havelstr. 7, Zimmer 18.

Darmstadt-Land: Landratsamt Darmstadt, Steubenplatz 19, Zimmer 131 (Neubau, I. Stock).

Kreis Bergstraße: Landratsamt (Hauptgebäude) in Heppenheim, Gräffstr. 5, Zimmer 11.

Kreis Dieburg: Landratsamt Dieburg, Schloßhof, Zimmer 311.

Kreis Erbach: Landratsamt Erbach, Michelstädter Straße 12, Zimmer 17.

Kreis Groß-Gerau: Landratsamt Groß-Gerau, Darmstädter Straße 20, Zimmer 64.

Bezirksärztekammer Frankfurt/Main:

Frankfurt/Main: Frankfurt/Main, beim Pförtner des Rathauses Römer.

Kreis Main-Taunus: Frankfurt/Main-Höchst, Bolongarostr. 101, Park des Kreishauses, Kreisgesundheitsamt, Geschäftszimmer I. Stock.

Kreis Obertaunus: Bad Homburg v. d. H., Luisenstr. 88—90, Landratsamt, Zimmer 1.

Offenbach/Main-Stadt: Statistisches Amt und Wahlamt, Offenbach/M., Tempelseestr. 58.

Offenbach/Main-Land: Kreisgesundheitsamt Offenbach/M., Geleitstr. 124, Zimmer 46.

Hanau/Main-Stadt: Schloß Philippsruhe, Amtliche Bekanntmachungstafel.

Hanau/Main-Land: Landratsamt Hanau/Main, Eugen-Kaiser-Straße 10, Schwarzes Brett.

Kreis Gelnhausen: Kreisgesundheitsamt Gelnhausen, Seestr.

Kreis Schlüchtern: Landratsamt Schlüchtern, Gartenstr. 7, Zimmer 4 (ehem. Kreissparkassengebäude).

Bezirksärztekammer Gießen:

Kreis Alsfeld: Landratsamt Alsfeld, Hersfelder Straße 57, Zimmer 9 (Erdgeschloß).

Kreis Biedenkopf: Landratsamt Biedenkopf, Kiesackerstr. 10, Zimmer 31a.

Kreis Büdingen: Landratsamt Büdingen, Neuer Weg 31, Zimmer 1.

Kreis Dillenburg: Landratsamt Dillenburg, Wilhelmstr. 16, — Kreishaus I — Zimmer 7 (Versicherungsamt)

Kreis Friedberg: Landratsamt Friedberg, Kaiserstr. 136 — Kreisgesundheitsamt — Zimmer 146.

Stadt Gießen: Stadthaus Gießen, Berliner Platz 1, Zimmer 10.
Landkreis Gießen: Landratsamt Gießen, Ostanlage 39/41 — Versicherungsamt — Zimmer 6.

Kreis Lauterbach: Landratsamt Lauterbach, Bahnhofstr. 49, Zimmer 14.

Kreis Wetzlar: Neues Kreishaus Wetzlar, Karl-Kellner-Ring 51, Zimmer 211.

Bezirksärztekammer Kassel:

Kassel-Stadt: Oberbürgermeister d. Stadt Kassel, Statist. Amt Kassel, Untere Karlstr. 8, Zimmer 1.

Kassel-Land: Landrat des Landkreises Kassel, Kassel, Humboldtstr. 24, Zimmer 117/118.

Kreis Eschwege: Landrat des Kreises Eschwege, Eschwege, Schloßplatz 1, Mittelflügel, Zimmer 108.

Fulda-Stadt: Magistrat der Stadt Fulda, Statist. Amt, Stadtschloß, Schloßstr. 1, Zimmer 115.

Fulda-Land: Landrat des Landkreises Fulda, Fulda, Wörthstr. 15, Zimmer 132.

Kreis Hofgeismar: Landrat des Kreises Hofgeismar, Hofgeismar, Landratsamt, Zimmer 114.

Kreis Hersfeld: Landrat des Kreises Hersfeld, Hersfeld, Friedloser Straße 12 (ehem. Kreiskrankenhaus), Zimmer 231.

Kreis Hünfeld: Landrat des Kreises Hünfeld, Hünfeld, Landratsamt, Zimmer 4.

Kreis Melsungen: Landrat des Kreises Melsungen, Landratsamt i. d. Räumen des Gesundheitsamtes.

Kreis Rotenburg/F.: Landrat des Kreises Rotenburg/F., Rotenburg/F., Lindenstr. 1, Zimmer 64, (Reg.-Ob.Sekr. Schmidt).

Kreis Waldeck: Landrat des Kreises Waldeck, Korbach/W., Luis-Peter-Straße 55, Zimmer 227.

Kreis Witzenhausen: Landrat des Kreises Witzenhausen, Witzenhausen, Nordbahnhofsweg 1, Zimmer 34.

Kreis Wolfhagen: Landrat des Kreises Wolfhagen, Wolfhagen, Versicherungsamt, Zimmer 14.

Bezirksärztekammer Marburg:

Marburg-Stadt: Marburg/Lahn, Behördenhaus, Deutschhausstr. 38, III., Zimmer 32, Wahlamt.

Marburg-Land: Marburg/Lahn, Landratsamt, Barfüßerstr. 11, Zimmer 38, Versicherungsamt.

Kreis Frankenberg: Frankenberg, Landratsamt, Zimmer 14a, Versicherungsamt.

Kreis Fritzlar-Homberg: Fritzlar, Landratsamt, Zimmer 11, Versicherungsamt.

Kreis Ziegenhain: Ziegenhain, Landratsamt, Zimmer 7.

Bezirksärztekammer Wiesbaden:

Wiesbaden-Stadt: Rathaus Hauptamt — Registratur I. Stock, Zimmer 23.

Kreis Limburg: Landratsamt Limburg, Limburg/L., Kreishaus, Schiede 43, Versicherungsamt.

Oberlahnkreis: Landratsamt Weilburg, Weilburg/L., Limburger Straße, Versicherungsamt, Zimmer 10.

Rheingau-Kreis: Landratsamt Rüdeshheim, Rüdeshheim/Rh., Rheinstr. 5, Zimmer 14.

Untertaunuskreis: Bad Schwalbach, Kreishaus, Badweg 3, Zimmer 23.

Kreis Usingen: Landratsamt Usingen, Usingen, Obergasse 23, Zimmer 20, Versicherungsamt.

Ansprüche auf Aufnahme und Einwendungen gegen die Aufnahme in das Wählerverzeichnis können spätestens bis zum 23. 5. 1964, 18 Uhr, bei mir, Frankfurt/Main, Myliusstraße 30, schriftlich erhoben werden.

Frankfurt (Main), 16. 4. 1964

**Der Wahlleiter für die Delegiertenversammlung
der Landesärztekammer Hessen**

StAnz. 17/1964 S. 553

479

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

Flurbereinigung Volkmarsen, Krs. Wolfhagen

Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. Juli 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemeinde Volkmarsen, Kreis Wolfhagen, wird hiermit angeordnet.
2. Das Flurbereinigungsgebiet umfaßt die Grundstücke der Gemarkung Volkmarsen ausschließlich der Ortslage und Teile der Gemarkungen Breuna und Niederelsungen, so wie sie sich aus dem als Anlage beigefügten Verzeichnis über die zum Flurbereinigungsgebiet gehörenden Grundstücke ergeben (Anlage 1). Das Flurbereinigungsgebiet hat eine Größe von rd. 3234 ha, worin eine Waldfläche von rd. 835 ha enthalten ist. Zu dem Verfahrensgebiet gehören auch die Grundstücke, die zum Flurbereinigungsverfahren Welda/Krs. Warburg/Westfalen, zugezogen waren. Die Grundstücke sind noch nach der alten Katasterbezeichnung genannt. Soweit im Flurbereinigungsverfahren Welda Beiträge erhoben werden, erfolgt die Zuziehung kosten- und beitragsfrei. Die Grenzen des Flurbereinigungsgesetzes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht, die Gemarkungsgrenze in grüner Farbe.
3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen: „Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung Volkmarsen, Kreis Wolfhagen“, mit dem Sitz in Volkmarsen, Krs. Wolfhagen. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.
4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG. aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses bei der Flurbereinigungsbehörde, dem Kulturamt in Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 45—47, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.
5. Nach § 34 und nach § 85 (5) FlurbG. ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich: a) Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören; b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen; c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden; d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen. Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG. wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist. Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen. Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.
6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger des Landes Hessen veröffentlicht und in der Stadt Volkmarsen sowie den Nachbargemeinden Breuna, Niederelsungen, Ehringen, Lütersheim, Neu-Berich, Kulte, Herbsen, Hörle, Welda und Kalenberg öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung, Gebietskarte und Anlage 1 zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei

dem Magistrat der Stadt Volkmarsen und den Bürgermeisterämtern Breuna, Niederelsungen, Ehringen, Lütersheim, Neu-Berich, Kulte, Herbsen, Hörle, Welda und Kalenberg 2 Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen 2 Wochen nach öffentlicher Bekanntgabe Widerspruch beim Landeskulturamt in Wiesbaden, Parkstr. 44, als obere Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt zu erklären.

Wiesbaden, 17. 3. 1964

Landeskulturamt Wiesbaden

KF. 226 — 8867/64

StAnz. 17/1964 S. 554

480

Verwaltungsanordnung des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten über die Anerkennung der Aussiedlung und von Baumaßnahmen in einem Altgehöft als Siedlung im Sinne des Reichssiedlungsgesetzes

Auf Grund des § 1 der Ausführungsbestimmungen des Reichsarbeitsministers vom 26. 9. 1919 (Min. Bl. der Preuß. Verwaltung 1919 S. 395) zum RSG vom 11. 8. 1919 (RGBl. 1919 S. 1429) ordne ich im Einvernehmen mit dem Hess. Minister der Finanzen folgendes an:

I.

Die Aussiedlung eines landwirtschaftlichen Betriebs und eine Baumaßnahme in einem Altgehöft (Althofreitensanierung) können als Siedlungsmaßnahmen im Sinne des RSG unter folgenden Voraussetzungen gefördert werden:

1. Bei dem Betrieb muß es sich um einen bäuerlichen Familienbetrieb oder um einen solchen Betrieb handeln, bei dem zu erwarten ist, daß er die Größe eines bäuerlichen Familienbetriebs in absehbarer Zeit erreichen wird. Nach Durchführung der Siedlungsmaßnahmen soll sich mindestens die Hälfte der Betriebsfläche, die unter den gegebenen Verhältnissen als Mindestgröße eines bäuerlichen Familienbetriebs anzusehen ist, im Eigentum des Betriebsinhabers befinden.
2. Der Betrieb muß ohne Durchführung der Siedlungsmaßnahme auf die Dauer nicht den arbeits- und betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen entsprechend bewirtschaftet werden können.
3. Der Betriebsinhaber muß die Gewähr für eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung bieten.
4. Das Verfahren muß als Auftragsverfahren durchgeführt werden.
5. Der Siedler muß sich eines im Lande Hessen generell zugelassenen gemeinnützigen Siedlungsunternehmens oder eines für das Einzelvorhaben zuzulassenden Siedlungsunternehmens (Betreuer) bedienen.

II.

Die Anerkennung als Siedlung im Sinne des RSG setzt außerdem voraus, daß

1. bei der Aussiedlung die untere Siedlungs- und Flurbereinigungsbehörde den Gehöftstandort ausdrücklich gebilligt hat oder
2. bei der Althofreitensanierung die Wirtschafts- oder Wohngebäude neu errichtet werden oder der Umfang der Maßnahme einer Neuerrichtung gleichkommt.

III.

Die Anerkennung der Aussiedlung oder der Baumaßnahme in einem Altgehöft als Siedlung im Sinne des RSG setzt ferner die Eintragung eines Wiederkaufsrechts gem. § 20 RSG voraus.

IV.

Diese Regelung gilt für die Aussiedlungsverfahren und Baumaßnahmen in Altgehöften, die nach den Richtlinien des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für die Förderung von Aussiedlungen, baulichen Maßnahmen in Altgehöften und Aufstockungen aus Mitteln des

Grünen Plans vom 26. 7. 63 — IV B 1 — 4310.1 — 76/63 und meinem Erlaß über die zusätzliche Finanzierung dieser Maßnahmen mit Landesmitteln vom 3. März 1964 — IV 22838/63 LK 70.00 gen. — finanziert werden.

Wiesbaden, 3. 3. 1964

**Der Hessische Minister für
Landwirtschaft und Forsten**
IV 4435/64 LK 70.00 gen.
StAnz. 17/1964 S. 554

481

Flurbereinigung Reichensachsen, Kreis Eschwege
Ergänzungsbeschuß

In der Flurbereinigungssache von Reichensachsen, Kreis Eschwege, — KF 168 — wird auf Grund der §§ 4—6 in Verbindung mit § 8 (2) des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. Juli 1953 (BGBl. I S. 591) folgender Ergänzungsbeschuß zum Flurbereinigungsbeschuß vom 25. Oktober 1960 und den Ergänzungsbeschlüssen vom 17. Januar 1962 und 1. Oktober 1962, erlassen:

1. Zum Flurbereinigungsverfahren Reichensachsen werden die in der Anlage 1 aufgeführten Grundstücke der Gemarkungen Eschwege, Niederhone, Oberhone, Oetmannshausen, Niddawitzhausen und Langenhain nachträglich zugezogen. Änderungen in der Bezeichnung und im Sitz der Teilnehmergemeinschaft sowie in der Zahl der Vorstandsmitglieder treten durch diesen Beschuß nicht ein. Die jetzigen Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte mit einem orange Farbstreifen kenntlich gemacht; die neu zugezogenen Flurstücke sind in roter Flächenfärbung dargestellt. Das Flurbereinigungsverzeichnis und die Gebietskarte sind Bestandteile dieses Beschlusses. Die Größe des Verfahrensgebietes von ursprünglich 1596,3488 ha erhöht sich um 16,4440 ha sowie um weitere 0,0294 ha — Berichtigung des Flächenabschlusses des Flurbuches — und wird auf 1612,8222 ha festgestellt.

2. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses bei der Flurbereinigungsbehörde, dem Kulturamt in Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 45—47, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

3. Nach § 34 und nach § 85 (5) FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich: a) Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören; b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen; c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden; d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen. Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist. Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen. Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

4. der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlicht und in der Gemeinde Reichensachsen sowie in den Nachbargemeinden Eschwege, Oberhone, Oetmannshausen, Niddawitzhausen und Langenhain, Kreis Eschwege, öffentlich bekanntgegeben. Gleichzeitig wird der Beschuß mit Begründung, der Anlage 1 und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Bürgermeisterämtern in Reichensachsen, Oberhone, Oetmannshausen, Niddawitzhausen, Langenhain und dem Magistrat der Stadt Eschwege zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschuß kann binnen zwei Wochen nach öffentlicher Bekanntmachung Beschwerde beim Landeskulturamt in Wiesbaden, Parkstraße 44, als Obere Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Die Einlegung der Beschwerde ist innerhalb vorgenannter Frist auch beim Kulturamt in Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 45/47, zulässig. Der Lauf der Frist beginnt an 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Die Beschwerde ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt oder Kulturamt in Kassel zu erklären.

Kassel, 18. 3. 1964

Kulturamt Kassel
Az.: KF 168
StAnz. 17/1964 S. 555

Flurstücksverzeichnis

Zugezogen werden: a) **Gemarkung Eschwege:** Flur 20, Flurstück Nr. 24, 25 = 1,2018 ha;

b) **Gemarkung Langenhain:** Flur 1 Flurstück Nr. 14, 66, 99, 132; Flur 2 Flurstück Nr. 25, 26, 60, 68; Flur 5, Flurstück Nr. 51; Flur 13 Flurstück Nr. 58, 83, 84 = 5,9904 ha;

c) **Gemarkung Niddawitzhausen** Flur 4 Flurstück Nr. 95/1 95/2 = 0,2609 ha;

d) **Gemarkung Niederhone** Flur 18 Flurstück 10 = 0,0741 ha;

e) **Gemarkung Oberhone** Flur 9 Flurstück Nr. 20, 22, 23, 49/25; Flur 10, Flurstück Nr. 93 = 1,7677 ha;

f) **Gemarkung Oetmannshausen** Flur 3 Flurstück Nr. 1, 2, 3, 165/4, 166/4, 167/4, 89/2, 105/2; Flur 7 Flurstück Nr. 56, 64; Flur 8 Flurstück 21/2; Flur 9 Flurstück Nr. 3, 108 = 7,1491 ha; zusammen: 16,4440 ha.

482

Flurbereinigung Kröffelbach, Kreis Wetzlar
Flurbereinigungsbeschuß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. Juli 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschuß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Kröffelbach, Kreis Wetzlar, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die Gemarkung Kröffelbach ausschließlich der Ortslage festgestellt. Das Flurbereinigungsgebiet hat eine Größe von 1124,1266 ha, worin eine Waldfläche von 723,6638 ha enthalten ist. Es umfaßt im einzelnen die aus dem anliegenden Verzeichnis (Anlage 1) ersichtlichen Grundstücke. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der anliegenden Gebietskarte (Anlage 2) durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht. Die Anlagen 1 und 2 sind Bestandteile dieses Beschlusses.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen „Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung Kröffelbach, Kreis Wetzlar, mit dem Sitz in Kröffelbach“. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 des Flurbereinigungsgesetzes aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt Wiesbaden — Außenstelle Frankfurt/M. — in Frankfurt a. M., Rudolfstraße 22/24, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inha-

ber eines o. a. Rechts muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufs ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach den §§ 34 bzw. 85 Ziff. 5 des Flurbereinigungsgesetzes ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich: a) Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören; b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen; c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden; d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsmäßigen Bewirtschaftung übersteigen. Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen oder Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben. Das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist. Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen. Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlicht und in der Ge-

meinde Kröffelbach und den Nachbargemeinden Kraftsolms, Oberquembach, Griedelbach, Brandobberndorf, Diethausen und Weilmünster öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und den Anlagen 1 und 2 zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Bürgermeisterämtern der vorgenannten Gemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann innerhalb von zwei Wochen nach öffentlicher Bekanntmachung Widerspruch beim Landeskulturamt in Wiesbaden, Parkstraße 44, als Obere Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am ersten Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt zu erklären.

Wiesbaden, 31. 3. 1964

Landeskulturamt
DF. 408 — 7939/64 —
StAnz. 17/1964 S. 555

Zusammenstellung der Fluren und Flurstücke des Verfahrensgebietes:

Flur 1 bis 9 ganz im Verfahren;

Flur 10 außer den Flurstücken 1 bis 11 6, 11 8 bis 11 11, 13 bis 17, 73/1, 73/2, 74 bis 76, 141 bis 152, 157;

Flur 11 und 12 ganz im Verfahren;

Flur 13 außer den Flurstücken 1 bis 6, 15, 94 16, 16 1, 16 2, 17 bis 33/6, 34/1, 34/2, 35 bis 37, 39 bis 40 2, 61 bis 69, 75, 76, 81, 84, 85;

Flur 15 außer den Flurstücken 33 bis 40, 43 bis 62;

Flur 16 bis 21 ganz im Verfahren.

Verfahrensfläche insges.: 1124,1266 ha.

483

Personalnachrichten

Es sind

F. im Bereich des Hessischen Kultusministers

Regierungspräsident Darmstadt Volksschulen

ernannt (unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf)

zum/zur apl. Lehrer/in: apl. Lehrer Herbert Engel, Grünberg (5. 2. 1964), Lehrerin (BaP) Eike von Hacht, Butzbach (31. 1. 1964), die apl. Lehrerinnen Waltraud Häring, Lampertheim (8. 1. 1964), Karla Lislotte Steudel, Rüsselsheim-Haßloch (12. 2. 1964), die Lehrerin i. A. Hildegard Gombert, Obertshausen (24. 1. 1964), apl. Lehrerin Elisabeth Sluke, Darmstadt (28. 2. 1964), die apl. Lehrer Hans-Hermann Settegast, Grünberg (20. 12. 1963), Lothar Groß, Weckesheim (27. 2. 1964), Karl-Heinz Reimer, Neu-Isenburg (18. 2. 1964), die apl. Lehrerinnen Rosemarie Donig, Ober-Mörlen (27. 2. 1964), Editha Brunner, Mörlenbach (18. 11. 1963), Luzie-Beatrix Penning, Lampertheim-Hüttenfeld (5. 3. 1964), Anneliese Max, Groß-Umstadt (25. 2. 1964), Karla Kühlberg, Nordheim (11. 3. 1964), Waltraud Seefrid, Reichelsheim (13. 3. 1964);

ernannt (unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe)

zum/zur Lehrer/in: Lehrerin i. A. Helmtraud Bartussek, Groß-Gerau (13. 2. 1964), apl. Lehrer (BaW) Wilfrid Bernard, Gießen (8. 1. 1964), die apl. Lehrerinnen (BaW) Erika Feldkemper, Nonnenroth (8. 1. 1964), Brunhilde Hainka, Viernheim (3. 2. 1964), Sieglinde Göhde, Erzhausen (17. 1. 1964), Evamaria Reichel, Gernsheim (8. 2. 1964), Hiltrud Kleinschmidt, Roßdorf (14. 1. 1964), die apl. Lehrer (BaW) Robert Adrian, Hausen (12. 2. 1964), Hans Enders, Lengfeld (17. 2. 1964), die apl. Lehrerinnen (BaW) Ursula Pinther, Homberg/Ohm (8. 2. 1964), Annedore Lacher, Offenbach/M. (25. 2. 1964), Ebba Schlotthauer, Butzbach (21. 2. 1964), apl. Lehrer (BaW) Manfred Groß, Offenbach/M. (23. 1. 1964), die apl. Lehrerinnen (BaW) Clara-Marie Keller, Har-

heim (2. 3. 1964), Klara Bollinger, Groß-Bieberau (21. 1. 1964), Oda Stanke, Schwarz (25. 2. 1964), apl. Lehrer (BaW) Rudolf Gebert, Groß-Umstadt (17. 2. 1964), apl. Lehrerin (BaW) Hilde Vogt, Grünberg (6. 2. 1964), die apl. Lehrer (BaW) Alwin Poth, Reinheim (4. 2. 1964), Falkheinz Buch, Groß-Rohrheim (21. 2. 1964), die apl. Lehrerinnen (BaW) Gertrud Schumann, Erzhausen (11. 2. 1964), Gisela Wagner, Nieder-Kainsbach (20. 3. 1964);

Die Rechtsstellung eines Beamten auf Probe erhalten

Lehrer (BaK) Eberhard Lämpe, Lorsch (14. 1. 1964);

ernannt

zum/zur Sonderschullehrer/in (—) Lehrerin (BaL) Elisabeth Gottwald, Rüsselsheim (11. 12. 1963), Lehrer (BaP) Herbert Noack, Birkenau (31. 1. 1964), Lehrer (BaL) Rudolf Sondersorge, Bensheim (13. 2. 1964), Lehrerin (BaL) Jutta Müller, Lorsch (28. 2. 1964);

zum Realschullehrer (—) die Lehrer Robert Haberer, Seligenstadt (27. 1. 1964 — BaL), Erich Jung, Butzbach (21. 2. 1964 — BaL), Eberhard Lämpe, Lorsch (26. 2. 1964 — BaP), Helmut Trumm, Babenhausen (25. 2. 1964 — BaL), Hans-Günter Culmann, Gießen (26. 2. 1964 — BaL), Kurt Reiher, Bad König (26. 2. 1964 — BaL);

zum Konrektor (—) Lehrer (BaL) Dietfried Lindhoff, Hainstadt (24. 3. 1964);

zum Volks- und Realschulkonrektor (—) Lehrer (BaL) Albin Hansen, Laubach (23. 3. 1964);

zum Rektor (—) die Hauptlehrer (BaL) Walter Derstorff, Rüsselsheim-Haßloch (26. 2. 1964), Josef Kreis, Froschhausen (26. 2. 1964);

zum Rektor an einer Sonderschule Sonderschullehrer (BaL) Heinz Göbel, Bensheim (18. 3. 1964), Hauptlehrer (BaL) Hermann Weihmann, Lampertheim (19. 3. 1964);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zum Sonderschullehrer Lehrer (BaP) Ernst-Günter Malinka, Gießen (21. 2. 1964);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit Lehrer (BaP) Gerhard Brandl, Gießen (7. 2. 1964);
Realschullehrer (BaP) Bernhard Weise, Mörfelden (10. 2. 1964);

Lehrerin (BaP) Anna Maria Schenk, Mörfelden (10. 2. 1964);
die Lehrer (BaP) Gerhard Thurn, Hessenaue (13. 2. 1964),
Heinrich E. Werner Rückriem, Gernsheim (8. 2. 1964);
die Lehrerinnen (BaP) Ursula Schwarzien, Egelsbach (14. 2. 1964),
Maria Lodzik, Biebesheim (13. 2. 1964), Ingeborg Vogelsang, Biebesheim (13. 2. 1964), Anita Wendel, Seeheim (18. 2. 1964);
Realschullehrer (BaP) Roland Lippmann, Gernsheim (8. 2. 1964);

die Lehrer (BaP) Rolf Schmidt, Birkenau (25. 2. 1964),
Horst Schleese, Engelrod (20. 2. 1964);

Lehrerin (BaP) Christine Stepan, Offenbach/M. (5. 3. 1964);

in den Ruhestand versetzt die Beamten auf Lebenszeit
Realschullehrerin Elisabeth Mergott, Nidda, Lehrer Georg Gensel, Okstadt, Hauptlehrer Otto Jäger, Holzheim, Lehrer Heinrich Lenz, Hofheim, Lehrerin Dorothea Stein, Hähnlein, die Lehrer Adam Marquardt, Lampertheim, Ferdinand Hermann, Eichelsdorf, die Lehrerinnen Else Heil, Darmstadt, Katharina Horn, Ober-Roden, Hauptlehrer Hugo Müller, Eberstadt, Lehrerin Anna-Maria Müller, Weiterstadt, die Lehrer Leonhard Daum, Nieder-Kainsbach, Ludwig Artz, Bindsachsen, Realschullehrer Adolf Hartmann, Rüsselsheim, die Lehrerinnen Ellen Weber, Langen, Elisabeth Cromen, Gustavsburg, Realschullehrerin Clara Brod, Bad Vilbel, Lehrer Karl Berger, Lanzenhain, Lehrerin Elisabeth Bürner, Hainstadt, Realschullehrerin Josefine Hammel, Viernheim, die Lehrer Heinrich Kalkhof, Lauterbach, Hans Emig, Ilbenstadt, Alfred Altmann, Rodheim v. d. H., Hauptlehrer Daniel Bonin, Wolfskehlen, Lehrer Otto Volz, Kloppeheim, Hauptlehrer Adam Bechtel, Pohl-Göns, Hauptlehrerin Magdalena Fischer, Fehlheim, Lehrer Friedrich Thöt, Offenbach/M., Lehrerin Amalie Keiner, Heuchelheim, Lehrer Karl Weidmann, Weiterstadt, Direktor an einer Gehörlosenschule Robert Krumei, Friedberg (sämtlich mit Ablauf März 1964);

entlassen apl. Lehrerin (BaW) Ingrid Meier, Griesheim, Lehrerin (BaP) Hiltrud Remmer, Gräfenhausen, die apl. Lehrerinnen (BaW) Bärbel Wehrheim, Offenbach/M., Gisela Kliemann-Schaum, Offenbach/M., Karin Korth, Hainstadt, die Lehrer (BaW) Ekkehard Heyder, Langen, Lehrerin (BaP) Ilse Lorenz, Bensheim-Auerbach, Realschullehrerin (BaL) Roselies Büttner, Butzbach, apl. Lehrer (BaW) Benno Brandt, Biebesheim, die apl. Lehrerinnen (BaW) Lieselotte Lohmann, Offenbach/M., Ulrike Donau, Lollar, Waltraud Heilenz, Gießen (sämtlich mit Ablauf März 1964),
Annemarie Frey, Groß-Zimmern (April 1964), Gerlinde Ottesen, Mörfelden, apl. Lehrer (BaW) Klaus Frister, Laudenu, apl. Lehrerin (BaW) Irmtrud Helga Kita, Darmstadt, Sonderschullehrerin (BaL) Dorothee Blaurock, Griesheim (sämtlich mit Ablauf März 1964);

Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen

ernannt

zum/zur Studienassessor/in unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe

die Ass. i. L. (BaW) Karl Schäfer, Gießen (21. 2. 1964),
Günter Thoma, Offenbach/M. (27. 2. 1964), Gerd Huhle,
Offenbach/M. (13. 3. 1964), Gertrud Dörge, Alsfeld (16. 3. 1964),
Kuno Gehrig, Alsfeld (12. 3. 1964), Ernst Stifter, Michelstadt (16. 3. 1964),
Elisabeth Kose, Gießen (23. 3. 1964), Helmut Scheidt, Butzbach (19. 3. 1964);

zur Jugendleiterin unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe

die Jugendleiterinnen i. A. Helga Lüsebrink, Darmstadt (7. 3. 1964),
Helene Rohde, Darmstadt (21. 2. 1964);

zum Fachlehrer unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe

Fachlehrer i. A. Hans Tobies, Gießen (9. 3. 1964);
zum Fachschuldirektor (—) Studienrat (BaL) Erich Helbig, Alsfeld (10. 3. 1964);
zum Berufsschuldirektor (—) Studienrat (BaL) Erich Bin-gel, Nidda (31. 1. 1964);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit
Fachlehrer (BaP) Martin Schmall, Erbach/Odw. (12. 2. 1964),

Studienrat (BaP) Walter Klein, Büdingen (7. 2. 1964);
entlassen Studienrat Dipl.-Hdl. (BaL) Dr. Hugo Meder,
Lampertheim, Studienrätin Dipl.-Hdl. (BaL) Gerda Heu-felder, Offenbach/M. (mit Ablauf März 1964);

in den Ruhestand versetzt

Studienrat (BaL) Heinrich Lange, Offenbach/M., Studien-rätin (BaL) Magdalene Gengenbach, Darmstadt (mit Ab-lauf März 1964);

Gymnasien

ernannt

zum/zur Studienassessor/in unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe

die Ass. i. L. (BaW) Michael Dörr, Heppenheim (4. 2. 1964),
Armin Zinßer, Rüsselsheim (13. 2. 64), Herbert Schön,
Offenbach/M. (8. 2. 1964), Siegfried Markwart, Seeheim (3. 2. 1964),
Sonja von Schutzbach, Friedberg (25. 1. 1964), Fritz Kesselschläger, Offenbach/M. (19. 2. 1964),
Manfred Woithe, Darmstadt (30. 1. 1964), Hans Persicke, Seeheim (3. 2. 1964),
Harald Walter, Gernsheim (20. 2. 1964); Uta Clarius, Gießen (24. 2. 1964),
Robert Maushagen, Bad Nauheim (6. 3. 1964),
Wolfgang Friedrich, Groß-Gerau (3. 2. 1964),
Wolfgang Gerster, Laubach (9. 3. 1964),
Claus Rühl, Rimbach (3. 2. 1964),
Johannes Wulff, Butzbach (26. 2. 1964),
Gisela Bretzel, Groß-Gerau (3. 2. 1964),
Dr. Rudolf Becker, Darmstadt (21. 2. 1964),
Armin Vonderheid, Gießen (28. 2. 1964),
Hans Kurt Luh, Butzbach (5. 3. 1964),
Hermann De-genhardt, Lauterbach (18. 2. 1964),
Hans Jürgen Schäfer, Darmstadt (27. 2. 1964),
Jutta Köhn, Darmstadt (27. 2. 1964),
Lothar Walgarth, Darmstadt (3. 2. 1964),
Martin Hahn, Bensheim (25. 2. 1964),
Günter Zorbach, Darmstadt (30. 1. 1964),
Hans Schwägerl, Gießen (21. 2. 1964),
Eva Bogon, Offenbach/M. (25. 2. 1964),
Günther Lehmann, Schotten (5. 3. 1964),
Willi Krämer, Darmstadt (14. 3. 1964),
Lore Gerster, Friedberg (5. 3. 1964),
Christa Schäfer, Gießen (23. 3. 1964),
Gisela Maria Leikert, Offenbach/M. (21. 3. 1964),
Gisela Ohligmacher, Darmstadt (18. 3. 1964);

in den Ruhestand versetzt

Oberstudiendirektorin (BaL) Dr. Olga Lösch, Bensheim (m. Ablauf März 1964)

Oberstudiendirektor (BaL) Dr. Heinz Dehmer, Gernsheim (mit Ablauf des September 1963);

Oberschullehrerin (BaL) Marta Geldner, Darmstadt (mit Ablauf März 1964);

Studienrat (BaL) Dr. Hans Axel, Dieburg, Gundo Boxler, Seligenstadt (mit Ablauf des März 1964);

Oberstudienrat (BaL) Walter Beck, Neu-Isenburg (mit Ab-lauf März 1964);

Oberschullehrer (BaL) Dr. Joseph Schopp, Seligenstadt (mit Ablauf März 1964);

Studienrätin (BaL) Luise Wattenborn, Neu-Isenburg (mit Ablauf März 1964);

Oberstudienrat (BaL) Dr. Karl Kissel, Langen (mit Ab-lauf März 1964);

Studienrätin (BaL) Annemarie Denzer, Gernsheim (mit Ablauf März 1964);

Studienrat (BaL) Emil Schott, Offenbach/M (mit Ablauf März 1964);

entlassen

Studienrätin (BaL) Marie-Luise Wöhlermann, Darmstadt (März 1964);

Stud.-Ass. (BaP) Hedwig Spandau, Offenbach/M. (Mai 1964).
Darmstadt, 10. 4. 1964

Der Regierungspräsident

II/1a — 7 1 08 (1)

St.Anz. 17/1964 S. 556

H. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

a) Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt

zum Gewerbeobersekretärwärter unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf Herr Manfred Großhans beim Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Gießen (1. 4. 1964) und Herr Robert Rössler beim Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Of-fenbach/M. (6. 4. 1964).

Darmstadt, 10. 4. 1964

Der Regierungspräsident

III/A — 7 1 02 (3)

St.Anz. 17/1964 S. 557

484

Der Landeswahlleiter für Hessen

Nachfolge für den Abgeordneten Georg Ackermann (SPD)

Der Abgeordnete Georg Ackermann ist am 4. April 1964 verstorben. An seiner Stelle ist

Herr Franz Radomicki,
Kreisamtmann,
geb. am 20. Oktober 1912,
6122 Erbach/Odw.,
Eulbacher Straße 44,

gemäß § 40 Abs. 2 des Landtagswahlgesetzes in der Fassung vom 12. Juli 1962 (GVBl. I S. 343) Abgeordneter des Hessischen Landtages geworden.

Wiesbaden, 10. 4. 1964

Der Landeswahlleiter für Hessen

IIe 1 — 3e 26/17 — 5/64 — 1

StAnz. 17/1964 S. 558

485 DARMSTADT

Veröffentlichung von anerkannten Kraftfahrzeugwerkstätten

In der oben bezeichneten Veröffentlichung StAnz. 5/1964 S. 173 muß es unter Nr. 139 (H. Schweinsberger Söhne usw.) in der letzten Spalte richtig heißen:

1d. Fahrzeuge bis 20 km/h ohne hydraul. Bremsen

Darmstadt, 16. 4. 1964

Der Regierungspräsident

III/4 — 66 1 22/01

StAnz. 17/1964 S. 558

486 WIESBADEN

Aufhebung der „Wolfgang-Schleussner-Stiftung“ mit dem Sitze in Frankfurt am Main

Auf Grund des § 1 des Hessischen Gesetzes über Änderungen von Stiftungen vom 23. 4. 1956 (GVBl. S. 99) erteile ich hiermit zu der vom Vorstand der

„Wolfgang-Schleussner-Stiftung“
mit dem Sitze in Frankfurt am Main,

am 9. Februar 1964 beschlossenen Aufhebung der Stiftung die stiftungsaufsichtsbehördliche Genehmigung. Gleichzeitig genehmige ich die vom Vorstand beschlossene Vermögensverwendung.

Wiesbaden, 26. 3. 1964

Der Regierungspräsident

I 1 a — 6 — Az. 25 d 04.11 Tgb. Nr. 27/64

StAnz. 17/1964 S. 558

Regierungspräsidenten

487

Aufhebung der Henri-Blachiere'schen-Stiftung, Hanau

Auf Grund des § 1 des Hessischen Gesetzes über Änderungen von Stiftungen vom 23. 4. 1956 (GVBl. S. 99) erteile ich zu der Aufhebung der

Henri-Blachiere'schen-Stiftung, Hanau,

und zu der Verwendung des Stiftungsvermögens gemäß Beschluß des Kuratoriums vom 4. 11. 1963 die stiftungsaufsichtsbehördliche Genehmigung.

Wiesbaden, 25. 3. 1964

Der Regierungspräsident

I 1 a — 6 — Az. 25 d 04.11 Tgb.-Nr. 28/64

StAnz. 17/1964 S. 558

488

Aufhebung des Wohnplatzes „Dickeloh“ in der Gemeinde Hirschhausen, Oberlahnkreis

Auf Grund des § 12 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. Februar 1952 in der Fassung vom 1. 7. 1960 (GVBl. S. 103) wird mit Wirkung vom 25. März 1964 in der Gemeinde Hirschhausen (Oberlahnkreis) der Wohnplatz „Dickeloh“ aufgehoben.

Wiesbaden, 25. 3. 1964

Der Regierungspräsident

I 2 — 1 — 3 k 06 05 — 419/64

StAnz. 17/1964 S. 558

Buchbesprechungen

Der örtliche Luftschutzleiter, Loseblattsammlung, herausgegeben von Kaul — Müller — Haas, erste Ergänzungslieferung, 121 Blatt, 9,20 DM, Deutscher Fachschriften-Verlag Braun & Co. OHG, Wiesbaden-Dotzheim.

Zu der an dieser Stelle (StAnz. 1963 S. 1109) besprochenen Loseblattsammlung ist nunmehr die bereits bei Erscheinen des Werkes angekündigte erste Ergänzungslieferung erschienen.

In die Sammlung wurde damit neu aufgenommen:

1. Die Bekanntmachung des Bundesministers des Innern über die Einführung eines allgemeinen Zeichens für den zivilen Bevölkerungsschutz vom 25. 1. 1960 mit der Änderung vom 15. 5. 1963.

2. Die Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Aufbau des Bundesluftschutzverbandes als bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts vom 4. 7. 1963.

3. Erlaß über die Errichtung des Technischen Hilfswerks (THW) als nichtrechtsfähige Bundesanstalt vom 25. 8. 1953 i. d. F. des Änderungsverlasses vom 11. 11. 1958.

4. Verordnung über die Zuständigkeit und das Verfahren bei der Unabkömmlichstellung vom 24. 7. 1962.

5. IV. Genfer Abkommen zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten vom 12. 8. 1949 — Auszug.

6. Richtlinien zur Durchführung der Artikel 18 bis 20 des IV. Genfer Abkommens zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten vom 12. 8. 1949 — Stand: 29. 1. 1963.

7. Verordnung über die für die Dienstleistungen im zivilen Bevölkerungsschutz vorgesehenen Wehrpflichtigen vom 27. 5. 1963.

8. Richtlinien für die Bemessung der Entscheidung nach dem Bundesleistungsgesetz für Inanspruchnahme für Zwecke der ausländischen Streitkräfte und ihrer Mitglieder vom 23. 1. 1958.

Ferner der Abschnitt G „Kampfmittel — Wirkungen und Abwehr“.

Die Erläuterungen zum 1. ZBG wurden ergänzt und auf den neuesten Stand gebracht. Zu begrüßen ist es, daß hierbei sehr frühzeitig, allerdings etwas zu ausführlich, auf die beabsichtigte Bildung eines Zivilschutzkorps und eines Zivilschutzdienstes hingewiesen wird, die in Zukunft an die Stelle des Luftschutzhilfsdienstes treten sollen.

Auch die Neuregelung des Selbstschutzes wird in einer Vorschau auf die vorliegenden Gesetzesentwürfe ausführlich besprochen.

*

Bei der nächsten Ergänzungslieferung wäre es angebracht, wenn kleinere Mängel in der Systematik beseitigt würden.

So sollte man die Vorschau auf die Neuregelung des Selbstschutzes nach der z. Z. geltenden Regelung bringen, aber nicht vorher.

In Teil II sollte der Abschnitt G „Kampfmittel — Wirkungen und Abwehr“ als solcher mit Überschrift hervorgehoben und gekennzeichnet werden.

Zu empfehlen ist auch eine Überarbeitung der Erläuterungen zum LS-Warn- und Alarmdienst (§ 7 1. ZBG), da diese Ausführungen zum Teil überholt und veraltet sind. Hierbei sollte man sich auch entschließen, die Verordnung über den Anschluß von Behörden und Betrieben an den Luftschutzwarndienst vom 20. 7. 1961 bei den Erläuterungen zu § 7 entweder abzudrucken, oder zumindest den Hinweis auf die Verordnung unter Buchstabe d (LS-Warnstellen) bringen, nicht aber am Schluß der Erläuterungen.

Man sollte es in Zukunft auch vermeiden, in die Erläuterungen Hinweise aufzunehmen, die unmittelbar im Gesetz stehen. Vergleiche z. B. § 8 Abs. 1 — 1. ZBG und die Erläuterungen unter Buchstabe f bei § 7.

Regierungsrat Handwerk

**Sozialversicherungsgesetz. Ordner III: Unfallversicherung/Kinderge-
geld.** Von J. Eckert, Ministerialdirektor im Bundesarbeits-
ministerium a. D. Stand Herbst 1963. Rund 1050 S. 8°. In Leinen-
ordner 36,— DM, Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Die von Eckert besorgte Sammlung der „Sozialversicherungsgesetze“ bestand bisher aus folgenden Bänden:

1. Allgemeines (Einführung, Geschichte, Grundgesetz, Selbstverwaltung, 1. Buch der Reichsversicherungsordnung);
2. Krankenversicherung (2. Buch der Reichsversicherungsordnung);
3. Arbeiterrentenversicherung (4. Buch der Reichsversicherungsordnung);
4. Angestelltenversicherung).

Das Inkrafttreten des Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetzes vom 30. 4. 1963¹⁾ nahm der Bearbeiter zum Anlaß, den genannten Bänden einen weiteren Ordner „Unfallversicherung“ beizufügen. Er enthält

a) eine Einführung mit Zusammenstellungen der zu erwartenden Rechtsverordnungen und der bis zu deren Erlaß fortgeltenden Verordnungen sowie mit Gegenüberstellungen der alten und neuen Paragraphen des Dritten Buches der Reichsversicherungsordnung, ferner die Zeitfabel, in der alle unfallversicherungsrechtlichen Vorschriften vom 6. 7. 1884 bis 12. 9. 1963 mit Titel und Fundstellen aufgeführt sind;

b) den Wortlaut des Dritten Buches der Reichsversicherungsordnung und der damit zusammenhängenden Vorschriften. Zu jeder Bestimmung ist deren Grundgedanke unter Heranziehung der amtlichen Begründung und des schriftlichen Berichts in Form umfangreicher Auszüge aus den Bundestagsdrucksachen IV/120 und IV/938 (neu) erwähnt. In weiteren Anmerkungen wird auf Erlasse, Muster und Merkblätter hingewiesen. Rundschreiben des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften sind häufig und ausführlich wiedergegeben. Eine Liste der Berufsgenossenschaften mit Angaben über ihren Namen und Sitz, über den Kreis der pflichtversicherten Personen über die für die Beitragsberechnung und für die Rentenberechnung erheblichen Jahresarbeitsverdienste sowie über Beginn der Leistungen an Unternehmer, die nicht gesetzlich gegen Krankheit versichert sind, findet man auf Seite 72,38 ff.;

c) den Wortlaut der Art. 2 bis 4 des Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetzes. Die Änderungen, die Art. 1 enthält, sind im Text der Reichsversicherungsordnung vorn berücksichtigt;

d) den Wortlaut des Fünften und Sechsten Buches der Reichsversicherungsordnung. Dort sind die allgemeinen Vorschriften enthalten, die auch für die Unfallversicherung gelten. Auch hierzu hat Eckert Material in Anmerkungen zusammengetragen;

e) das Ergänzungs- und Durchführungsrecht zur Unfallversicherung in der Reihenfolge der ihm zugrundeliegenden Vorschriften der Reichsversicherungsordnung;

f) einen Auszug aus dem Fremdretenengesetz mit einigen Anmerkungen;

g) eine Sammlung der für die Beamtenunfallfürsorge einschlägigen bundesrechtlichen Vorschriften (Bundesbeamtenengesetz mit Verwaltungsvorschriften; Beamtenrechtsrahmengesetz) samt Anmerkungen, in denen reichhaltig Rechtsprechungsleitsätze mit Fundstellen wiedergegeben sind.

Dem Ordner ist ein Teil 6 angefügt. In ihm sind die Kindergeldgesetze abgedruckt, und zwar das Kindergeldgesetz vom 13. 11. 1954 mit sieben Durchführungsverordnungen, das Kindergeldanpassungsgesetz vom 7. 1. 1955, das Kindergeldergänzungsgesetz vom 23. 12. 1955 samt Durchführungsverordnung und das Kindergeldkassengesetz vom 18. 7. 1961²⁾ mit fünf Durchführungsverordnungen. Damit sind die unübersichtlichen Rechtsquellen dieses Sachgebietes umfassend zusammengestellt. Das erleichtert die Arbeit ungemein. Dazu sind in Anmerkungen viele Erlasse des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung und Schreiben des Bundesversicherungsamtes abgedruckt, z. B. betreffend Kindergeldzahlung an Streikende (S. 76 b. 10 bis 12) und betreffend Rückforderungen von objektiv zu Unrecht gezahltem Kindergeld (S. 76 b. 13 bis 18).

Die Zusammenfassung der Vorschriften über Unfallversicherung und Kindergeld ist zweckmäßig. Nach § 5 Abs. 1 KGG³⁾ richtet sich der Anspruch auf Kindergeld für drei oder mehr Kinder (§§ 1, 4 Abs. 1 KGG) gegen diejenige Familienausgleichskasse, die bei der Berufsgenossenschaft errichtet ist, der der Berechtigte angehört

hat (s. das Verzeichnis auf S. 76 b. 40 bis 45). Die Sachbearbeiter der Berufsgenossenschaften müssen sich daher mit Unfallversicherung und Kindergeld befassen. Sie haben hier in einem Band alles Material — einschließlich allgemeiner Vorschriften, Nebenbestimmungen und ergänzenden Erlässen — beisammen, dessen sie zur Bewältigung ihrer Arbeit bedürfen. Darüber hinaus ist der Band für alle Personalsachbearbeiter von Nutzen, zumal in ihm auch die Vorschriften über die Beamtenunfallfürsorge samt Rechtsprechungsleitsätzen abgedruckt sind.

Ab 1. Juli 1964 wird das neue einheitliche Bundeskindergeldgesetz gelten, das der Bundestag am 6. 3. 1964 angenommen und dem der Bundesrat am 20. 3. 1964 zugestimmt hat. Bis dahin muß das alte Recht angewandt werden, das durch § 44 BKGG noch einmal für die Übergangszeit geändert worden ist. Daher ist es trotz der unmittelbar bevorstehenden Veröfentlichung des Bundeskindergeldgesetzes zweckmäßig, die älteren Kindergeldgesetze nach dem Stand Herbst 1963 abgedruckt zu haben. Das Bundeskindergeldgesetz soll dann als Teil 6a in den Band eingefügt werden.

Oberregierungsrat Dr. Reuß

Handbuch für die Jugendhilfe. Vorschriftensammlung mit systematischer Einführung und ausführlichem Stichwortverzeichnis, bearbeitet von Dr. Karl-Wilhelm Jans, Landesrat, und Dr. Günther Happe, Landesoberverwaltungsrat. Format 12,5 x 19,5 cm, Plastikumschlag, 304 S., 18,80 DM. Deutscher Gemeindeverlag Köln, Kiel, Hannover, Mainz, Wiesbaden, München, und W.-Kohlhammer-Verlag Stuttgart und Köln.

Mit dem vorliegenden „Handbuch für die Jugendhilfe“ wurde eine umfassende Sammlung der für die Jugendwohlfahrtsarbeit in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen geschaffen.

Der ständig wachsende Umfang des Aufgabenbereiches Jugendhilfe in der öffentlichen Verwaltung und bei den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe stellt an die verantwortlichen Stellen naturgemäß auch entsprechend hohe Anforderungen, vor allem in personeller Beziehung, und zwar nicht nur, was die Quantität, sondern auch, was die Qualität anbelangt. Eine der vordringlichsten Notwendigkeiten ist daher die Heranbildung von ausgebildeten Fach- und Hilfskräften, um diesen Anforderungen gerecht werden zu können.

Die durch ihren umfangreichen Kommentar zum Jugendwohlfahrtsgesetz (vgl. Besprechung im Staatsanzeiger 1963, Seite 1354) und durch die bereits in der 4. Auflage herausgebrachte Textausgabe „Jugendwohlfahrtsgesetz“ bekannten Autoren, Landesrat Dr. Jans und Landesoberverwaltungsrat Dr. Happe, wollen deshalb dieses Buch insbesondere den Hochschulen, höheren Fachschulen, Fachschulen, Seminaren und sonstigen Ausbildungsstätten als Arbeitsmittel an die Hand geben. Darüber hinaus soll es aber auch der Praxis in der Jugendhilfe und den Gerichten als Hilfsmittel bei der täglichen Arbeit dienen.

Der Band bringt zunächst in einer 20seitigen Einführung einen systematischen Überblick über die Geschichte und das Wesen des Jugendrechtes. Erfaßt werden hiermit in erster Linie das Gesetz für Jugendwohlfahrt, sodann das Jugendgerichtsgesetz und die Jugend-schutzgesetze sowie das Bundessozialhilfegesetz, dieses vor allem in seinem Verhältnis zum Gesetz für Jugendwohlfahrt. Der hiernach folgende zweite Teil „Gesetzestexte“ gliedert sich in fünf Hauptabschnitte: In dem Abschnitt „Jugendrecht“ wurden die vollständigen Texte des Gesetzes für Jugendwohlfahrt mit Fundstellenkatalog der Länderausführungsgesetze, des Jugendgerichtsgesetzes, des Gesetzes zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit, des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und Auszüge aus dem Jugendarbeitsschutzgesetz aufgenommen. Unter dem Abschnitt „Sozialrecht“ ist das ungekürzte Bundessozialhilfegesetz zu finden. Daran schließt sich an das „Verfassungs- und Verwaltungsrecht“ mit Auszügen aus dem Grundgesetz und der Verwaltungsgerichtsordnung. Der 4. Abschnitt „Bürgerliches Recht“ hat zunächst alle diejenigen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches zum Inhalt, die für das Jugendhilferecht von Bedeutung sind, außerdem Auszüge aus dem Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch, dem Ehegesetz, dem Gesetz über die Vermittlung der Annahme an Kindes Statt, dem Gesetz über die religiöse Kindererziehung und dem Kindergeldgesetz. Den Abschluß in dieser Reihe bilden die wesentlichen Vorschriften aus dem Verfahrensrecht, d. h. aus dem Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, der Zivilprozeßordnung, dem Rechtspflegergesetz und dem Personenstandsgesetz.

Das sich über zehn Seiten erstreckende ausführliche Stichwortverzeichnis schließlich gewährleistet ein schnelles und müheloses Auffinden der gesuchten Bestimmungen.

Neben der lobenswerten Vorschriftensammlung und der drucktechnischen Gestaltung ist außerdem das hardliche Format mit dem strapazierfähigen Plastikbeinband hervorzuheben.

Das „Handbuch für die Jugendhilfe“ von Jans—Happe erfüllt somit nahezu alle Wünsche, die an ein derartiges Arbeitsmittel zu stellen sind. Die Vorschriftensammlung wird demgemäß nicht nur in der Praxis der öffentlichen Jugendhilfe, in den Jugendämtern, Landesjugendämtern und sonstigen Stellen der öffentlichen Verwaltung, der freien Jugendhilfe, in den Jugendverbänden, Jugendwohlfahrtsverbänden und anderen Organisationen sowie bei den Vormundschafts- und Jugendgerichten viele Freunde finden, sondern vor allem Lehrern und Studierenden an den sozialpädagogischen und rechtspolitischen Hochschulen sowie den schulischen Zwecken der höheren Fachschulen, Seminaren und sonstigen Ausbildungsstätten ein unschätzbare Hilfsmittel sein.

Oberregierungsrat Stenze

¹⁾ StAnz. 1958 S. 437, 968; 1959 S. 727; 1960 S. 967; 1961 S. 1489; 1962 S. 1152

²⁾ StAnz. 1959 S. 635, 1361; 1961 S. 514; 1963 S. 820

³⁾ StAnz. 1957 S. 581; 1958 S. 437, 968; 1959 S. 1019; 1960 S. 1489; 1963 S. 17

⁴⁾ StAnz. 1957 S. 581; 1958 S. 437, 968; 1959 S. 1019; 1960 S. 1490; 1962 S. 622

⁵⁾ BGBl. I Seite 241; Vgl. Apel, JMBL 1964 Seite 33 mit einer Kurzaufstellung der wichtigsten Änderungen und StAnz. 1963 S. 1258 sowie VersR 64, 29 und RdA 63, 121, 224; Böhmer, MDR 64, 185

⁶⁾ Das Änderungsgesetz vom 27. 7. 1957 ist ausführlich inhaltlich wiedergegeben, vom 2. Änderungsgesetz vom 16. 3. 1959 die Allgemeine Begründung

⁷⁾ Vgl. § 3 KGG. § 8 KGGK errichtete als Träger der Kindergeldzahlung für die zweiten Kinder eine besondere Anstalt des öffentlichen Rechts mit dem Sitz an dem Ort des Sitzes der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Diese Verbindung gestaltet § 15 BKGG dadurch noch enger, daß die Bundesanstalt das Gesetz selbst durchführt und dabei nur noch die Bezeichnung „Kindergeldkasse“ führt

Die hier besprochenen Bücher können durch den Verlag Kultur und Wissen GmbH, Abt. Buchvertrieb, Wiesbaden, Wilhelmstraße 42, zu Originalpreisen bezogen werden.

1964

Montag, den 27. April 1964

Nr. 17

Gerichtsangelegenheiten

1125

Erlaubnis zur Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten

371a E — 1.766: Herrn Inkasse-Unternehmer Carl Ferdinand Probst, Frankfurt (Main), Unterlindau 85, wird auf Grund des Gesetzes zur Verhütung von Mißbräuchen auf dem Gebiet der Rechtsberatung vom 13. 12. 1935 (RGBl. I S. 1478) die Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten mit Ausnahme des Gebiets der gesetzlichen Sozialversicherung für den Amtsgerichtsbezirk Frankfurt (Main) erteilt.

Die Erteilung der Erlaubnis wird mit der Auflage verbunden, jede Vermittlung von Versicherungsverträgen zu unterlassen.

Mit der Zulassung wirkt das Werbeverbot des § 1 Abs. 3 der 2. Ausf.VO. zum Rechtsberatungsmißbrauchsgesetz vom 3. 4. 1936 (RGBl. I S. 359). Als einzige werbende Maßnahme ist die Verwendung der Berufsbezeichnung „Rechtsbeistand“ erlaubt.

Alle anderen werbenden Maßnahmen sind untersagt.

Diese Erlaubnis berechtigt nicht zum mündlichen Verhandeln vor Gericht. Geschäftssitz ist Frankfurt-(Main).

Die Erlaubnis vom 2. 3. 1960 zum Betrieb eines Inkasse-Unternehmens ist damit gegenstandslos geworden.

Frankfurt (Main), 13. 4. 1964

Der Amtsgerichtspräsident

1126

Erlaubnis widerrufen

371a E-16: Die dem Hans-Werner Donath in Herborn erteilte Erlaubnis zum geschäftsmäßigen Erwerb von Forderungen zum Zwecke der Einziehung auf eigene Rechnung ist widerrufen worden.

6250 Limburg/Lahn, 10. 4. 1964

Der Landgerichtspräsident

1127 **Aufgebote**

F 5/63: Durch **Ausschlußurteil** vom 9. 4. 1964 ist der Hypothekenbrief über die im Grundbuch von Oberurff Band 8 Blatt 168 in Abteilung III Nr. 10 zugunsten der Kreissparkasse zu Fritzlar eingetragene, mit 11 v. H. jährlich verzinsliche Darlehenshypothek von 1000 GM für kraftlos erklärt worden.

3587 Borken (Bz. Kassel), 9. 4. 1964

Amtsgericht

1128

F 9/63: Durch **Ausschlußurteil** vom 9. 4. 1964 ist der Hypothekenbrief über die im Grundbuch von Niederurff Band 7 Artikel 197 in Abteilung III unter Nr. 19 zugunsten der Stadtparkasse Borken (Bz. Kassel) eingetragene Hypothek über 802,84 GM für kraftlos erklärt worden.

3587 Borken (Bz. Kassel), 9. 4. 1964

Amtsgericht

1129 **Güterrechtsregister**

Neueintragung

GR 271: Deiseroth, Georg, Elektriker und Landwirt, in Lautenhausen, Krs. Hersfeld, Hs.Nr. 4¹/₆, und Anna, geb. Fitzner.

Durch Vertrag vom 10. März 1964 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

643 Bad Hersfeld, 8. 4. 1964 **Amtsgericht****1130**

GR 823 — 13. 4. 1964: Heinrich Koch, Polizeiobermeister, und Edith, geb. Dannemann, Friseurmeisterin, Bad Nauheim

Durch notariellen Vertrag vom 18. Februar 1964 ist Gütertrennung vereinbart.

635 Bad Nauheim, 13. 4. 1964 **Amtsgericht****1131**

GR 101 — 8. April 1964: Eheleute Polizeimeister Adolf Steinlandt, geb. am 16. 3. 1923, und Karoline, geb. Schmidt, geb. am 5. 3. 1925, beide in Schreufa, Haus Nr. 8.

Durch notariellen Vertrag vom 18. Januar 1964 ist Gütertrennung vereinbart.

3558 Frankenberg (Eder), 16. 4. 1964

Amtsgericht

1132

GR 102 — 15. April 1964: Eheleute Redakteur Otto Schwieder und Gertrud, geb. Thiele, Frankenberg (Eder), Bahnhofstraße Nr. 24.

Durch notariellen Vertrag vom 21. 3. 1964 ist Gütertrennung vereinbart.

3558 Frankenberg (Eder), 16. 4. 1964

Amtsgericht

1133

41 GR 958 — 6. 4. 1964: Kaufmann Johannes Lorenz, und Erna, geb. Tschirner in Hanau, haben durch Vertrag vom 21. 2. 1964 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau (Main), 10. 4. 1964 **Amtsgericht****1134**

Neueintragung

8 GR 411 — 9. 3. 1964: Eheleute kfm. Lehrling Helmut Simon, Niederreifenberg (Taunus), Hauptstraße o. Nr., wohnhaft, u. Evelyn Elka Simon, geborene Liedloff, Niedererlenbach/Taunus, Niedererschbacher Straße 8 wohnhaft.

In notarieller Urkunde vom 15. November 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

624 Königstein (Taunus), 9. 4. 1964

Amtsgericht

1135

GR 185 A: Eugen Kraiß, Metzger und Koch, und Ehefrau Marga, geb. Jäger, in Bad Salzhausen.

Durch notariellen Vertrag vom 21. Januar 1964 wurde Gütertrennung vereinbart.

6478 Nidda, 10. 4. 1964

Amtsgericht

1136

Neueintragung

Rü GR 130 — 10. April 1964: Durch Vertrag vom 26. Februar 1964 haben die Eheleute Erich Haag, Kaufmann, und Ma-

rienne, geb. Göbel, Rüsselsheim, Feuerbachstr. 15, Gütertrennung vereinbart.

609 Rüsselsheim, 10. 4. 1964

Amtsgericht Groß-Gerau
Zweigstelle Rüsselsheim
1137

GR 155 — 15. April 1964: Eheleute Werkmeister Paul Peter Eckert und Anni Maria, geb. Wacker, in Schlierbach, Mühlseifenweg Nr. 5.

Durch notariellen Vertrag vom 5. März 1964 ist Gütergemeinschaft gemäß den Vorschriften der §§ 1415 ff. BGB vereinbart.

648 Wächtersbach, 15. 4. 1964 **Amtsgericht****1138** **Vereinsregister**

Neueintragung

VR 53 — 9. 4. 1964: Verein für Aquariumfreunde Büdingen und Umgebung Nannostomus Büdingen in Büdingen.

647 Büdingen, 9. 4. 1964 **Amtsgericht****1139**

VR 49 — 8. April 1964: Reiterverein Frankenberg und Umgebung e. V. Sitz: Frankenberg/Eder.

3558 Frankenberg (Eder), 8. 4. 1964

Amtsgericht

1140

Neueintragung

VR 32: Gesangverein „Liederkrantz“ 1869 mit dem Sitz in Langstadt.

6114 Groß-Umstadt, 14. 4. 1964 **Amtsgericht****1141**

Neueintragung

41 VR 252 — 14. 4. 1964: Schießsportverein Hubertus 1911 — Mittelbuchen in Mittelbuchen.

Die Satzung ist am 18. 3. 1964 errichtet.

645 Hanau (Main), 17. 4. 1964

Amtsgericht — Abt. 41

1142

VR 65 — In das Vereinsregister wurde am 9. April 1964 unter Nr. 65 eingetragen: Schulverein Forsthaus bei Echzell, eingetragener Verein, Sitz: Echzell.

6478 Nidda, 9. 4. 1964

Amtsgericht

1143

Neueintragung

VR 101 — 13. 2. 1964: „Bürgerverein Froschhausen“ e. V. in Froschhausen.

6453 Seligenstadt (Hessen), 14. 4. 1964

Amtsgericht

1144

Neueintragung

VR 100 — 23. 1. 1964: Radfahrer-Club MÖVIA 1921“ e. V. Hainstadt (Main).

6453 Seligenstadt (Hessen), 13. 4. 1964

Amtsgericht

1145

Neueintragung

VR 364 — 15. April 1964: Verein für Sozialwissenschaftliche Forschung in Marburg (Lahn).

355 Marburg (Lahn), 15. 4. 1964

Amtsgericht

1146 Vergleiche — Konkurse

4 N 27/60: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Elektroinstallateurs Franz Sartorius in Bensheim ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

614 Bensheim, 10. 4. 1964 **Amtsgericht**

1147**I. Beschluß**

VN 1/64 — Vergleichsverfahren: Der geschäftsführende Gesellschafter Kurt Pflaum, Niederroden, der handelsgerichtlich eingetragenen Firma Kurt Pflaum Kommanditgesellschaft, Möbelauslieferungslager — Vertretung — Großhandel, in Niederroden/Rollwald, Am Rollwald 29, hat durch einen am 16. April 1964 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über ihr Vermögen beantragt.

Gemäß § 11 Vergleichsordnung wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens Rechtsanwalt Dr. Mittelstädt, Darmstadt, Hängelstraße Nr. 47, zum vorläufigen Vergleichsverwalter bestellt.

611 Dieburg, 17. 4. 1964 **Amtsgericht**

1148**Beschluß**

N 2/57 — 10. 4. 1964: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des (am 2. 5. 1963 verstorbenen) Kaufmanns Alfred Schubert (Erben z. Z. unbekannt), Fritzlar, wird, da eine Verteilung mangels Masse nicht möglich ist, Schlußtermin auf den 8. Mai 1964 um 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Fritzlar, Zimmer 9, bestimmt.

3580 Fritzlar, 10. 4. 1964 **Amtsgericht**

1149

81 N 103/64 — Nachlaßkonkursverfahren: Über den Nachlaß des am 12. August 1963 in Frankfurt/Main verstorbenen, zuletzt Frankfurt/Main, Nibelungenallee 37, wohnhaft gewesenen Kaufmanns Karl Richard Ostwald, wird heute, am 13. April 1964 um 15.30 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Rudolf Pallasky, Frankfurt/Main, Diesterwegplatz 50, Tel.: 6 34 01.

Konkursforderungen sind bis zum 2. 5. 1964 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 29. Mai 1964 um 9 Uhr, Prüfungstermin: 12. Juni 1964 um 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt/Main, Große Friedberger Straße 7—11, V. Stock, Zimmer 507.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 2. Mai 1964 ist angeordnet.

6 Frankfurt (Main), 14. 4. 1964 **Amtsgericht — Abt. 81**

1150

81 N 102/64 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der „Hausfinanz“, Grundstücksverwertungs- und Finanzierungsvermittlungsgesellschaft mbH, Frankfurt (Main), Feldbergstraße 49, wird heute, am 14. April. 1964 um 15.35 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsbeistand Helmut Burghardt, Frankfurt (Main), Adalbertstraße 13, Tel.: 77 73 41.

Konkursforderungen sind bis zum 15. 5. 1964 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem

bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 29. Mai 1964 um 9.30 Uhr, Prüfungstermin: 12. Juni 1964 um 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt/Main, Große Friedberger Straße 7—11, V. Stock, Zimmer 507.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 15. Mai 1964 ist angeordnet.

6 Frankfurt (Main), 15. 4. 1964 **Amtsgericht — Abt. 81**

1151

81 N 110/64 — Nachlaßkonkursverfahren: Über den Nachlaß des am 4. 7. 1963 in Königstein verstorbenen, zuletzt Frankfurt (Main), Eschenheimer Anlage 31a, wohnhaft gewesenen Handelsvertreters Jakob Fey wird heute, am 15. April 1964 um 15.30 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Albin Fritsch, Frankfurt (Main), Bergerstr. Nr. 98, Tel.: 43 34 61.

Konkursforderungen sind bis zum 15. 5. 1964 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO und Prüfungstermin: 29. Mai 1964 um 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Große Friedberger Straße 7—11, V. Stock, Zimmer 507. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 15. Mai 1964 ist angeordnet.

6 Frankfurt (Main), 16. 4. 1964 **Amtsgericht — Abt. 81**

1152**Beschluß**

N 1/64 — Konkursverfahren: Über den Nachlaß des am 20. Dezember 1963 gestorbenen und zuletzt in Niedermittlau, Kreis Gelnhausen, wohnhaft gewesenen Treuhänders Paul Friedrich Wilhelm Heling, bisher in Verwaltung des Nachlaßpflegers Wilhelm Walecki, Gelnhausen, Berliner Straße 7a, wird heute am 10. April 1964 um 10 Uhr, Konkurs eröffnet, da der Nachlaß überschuldet ist und die Firma Autohaus Heermann GmbH in Heilbronn am Neckar als titulierte Nachlaßgläubigerin wegen eines Anspruchs von 1850,— DM nebst Zinsen und Kosten den Antrag gestellt hat.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Edgar Horter, Gelnhausen, Barbarossastraße 2. Konkursforderungen sind bis zum 30. April 1964 beim Gericht anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: Montag, den 11. Mai 1964 um 10 Uhr, zugleich zur Prüfung angemeldeter Forderungen vor dem Amtsgericht in Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Erdgeschoß, Zimmer 11.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 30. April 1964 anzeigen.

646 Gelnhausen, 10. 4. 1964 **Amtsgericht**

1153

VN 1/64 — Anschlußkonkurs: Der Antrag des Bauunternehmers Georg Gaubatz, Harpertshausen, Babenhäuser Weg Nr. 13, über sein Vermögen das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses zu eröffnen, wird abgelehnt, weil der Eröffnungsantrag nicht den Erfordernissen der §§ 3—7 VO genügt und der Mangel nicht innerhalb der durch Beschluß vom 25. 3. 1964 gemäß § 10 VO gesetzten Frist beseitigt worden ist. Zugleich wird gemäß §§ 19, 102 der VO heute am 13. April 1964, 15 Uhr, das Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen des Antragstellers eröffnet.

Der Rechtsanwalt Dr. Mittelstädt, Darmstadt, Hängelstraße 47, Tel. 7 03 40, wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 15. 5. 1964 nur bei dem Gericht in doppelter Fertigung anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Dienstag, den 26. Mai 1964 um 9 Uhr, vor dem Amtsgericht in Groß-Umstadt, Wilhelm-Leuschner-Str. 44, Erdgeschoß, Zimmer 4, Termin anberaumt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitz der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 30. 4. 1964 Anzeige zu machen.

6114 Groß-Umstadt, 13. 4. 1964 **Amtsgericht**

1154

2 N 6/62: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 8. 5. 1962 verstorbenen Müllermeisters Karl-Albert Schleifer in Grebenstein soll eine Nachtragsverteilung stattfinden.

Zur Verteilung stehen 286,39 DM zur Verfügung. Hiervon erhalten die Gläubiger der Klasse VI 1,5% ihrer Forderungen.

Der Verteilungsplan liegt beim Amtsgericht Hofgeismar, Az.: 2 N 6/62, zur Einsicht aus.

35 Kassel, 14. 4. 1964

Der Konkursverwalter

Rechtsanwalt Dr. August Klose

1155

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Horst Bemeleit in Engelrod, Kreis Lauterbach, soll die Schlußverteilung erfolgen.

Die festgestellten bevorrechtigten Forderungen der Rangklasse I werden voll befriedigt. Einer noch verfügbaren Masse von 2100 DM stehen festgestellte bevorrechtigte Forderungen der Rangklasse II in Höhe von 5443,64 DM gegenüber.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen liegt zur Einsicht auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Lauterbach aus.

642 Lauterbach (Hessen), 14. 4. 1964

Der Konkursverwalter

Dr. J. Gross, Rechtsanwalt

1156

6 N 4/64 -- Konkursverfahren: Über das Vermögen des Georg Kuhlisch, Gartenbaubetrieb, Limburg/Lahn, Wiesbadener Str. Nr. 2, wird heute, am 15. April 1964 um 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner dies wegen Zahlungsunfähigkeit beantragt hat.

Rechtsanwalt Dillmann in Limburg/L., Schiede 31, wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 13. Mai 1964 bei dem Gericht in zwei Stücken anzumelden. Vertreter von Gläubigern haben ihre Vollmacht mit einzureichen oder diese spätestens im Termin vorzulegen.

Es wird zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, ferner zur Prüfung der angemeldeten Forderungen Termin auf Donnerstag, den 14. Mai 1964 um 15.30 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 14, anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitz der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 13. Mai 1964 Anzeige zu machen.

625 Limburg (Lahn), 15. 4. 1964

Amtsgericht

1157

7 N 3/64: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Ofensetzermeisters Erich Gerschewski, Offenbach am Main, Bismarckstraße 98, Inhaber der Firma Karl Thomann Nachf., daselbst, wurde auf die Beschwerde des Gemeinschuldners aufgehoben, da der Konkursgrund nachträglich weggefallen ist.

605 Offenbach (Main), 14. 4. 1964

Amtsgericht — Abt. 7

1158

N 1/64 — Konkursverfahren: Das am 26. März 1964 gegen den Fuhrunternehmer Karl Keiser in Eschenrod, Kreis Büdingen, verfügte allgemeine Veräußerungsverbot wird nach erfolgter wirksamer Rücknahme des Konkursöffnungsantrages aufgehoben.

6479 Schotten, 13. 4. 1964

Amtsgericht

1159**Beschluß**

N 1/55: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Reinhold Hoin (Inhaber der Firma Reinhold Hoin) in Odersbach (Oberlahnkreis), ist zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis, zur Beschlussfassung über nicht verwertbare Vermögensstücke sowie zur Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses **Schlusstermin** auf den 27. Mai 1964 um 10 Uhr, im Amtsgericht in Weilburg, Zimmer 24, bestimmt.

Dem verstorbenen Konkursverwalter Dr. Kottek sind 1000 DM als Vergütung und 154,07 DM als Auslagenersatz bewilligt. Dem Konkursverwalter RA Dienst sind 900 DM als Vergütung und 21,50 DM als Auslagenersatz bewilligt.

629 Weilburg, 11. 4. 1964

Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

1160

K 2/64: Die im Grundbuch von Wolzhausen, Band 14, Blatt 538, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 24, Gemarkung Wolzhausen, Flur 9, Flurstück 53, Ackerland, Am Altenberg, 12,31 Ar,

Nr. 26, Gemarkung Wolzhausen, Flur 9, Flurstück 81, Hutung, Am Altenberg, 6,56 Ar,

Nr. 39, Gemarkung Wolzhausen, Flur 8, Flurstück 37, Hutung, Vor den Erlen, 11,56 Ar,

Nr. 40, Gemarkung Wolzhausen, Flur 8, Flurstück 74, Ackerland, Unter der Reih-ecke, 8,13 Ar,

Nr. 41, Gemarkung Wolzhausen, Flur 10, Flurstück 1, Hutung, An der Maleiche, 12,13 Ar,

Nr. 42, Gemarkung Wolzhausen, Flur 3, Flurstück 147, Ackerland, In der Haustadt, 4,31 Ar,

sollen am Montag, dem 22. Juni 1964 um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude, Hainstraße 72, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 26. 2. 1964 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau des Maurers Friedrich Großmann, Mathilde, geb. Grünwald, in Lenhausen, Kreis Meschede.

Der Wert der Grundstücke ist festgesetzt für lfd. Nr. 24 auf 430 DM, Nr. 26 auf 65 DM, lfd. Nr. 39 auf 230 DM, lfd. Nr. 40 auf 200 DM, Nr. 41 auf 120 DM und Nr. 42 auf 50 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

356 Biedenkopf, 3. 4. 1964

Amtsgericht

1161

8 K 50/63: Die im Grundbuch von a) Hirzenhain, Band 10, Blatt 394, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Hirzenhain, Flur 6, Flurstück 96, Ackerland, Auf dem Elmenstück, 1. Gewinn, 4,65 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Hirzenhain, Fl. 6, Flurstück 143, Ackerland, Hinter der Unterscheil, 3. Gewinn, 7,11 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Hirzenhain, Fl. 6, Flurstück 161, Ackerland, Im Boden, 3. Gewinn, 17,57 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Hirzenhain, Fl. 8, Flurstück 151, Grünland, In der Steinwies, 5. Gewinn, 7,58 Ar,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Hirzenhain, Fl. 4, Flurstück 112, Grünland, Unter der krummen Sadel, 1. Gewinn, 6,37 Ar,

lfd. Nr. 8, Gemarkung Hirzenhain, Fl. 17, Flurstück 47, Grünland, In der Sammetwiese, 5. Gewinn, 7,56 Ar,

lfd. Nr. 9, Gemarkung Hirzenhain, Fl. 12, Flurstück 313, Ackerland, Auf dem Stück, 1. Gewinn, 0,91 Ar,

lfd. Nr. 10, Gemarkung Hirzenhain, Flur Nr. 21, Flurstück 303/156, Grünland, Im Gesellenroth, 3. Gewinn, 1,22 Ar, und die im Grundbuch von b) Hirzenhain, Band 10, Blatt 395, eingetragenen ideellen Hälften der Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hirzenhain, Fl. 14, Flurstück 132, Ackerland, An der Höhl, 2. Gewinn, 6,32 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Hirzenhain, Fl. 10, Flurstück 203, Ackerland, Am Räderdorn, 2. Gewinn, 5,43 Ar,

sollen am 26. August 1964 um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Dillenburg, Wilhelmstr. Nr. 7, Zimmer 18, durch Zwangsvollstreckung zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 31. Januar 1964 (Tag des Versteigerungsvermerks):

zu a): 1. Witwe des Bergmanns Wilhelm Heinrich Baum IV. Pauline Emilie, geb. Schneider in Hirzenhain; 2. Witwe Hilda Pauline Franz, geb. Baum, daselbst; 3. Händler Willi Bernhard Baum, daselbst; 4. Witwe des Bergmanns Hermann Schwarz, Anna, geb. Baum, daselbst; 5. Ehefrau des Anstreichers Heinrich Otto Becker, Martha, geb. Baum, in Lixfeld; 6. Bergmann Martin Baum in Hirzenhain — als Miteigentümer in ungeteilter Erben-gemeinschaft;

zu b): 1. Witwe Baum, Pauline Emilie, geb. Schneider, in Hirzenhain; 2. Witwe Hilda Pauline Franz, geb. Baum, daselbst; 3. Händler Willi Bernhard Baum, daselbst; 4. Witwe des Bergmanns Hermann Schwarz, Anna, geb. Baum, daselbst; 5. Ehefrau des Anstreichers Heinrich Otto Becker, Martha, geb. Baum, in Lixfeld; 6. Bergmann Martin Baum in Hirzenhain — als Miteigentümer in ungeteilter Erben-gemeinschaft — hinsichtlich einer ideellen Eigentumshälfte.

Der Wert der Grundstücke und Grundstückshälften ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf zusammen 4680 DM

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

634 Dillenburg, 9. 4. 1964

Amtsgericht

1162

5 K 12/63: Die im Grundbuch von Bad Salzschlirf, Bezirk Fulda, Band 38, Blatt Nr. 1157, eingetragenen Grundstücke,

I. d. Nr. 1, Gemarkung Salzschlirf, Flur 5, Flurstück 9, Hof- und Gebäudefläche, Riedstraße 135, Größe 11,18 Ar,
I. d. Nr. 2, Gemarkung Salzschlirf, Flur 5, Flurstück 10, Hof- und Gebäudefläche, Riedstraße Nr. 136, Größe 9,17 Ar,
sollen am Montag, dem 22. Juni 1964 um 9.30 Uhr, im Rathaus Bad Salzschlirf, Fuldaer Straße 2, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 26. 6. und 6. 8. 1963 (Tag der Eintragung der Versteigerungsvermerke): Kaufmann Wolfgang Schlatterer und dessen Ehefrau Margarete Schlatterer, geb. Müller, beide früher in Mühlbach/Unterfr., jetzt Bad Salzschlirf — je zur Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

64 Fulda, 15. 4. 1964

Amtsgericht

1163

5 K 4/63: Die im Grundbuch von Eckweibach, Bezirk Fulda/Hilders, Band 3, Blatt 257, eingetragenen Grundstücke,

I. d. Nr. 29, Gemarkung Eckweibach, Flurstück 872, Holzung, Winterberg, 46,85 Ar,
I. d. Nr. 30, Gemarkung Eckweibach, Flurstück 873, Wiese, Winterberg, 159,90 Ar,
I. d. Nr. 47, Gemarkung Eckweibach, Flur 5, Flurstück 28, Hof- und Gebäudefläche, Gründcheshof Haus Nr. 49, Größe 57,22 Ar,
I. d. Nr. 48, Gemarkung Eckweibach, Flur 5, Flurstück 29, Ackerland, Wiese, Hutung, Wald (Holzung), Gründcheshoferfeld, 30,8067 ha,
I. d. Nr. 49, Gemarkung Eckweibach, Flur 5, Flurstück 15, Wiese, untere Au, 186,96 Ar,
I. d. Nr. 50, Gemarkung Eckweibach, Flur 5, Flurstück 22, Wald (Holzung), Gründcheshoferfeld, 137,50 Ar,
sollen am Freitag, dem 26. Juni 1964 um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Hilders, Battentor Nr. 13, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. März 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Bauer Otto Römmelt in Gründcheshof, Gemeinde Eckweibach.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

64 Fulda, 15. 4. 1964

Amtsgericht

1164

84 K 73/63: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft sollen die im Grundbuch von Soden des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Abt. Höchst, Band 17, Blatt 407, eingetragenen Grundstücke,

I. d. Nr. 1, Gemarkung Soden, Flur 27, Flurstück 216/10, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße 28, Größe 8,84 Ar, und
I. d. Nr. 2, Gemarkung Soden, Flur 25, Flurstück 179/92, Hofraum, Hauptstraße, 29 Ar,
am 1. Juli 1964 um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude, Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7—11, Zimmer 507, V. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. Januar 1964 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): a) Friseur Paul Jung in Bad Soden/Ts., b) Betriebswerker Adolf Jung, daselbst, in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt: I. d. Nr. 1 (8,84 Ar) 66 200 DM, I. d. Nr. 2 (1,29 Ar) 5805 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 4. 4. 1964

Amtsgericht — Abt. 84

1165

84 K 49/63: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Zeilsheim des Amtsgerichts Frankfurt (Main), Abt. Höchst, Band 12, Blatt 336, eingetragene Grundstück,

I. d. Nr. 1, Gemarkung Zeilsheim, Flur 12, Flurstück 277/140, bebauter Hofraum, Alt-Zeilsheim 45, Größe 8,87 Ar,
am 10. Juni 1964 um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7—11, Zimmer 507, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 15. August 1963 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Bäckermeister Karl Striebeck in Frankfurt (Main)-Zeilsheim.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 108 000 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 18. 3. 1964

Amtsgericht — Abt. 84

1166

84 K 75/63: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft sollen die im Grundbuch von Eschborn des Amtsgerichts Frankfurt (Main), Abt. Höchst, Band 33, Blatt 831, eingetragenen Grundstücke,

I. d. Nr. 1, Flur 2, Flurstück 124/65, a) Wohnhaus mit Hofraum und Hausgarten, 12,64 Ar groß, Flurstück 130/11, b) Waschküche, 1,34 Ar groß, zu a) und b) belegen Schwalbacher Straße 36,
I. d. Nr. 2, Flur 2, Flurstück 127/66, a), b), c) bebauter Hofraum, belegen Schwalbacher Straße 40, Größe 7,74 Ar,
I. d. Nr. 3, Flur 2, Flurstück 126/55, Acker, Unter dem Schwalbacher Weg, 1,48 Ar groß am 24. Juni 1964 um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7—11, Zimmer Nr. 507, V. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 11. November 1963 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Kurt Himmelreich in Oberursel/Ts. zu $\frac{1}{16}$, Ehefrau Käthe Kadel, geb. Himmelreich, in Godramstein zu $\frac{1}{16}$, Stationsassistent Kurt Peter Himmelreich in Eschborn/Ts. zu $\frac{1}{16}$.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt für das Grundstück I. d. Nr. 1 (Schwalbacher Str. Nr. 36) auf 105 740 DM, für das Grundstück I. d. Nr. 2 (Schwalbacher Straße 40) auf 26 960 DM, für das Grundstück I. d. Nr. 3 (Acker) auf 4440 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 16. 4. 1964

Amtsgericht — Abt. 84

1167

K 27/63: Die im Grundbuch von Wölfersheim, Band 27, Blatt 1490, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 1, Gemarkung Wölfersheim, Flur 1, Flurstück 653, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße 33, Größe 2,55 Ar,
Nr. 2, Gemarkung Wölfersheim, Flur 6, Flurstück 106/1, Ackerland, 1. Gewinn, Auf den Röthern, 20,44 Ar,
Nr. 3, Gemarkung Wölfersheim, Flur 2, Flurstück 123, Ackerland (Obstbaumstück), Die Hochgewann, 5,33 Ar,
Nr. 4, Gemarkung Wölfersheim, Flur 5, Flurstück 65, Ackerland, 1. Gewinn, Am Kuhweg, 1,28 Ar,
Nr. 9, Gemarkung Wölfersheim, Flur 12, Flurstück 40, Ackerland (Obstbaumstück), Der Buffert, 5,30 Ar,
Nr. 11, Gemarkung Wölfersheim, Flur 1, Flurstück 523, Ackerland, Die kleinen Wingen, 3,37 Ar,
Nr. 12, Gemarkung Wölfersheim, Flur 1, Flurstück 524, Ackerland, daselbst, 3,36 Ar,
Nr. 13, Gemarkung Wölfersheim, Flur 1, Flurstück 213, Hof- und Gebäudefläche, Kirchgasse 2, Größe 4,72 Ar,
Nr. 20, Gemarkung Wölfersheim, Flur 10, Flurstück 48/1, Ackerland (Obstbaumstück), Wohnbacher Straße, 6,39 Ar,
sollen am Dienstag, 9. Juni 1964, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude, Friedberg (Hessen), Kaiserstraße 96, Zimmer 16, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 12. 11. 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): 1. Karl Friedrich Ulrich, Wölfersheim, 2. Marianne Ulrich, Bretten/Baden, 3. Wilhelmine Leidich, geb. Ulrich, Königsberg, in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt zu I. d. Nr. 1 10 000 DM; zu I. d. Nr. 2: 5132 DM; zu I. d. Nr. 3: 995 DM; zu I. d. Nr. 4: 640 DM; zu I. d. Nr. 9: 954 DM; zu I. d. Nr. 11: 2359 DM; zu I. d. Nr. 12: 2356 DM; zu I. d. Nr. 13: 16 500 DM; zu I. d. Nr. 20: 2000 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

636 Friedberg (Hessen), 13. 4. 1964

Amtsgericht

1168

K 2/64: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Semd, Band 15, Blatt 1098 A, in der Gemarkung Semd gelegenen, auf den Namen der a) Heinrich Lotz, Maurer, Semd, zu $\frac{1}{2}$, b) dessen Ehefrau Katharina Lotz, geborene Krauter, zu $\frac{1}{2}$ eingetragenen Grundstücke,

1. Flur 1, Nr. 20, Hof- und Gebäudefläche, W.-Leuschner-Straße 22, Größe 2,63 Ar,
2. Flur 1, Nr. 19, Hof- und Gebäudefläche, W.-Leuschner-Str. 22, Größe 2,63 Ar,
am Donnerstag, dem 2. Juli 1964 um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude in Groß-Umstadt, W.-Leuschner-Straße 44, Zimmer 4, versteigert werden.

Der Wert der Grundstücke ist gemäß § 74e V ZVG auf zusammen 15 000 DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6114 Groß-Umstadt, 10. 4. 1964

Amtsgericht

1169

40 K 17 63: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von a) **Niederdorfelden**, Band 30, Blatt 1152, auf den Namen des Ing. Otto Zeh in Niederdorfelden eingetragenen Grundstücke, Flur 9, Flurstück 334/82, Hof- und Gebäudefläche, Oberdorfelder Str., 7,80 Ar, Flur 9, Flurstück 470/81, Hof- und Gebäudefläche, Oberdorfelder Str., 18,03 Ar, Flur 9, Flurstück 472/81, Hof- und Gebäudefläche, Oberdorfelder Str., 13,36 Ar, Flur 9, Flurstück 471/81, Ackerland, Vor den Ulmen, 4,67 Ar, Flur 9, Flurstück 473/81, Hof- und Gebäudefläche, Oberdorfelder Str., 18,03 Ar (Gesamtwert 180 000 DM),

b) **Oberdorfelden**, Band 13, Blatt 409, auf den Namen der Eheleute Ing. Otto Zeh und Margarete, geb. Dehler, in Niederdorfelden eingetragenen Grundstücke, Flur 5, Flurstück 71/12, Ackerland, Im Hüttengrund, 151,19 Ar (Wert 15 119 DM), Flur 9, Flurstück 124/21, Ackerland, Der Weiseberg, 15,92 Ar (Wert 478 DM), am 22. 6. 1964 um 14 Uhr, im Gerichtsgebäude Hanau, NuBallee 17, Zimmer 13, versteigert werden.

Bieter haben auf Antrag eines Beteiligten in Höhe von 10% des Bargebotes Sicherheit zu leisten.

Auf die **Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“** wird hingewiesen.

645 Hanau (Main), 13. 4. 1964

Amtsgericht — Abt. 40

1170

5 K 19/62: Das im Grundbuch von Schönbach (Dillkreis), Band 20, Blatt 733, eingetragene Grundstück,

Nr. 2, Gemarkung Schönbach, Flur 15, Flurstück 19, Hof- und Gebäudefläche, Grünland, Die Bruchwiese, 27,64 Ar, soll am 29. Juni 1964 um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude, Herborn, Westerwaldstraße Nr. 16, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. 12. 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Sprengmeister Hermann Domick und Ingrid, geb. Schubbel, in Schönbach, je zur Hälfte.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 76 000 Deutsche Mark.

Auf die **Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“** wird hingewiesen.

6348 Herborn, 15. 4. 1964

Amtsgericht

1171

51 K 6/64: Die im Grundbuch von Bergshausen, Band 8, Blatt 200, eingetragenen Grundstücke, Best.-Verz.

Nr. 1, Gemarkung Wellerode, Flur 22, Flurstück 503/2, Lieg.-B. 171, Geb.-B. 218, Hof- und Gebäudefläche, Uferstraße Nr. 5, Größe 6,36 Ar,

Nr. 2, Gemarkung Wellerode, Flur 22, Flurstück 507/2, Hofraum, Uferstraße, 0,73 Ar,

sollen am 25. Juni 1964 um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Str. Nr. 11 (Saalbau), Zimmer 143, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. Februar 1964 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): a) Witwe Pauline Rettberg, geb. Lison — zur Hälfte, b) Anna Ludloff, geb. Rettberg, c) Johannes Rettberg, d) Leonhard Rettberg, e) Witwe Pauline Rettberg, geb. Lison, — zu b)–e) in Erbengemeinschaft zur Hälfte — sämtlich in Bergshausen.

Auf die **Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“** wird hingewiesen.

35 Kassel, 15. 4. 1964

Amtsgericht

1172

51 K 18/64: Die Miteigentumshälfte des im Grundbuch von Breitenbach, Bezirk Kassel, Band 19, Blatt 536, eingetragenen Grundstückes, Best.-Verz.,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Breitenbach, Flur 2, Flurstück 20'1, Lieg.-B. 522, Geb.-Buch 223, Hof- und Gebäudefläche, Grünland, Wüste Kirche 141 und im Zehrbruch, 50,73 Ar,

soll am 2. Juli 1964 um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Str. 11 (Saalbau), Zimmer 143, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 9. März 1964 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Fuhrunternehmer Alfred Ruks in Niedenstein.

Auf die **Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“** wird hingewiesen.

35 Kassel, 16. 4. 1964

Amtsgericht

1173

7 K 12/64: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Dietzenbach, Band 71, Blatt 3390,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Dietzenbach, Flur Nr. 18, Nr. 137, Lieg.-B. 2468, Hof- und Gebäudefläche, Taunusstraße, 4,80 Ar.

lfd. Nr. 2, Flur 18, Nr. 138, Lieg.-B. 2468, Hof- und Gebäudefläche, Taunusstraße, 4,80 Ar.

zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks (2. 3. 1964) auf den Namen der Fritz Hermann Lothar Tanner, dessen Ehefrau Anneliese Irmgard Tanner, beide in Dietzenbach-Steinberg, Artur Krauss, Maurermeister in Zellhausen, dessen Ehefrau Appolonia Krauss, geb. Roth, daselbst, je zu 1/4 eingetragene Grundstücke am Mittwoch, dem 10. Juni 1964 um 9 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Kaiserstraße 16, Zimmer 38, versteigert werden.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 409 670 Deutsche Mark (Bodenwert für jedes Grundstück 14 400 DM, Gebäudewert 380 870 DM).

Auf die **Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“** wird hingewiesen.

605 Offenbach (Main), 13. 4. 1964

Amtsgericht — Abt. 7

1174

3 K 49/63: Die auf den Namen der Marie Olbrich, geb. Reinstädler, im Grundbuch von Weidenhausen, Band 12, Blatt 413, eingetragene Hälften an den Grundstücken

Nr. 4, Gemarkung Weidenhausen, Flur 5, Flurstück 5, Hof- und Gebäudefläche, Rheinfelderstraße, Größe 6,61 Ar (Wert: 20 000 DM),

lfd. Nr. 5, Flur 6, Flurstück 16, Ackerland, Auf der Saupitz, 14,60 Ar (Wert: 1100 DM),

sollen am 24. Juni 1964 um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. 10. 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Oskar Olbrich und Marie, geb. Reinstädler, Weidenhausen, zu je 1/2.

Gemäß § 74a Abs. 5 ZVG wurden die Werte für die ganzen Grundstücke auf Grund der ortsgewöhnlichen Schätzung vom 16. 2. 1964 auf die in Klammern hinter der Grundstücksbezeichnung angegebenen Beträge festgesetzt.

Auf die **Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“** wird hingewiesen.

633 Wetzlar, 15. 4. 1964

Amtsgericht

Andere Behörden und Körperschaften

1175

Aufforderung: Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung der auf ihren Namen ausgestellten Sparkassenbücher beantragt: Konrad Orth, Kassel-Ndzw., Sparkassenbuch Nr. 471/11/4521; Christine Orth, Kassel-Ndzw., Sparkassenbuch Nr. 471/11/4520; Ilse-Dorothee Werlitz, Kassel, Sparkassenbuch Nr. 11/84 536. Der oder die Inhaber der vorgenannten Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

35 Kassel, 14. 4. 1964

Kreissparkasse Kassel
Der Vorstand

Der oder die Inhaber des Sparkassenbuches werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

6 Frankfurt (Main), 17. 4. 1964

Stadtsparkasse Frankfurt am Main

1177

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 15. 4. 1964 sind nachstehend aufgeführte Sparkassenbücher für kraftlos erklärt: 1. Sparkassenbuch Nr. 6671, lautend auf Karl Boß, Schlitz, Bahnhofstraße 43; 2. Sparkassenbuch Nr. 9210, lautend auf Eheleute Alfred und Erna Schmiedl, Schlitz, Bahnhofstraße 19; 3. Sparkassenbuch Nr. 7117, lautend auf Maria Rieger geb. Traud, Herbstein, Wallweg 11.

642 Lauterbach, 15. 4. 1964

Kreissparkasse Lauterbach in Hessen
Der Vorstand

1176

Aufforderung: Herr Friedrich Reibert, Frankfurt am Main, Egestraße 45, hat die Kraftloserklärung des auf seinen Namen lautenden Sparkassenbuches 09-21 500 beantragt.

1178 Öffentliche Ausschreibung

AROLSEN: Die Arbeiten zur Herstellung von Teppichbelägen auf Landesstraßen im Bauamtsbezirk Arolsen werden hiermit öffentlich ausgeschrieben.

Auszuführen sind etwa:
96 000 qm Teppiche unterteilt in 4 Losen.
Bauzeit je nach Los 5 bis 20 Arbeitstage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über geeignete Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind spätestens bis zum 5. 5. 1964 anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 4,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlungen auf das Konto der Staatskasse Arolsen, Konto-Nr. 399 bei der Kreissparkasse in Arolsen mit der Angabe „Ausschreibungsunterlagen für Teppichbeläge auf Landesstraßen“. Die Ausgabe erfolgt nur im Postversand.

Eröffnung: am 22. 5. 1964 um 10.30 Uhr. Ende der Zuschlags- und Bindefrist ist der 22. 6. 1964.
3548 Arolsen, 16. 4. 1964

Hessisches Straßenbauamt
T 1/61e — 04 — 05

1179

SCHOTTEN: Die Arbeiten zum Ausbau der Landesstraße 3189, Ortsdurchfahrt Rommelhausen (Teilumgehung) sollen vergeben werden.

Auszuführen sind unter anderem:

rd. 3 800 cbm Bodenabtrag
rd. 4 700 cbm Knollschlag und Steinerde liefern und einbauen
rd. 13 500 qm Frostschuttschicht
rd. 11 000 qm Schotterunterbau
rd. 11 600 qm Asphaltbinder mit Asphaltbetonteppeich
rd. 1 100 qm Gehsteigbefestigung
rd. 1-550 lfd. m Randeinfassungssteine

Bauzeit: 120 Arbeitstage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 4. 5. 1964 anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 6,— DM, die in keinem Falle zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlungen bei der Staatskasse Gießen, Postscheckkonto Nr. 39 312 Frankfurt (Main), mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen Ausbau L 3189, Ortsdurchfahrt Rommelhausen“.

Eröffnung: 11. 5. 1964 um 11.00 Uhr.

6479 Schotten, 17. 4. 1964

Hessisches Straßenbauamt Schotten
(Meu/S)

1180

WEILBURG: Die Arbeiten für die Herstellung einer Feldwegüberführung in Baukm 4,7+ 40,00 der geplanten Umgehungsstraße Weilburg (Bundesstraße 49) sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

550 cbm Erdaushub
50 cbm Stampfbeton B 160
100 cbm Stahlbeton B 225
200 cbm Stahlbeton B 300
11 t Betonstahl I
9 t Betonstahl IIa
9 t Vorspannstahl

sowie die einschlägigen Nebenarbeiten.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 4. Mai 1964 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 15,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlungen bei der Staatskasse in Weilburg (Lahn), Postscheckkonto Ffm. Nr. 6829 mit Angabe: „Neubau einer Feldwegüberführung in Bau-km 4,7 + 40,00 der Umgehung Weilburg (Bundesstraße 49). Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 12. 5. 1964, in der Zeit von 8.00 bis 12.00 Uhr beim Hessischen Straßenbauamt Weilburg (Lahn), (Zimmer 13).

Eröffnung: 10. Juni 1964. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 18 Werkstage.

629 Weilburg, 15. 4. 1964

Hessisches Straßenbauamt
2309/64 — 172 — 63b — 08 — 03

1181

DARMSTADT: Die Unterbau- und Deckenarbeiten für die Verlegung der Stockstraße im Zuge des Süd-Main-Schnellweges sollen nach öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.

Auszuführen sind unter anderem:

6200 qm Feinplanum
5700 qm Mineralbeton, 20 m
5700 qm Asphaltbinder, 3 m
5700 qm Asphaltfeinbeton, 2 m
2000 lfd. m Tiefbordsteine
2500 qm Mutterbodenandeckung.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher Art und ähnlichen Umfangs hinsichtlich der Fachkräfte und Baumaschinen qualifiziert sein.

Alle Bewerber werden gebeten, die Ausschreibungsunterlagen bis spätestens zum 30. 4. 1964 beim Straßen-Neubauamt Hessen-Süd in Darmstadt, Rheinstraße 19/21 schriftlich anzufordern. Der Beleg über die Einzahlung der Selbstkosten — für eine 1. Ausfertigung ohne Pläne — in Höhe von 30,— DM ist beizufügen. Die Einzahlung nur bei der Staatskasse Darmstadt, Neckarstraße 3a, Postscheckkonto: Frankfurt (Main), Nr. 35 599, mit Angabe: Ausschreibungsunterlagen Süd-Main-Schnellweg, Stockstraße. Die Ausschreibungsunterlagen werden dem Besteller bis zum 8. 5. 1964 portofrei zugesandt.

Eröffnungstermin: 22. Mai 1964 um 11.00 Uhr.

61 Darmstadt, 15. 4. 1964

Straßen-Neubauamt Hessen-Süd
209a — 63a — 06.03

1182

ESCHWEGE: Die Arbeiten zum Ausbau der Umgehungsstraße Witzenhäuser im Zuge der Bundesstraße 27 in der Gemarkung Unterrieden, III. Bauabschnitt, Länge 1620 m, sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

29 500 cbm Erdarbeiten
8 800 cbm Kies d. K. 0—30 mm für Frostschuttschicht
2 300 lfd. m Dränageleitung
21 000 qm Rüttelschotter-Unterbau, 25 cm stark
2 100 qm kalteinbaufähiger Asphaltbeton auf Mischmakadam-Unterschicht

3 000 lfd. m Betonrandstreifen und Tiefbordanlagen
4 000 qm Feldwegebau

sowie umfangreiche Nebenarbeiten

Bauzeit: 130 Arbeitstage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens Donnerstag, den 30. 4. 1964, anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 20,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Eschwege, Postscheckkonto Frankfurt (Main) 6746 oder Konto-Nr. 147 bei der Kreissparkasse Eschwege mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen Ausbau der Umgehungsstraße Witzenhäuser, III. Bauabschnitt“. Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab Mittwoch, den 6. 5. 1964, beim Hessischen Straßenbauamt Eschwege.

Eröffnung: Dienstag, den 26. Mai 1964 um 10.00 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 28 Werkstage.

344 Eschwege, 15. 4. 1964

Hessisches Straßenbauamt
141 — 63a — 06 — 05

1183

HANAU: Die Arbeiten für die Frostschadensbeseitigung im Zuge der Bundesstraße 43 zwischen Wolfgang (Hanau) und Altenhaßlau sollen in öffentlicher Ausschreibung getrennt in 2 Losen vergeben werden.

Die Arbeiten umfassen für:

Los I

B 43 zwischen Wolfgang und Neuenhaßlau
von km 0,239—0,600
von km 1,700—4,723
von km 5,830—10,900

300 cbm Boden der Verbreiterung

1 500 t Steinerde anliefern und einbauen

400 t Frostschuttschicht 5/35

2 000 t Bindemittel-Mineralgemisch 0/35

4 000 t Binder 0/18

62 000 qm Asphaltfeinbetonteppeich 0/12 mit 72 kg/qm

9 000 lfd. m Graben regulieren

9 000 qm Bankette regulieren und Nebenarbeiten

und für

Los II

zwischen Neuenhaßlau und Altenhaßlau

von km 10,900—15,426

von km 16,254—19,500

300 cbm Boden

1 500 t Steinerde anliefern und einbauen

400 t Frostschuttschicht 5/35

1 500 t Bindemittel-Mineralgemisch 0/35

4 000 t Binder 0/18

51 000 qm Teppich 0/12 mit 72 kg/qm

7 000 lfd. m Graben regulieren

7 000 qm Bankette regulieren

und verschiedene Nebenarbeiten.

Bewerber, die diese Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen und Referenzen über die Ausführung solcher Arbeiten auf Anforderung erbringen können, werden gebeten, dieses dem Hessischen Straßenbauamt in Hanau, Hainstraße 32, mitzuteilen und dabei gleichzeitig anzugeben, ob die bestellten Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen.

Die Quittung über die Einzahlung des Selbstkostenbetrages in Höhe von 12,— DM ist beizufügen. Die Einzahlung hat bei der Staatskasse Hanau (Main), Postscheckkonto 6752 Ffm. zugunsten des Hessischen Straßenbauamtes Hanau zu erfolgen. Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab Donnerstag, den 23. April 1964, vormittags 9.00 Uhr bei vorstehender Adresse abgegeben.

Eröffnungstermin ist Mittwoch, der 6. Mai 1964, um 11.00 Uhr in vorstehendem Amt.

645 Hanau, 14. 4. 1964

Hessisches Straßenbauamt
63a — 06 — 05 Na/RS

1184

DILLENBURG: Für die Beseitigung von Frostschäden auf Landesstraßen sollen u. a. vergeben werden:

a) Los 1

Landesstr. 3042 Uckersdorf—Medenbach km 1,420—2,200
Landesstr. 3044 Langenaubach—Rabenscheid km 7,535—7,625
km 6,850—7,070

Landesstr. 3044 Münchhausen—Odersberg km 6,700—7,000
Landesstr. 3324 Ulm—Holzhausen km 6,950—7,120
Landesstr. 3324 Allendorf—Ulm km 5,800—6,000
Landesstr. 3324 Biskirchen—Allendorf km 1,150—1,500
Landesstr. 3042 Oberscheid—Lixfeld km 11,600—12,950
Landesstr. 3043 Nanzenbach—Hirzenhain km 6,200—6,800

ca. 8 240 t Schotterunterbau (Rüttelschotter)
ca. 3 000 t Teer- bzw. Asphaltbinder 0/35 mm
ca. 1 560 t Asphaltfeinbeton 0/12 mm
ca. 3 970 lfd. m Gräben regulieren
ca. 6 800 lfd. m Randstreifen (ca. 30 cm) angleichen
ca. 200 lfd. m Hochbord- und Rinnenanlage
Bauzeit: 110 Arbeitstage.

b) Los 2

Landesstr. 3284 Oberquembach—Kröffelbach km 9,000—9,650
Landesstr. 3052 Bermoll—Altenkirchen km 11,450—11,600
Landesstr. 3020 Garbenheim—Block Dammgarten km 3,800—4,190
Landesstr. 3047 Fellingshausen—Rodheim km 42,350—44,000
Landesstr. 3047 Elserne Hand—Frankenbach km 36,000—36,500
Landesstr. 3287 Roßbach—Niederweidbach km 3,850—4,150

ca. 7 500 t Schotterunterbau
ca. 18 500 qm Teer- bzw. Asphaltbinder 0/35 mm
ca. 19 000 qm Asphaltfeinbeton 0/12 mm
ca. 4 000 lfd. m Gräben regulieren
ca. 7 500 lfd. m Randstreifen angleichen
Bauzeit: 95 Arbeitstage.

c) Los 3

Landesstr. 3053 Blasbach—Hohensolms km 8,000—10,100
ca. 4 400 t Schotterunterbau (Rüttelschotter)
ca. 1 500 t Teer bzw. Asphaltbinder 0/35 mm
ca. 7 700 t Asphaltfeinbeton 0/12 mm
ca. 4 200 lfd. m Randstreifen (ca. 30 cm) angleichen
ca. 2 000 lfd. m Gräben regulieren
Bauzeit: 90 Arbeitstage.

Eröffnungstermin: 19. 5. 1964, a) 11.00 Uhr, b) 11.10 Uhr, c) 11.20 Uhr.
Zuschlagsfrist: 28 Kalendertage.

Die Bieter müssen nachweisbar gleichartige Bauleistungen ausgeführt haben. Anforderung oder Abholung (Zimmer 8) der Angebotsvordrucke ab 4. 5. 1964 bis 15. 5. 1964 gegen Quittung — mit der Angabe „Frostschäden — Los 1, bzw. Los 2 und Los 3“ — über eingezahlte Selbstkosten in Höhe von 20,— DM je Los (Staatskasse Dillenburg, Postscheckkonto Ffm. 6820). Der Betrag wird nicht zurückerstattet.

634 Dillenburg, 17. 4. 1964

Hessisches Straßenbauamt Dillenburg
103 — 63a — 08 — 05

OPHEL Auto Schatz
HANAUER LANDSTRASSE 295
Frankfurt/Main • Fernspr. Süd-Nr. 103441
Zw. Autobahn- und Hauptstr. 103441


1185

Bei der Gemeindeverwaltung Künzell sind sofort die Stellen

- 1. eines Inspektors mit 1. und 2. Verwaltungsprüfung**
- 2. eines Bauingenieurs oder Technikers**
- 3. einer Stenotypistin**

zu besetzen.

Künzell hat knapp 4000 Einwohner, Ortsklasse B. und liegt am Stadtrand von Fulda.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild, Zeugnisabschriften und Referenzen sind bis 10. 5. 1964 an den Gemeindevorstand in Künzell zu richten.

6411 Künzell (Krs. Fulda), 15. 4. 1964

Heres, Bürgermeister

In der Stellenausschreibung der Stadt Neukirchen, StAnz. 15 vom 13. 4. 1964, Seite 504, muß es im letzten Absatz richtig heißen „Bewerbungen“ (statt „Bewerber“).

Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Betriebe

Continental-Keilriemen

sowie sämtliche technische Gummiwaren, Fußbodenbeläge
sofort ab Lager lieferbar

RUDOLF G. REIBER, Gummi- und Asbestfabrikate
Frankfurt a. M., Koblenzer Straße 42 / Telefon 335827 und 335178

BERUFS- UND ARBEITSBEKLEIDUNG

Mechanische Berufskleiderfabrik

Leo Köhler

6416 Poppenhausen a. d. Wasserkuppe ü. Fulda 1. Tel. 231

Langjähriger anerkannter Behördenlieferant
- auch für vorschriftsmäßige Luftschutzanzüge -

TRIMPA - BÜROMASCHINEN

Büroeinrichtungen - Bürobedarf

Ernst Baums oHG., Gießen

Ruf 26 00 u. 26 34

Bahnhofstraße 26

Dokumentation • Röntgenzubehör • Kinocinematographie



Photo-Eckstein

Lieferant für staatl. Verwaltungen und Behörden
Frankfurt/Main

Oederweg 28

Ruf 55 19 07

Wilhelm Forkel OHG

Frankf./Main-Süd, Diesterwegplatz 52, Fernspr. 63534/687264

Großhandel in sämtlichen technischen Gummi-Asbest-Kunststoff-Erzeugnissen, Treib- und Keilriemen, Feuerwehrschräuchen und Armaturen

Lieferung und Verlegung sämtlicher Gummi- und PVC-Fußbodenbeläge sowie Zubehörteile



König & Neuzath Büromöbelfabrik

Seit 1925 Lieferant für Qualitätsbüromöbel

Lieferung durch den Fachhandel

Klein-Karben bei Bad Vilbel · Telefon Sa.-Nr. 341

Büromöbel, Büromaschinen, Birkenstock-Bürobedarf ^{WK} WIESBADEN, Moritzstraße 36
Ruf 23236 und 20870

1186

WIESBADEN: Die Straßenbauarbeiten zur Beseitigung von Frostschäden auf Bundes- und Landesstraßen in den östlich gelegenen Straßenmeistereien des Straßenbauamtes Wiesbaden und zwar SM Wiesbaden Landesstraßen, SM Hofheim Landesstraßen und SM Königstein Bundes- und Landesstraßen sollen in 4 Losen vergeben werden.

Auszuführen sind insgesamt in den vier Losen, auf Bundesstraßen rd. 6500 qm und auf Landesstraßen rd. 16 000 qm Fahrbahnaufbruch, Einbau von Frostschutz, Mineralbeton und zweischichtige Asphaltbetondecke sowie verschiedene Nebenarbeiten.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind ab 27. April 1964 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 4,60 DM je Los, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheckkonto Ffm. Nr. 6830 zugunsten des Hessischen Straßenbauamtes Wiesbaden unter Angabe des Kennwortes: „Beseitigung von Frostschäden — Straßenmeisterei...“ Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 30. April 1964 in der Zeit von 8.00 bis 17.00 Uhr beim Hessischen Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstraße 6, Zimmer 11.

Eröffnung: Im Hessischen Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstraße 6, Zimmer 13, am 15. Mai 1964 um 10.30 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 15 Werkstage.

62 Wiesbaden, 17. 4. 1964

Hessisches Straßenbauamt
210 — 63a — 06/08 — 37

*Stätten gepflegter
Gastlichkeit*

HOTEL ROSE, WIESBADEN



Weltbekanntes Haus — Jeder Komfort
Thermalbadehaus mit allen medizinischen Bädern
Tel. 5 95 91 - Tel. Adr. Rosotel - Fernschr. 04-186 815
Die gemütliche "ROSE-STUBE" mit direktem Eingang vom Kranzplatz

TAUNUS-HOTEL



Rheinstr. 17—21, Tel. 5 97 91, a. d. Rhein-Main-Halle
150 Betten · 50 Bäder
Restaurant und Hubertusklausur
7 Konferenz- u. Ausstellungsräume, Garagen, Parkpl.

Schloß-Hotel „GRÜNER WALD“



u. Schloßrestaurant, Wiesbaden, Marktstr. 10
Tel.-Sammel-Nr. 5 95 11 · Telex 04 186-719
Inhaber Erich Köhler
Das gediegene u. komfortable Haus in zentraler Lage,
150 Betten, Konferenz- und Ausstellungsräume für Familienfeste u. Tagungen, Gute Parkmöglichkeiten, Internationale Küche

BÄREN-HOTEL, Restaurant und Badhaus

Eigene Thermalquelle, Pauschalkuren
Thermalbäder, Massagen für Passanten, alle Krankenkassen zugelassen
Inhaber: Familie Bödecker
BÄRENSTRASSE 3 · FERNSPRECHER 2 62 67 u. 2 92 21

AUTOHAUS GLINICKE GMBH



Volkswagen-Großhändler

3500 KASSEL · Königstor 70

Unsere Telefon-Nummer 19651

1187

DILLENBURG: Für die Beseitigung von Frostschäden auf Bundesstraßen — Bv. 3/64 — sollen u. a. vergeben werden:

- a) Los 1 B, Bundesstraßen 277 u. 49 im Kreis Wetzlar — Teilstrecken
 - ca. 2 400 cbm Bodenaushub
 - ca. 9 000 t Schotterunterbau (Rüttelschotter)
 - ca. 30 000 qm Teer- bzw. Asphaltbinder 0/35 bzw. 0/18 mm
 - ca. 20 000 qm Asphaltfeinbeton 0/12 mm
 - ca. 5 000 lfd. m Gräben regulieren
 - ca. 12 000 lfd. m Randstreifen (ca. 30 cm angleichen)
 - Bauzeit: 120 Arbeitstage.
- b) Los 2 B, Bundesstraße 253, Kreis Biedenkopf und Dillkreis — Teilabschnitte
 - ca. 200 cbm Straßenauskofterung der Frostschäden
 - ca. 7 000 cbm Bodenabtrag der Kurvenbegradigungen
 - ca. 7 600 t Rüttelschotterunterbau
 - ca. 20 000 qm Teerbinder 0/35 mm
 - ca. 20 500 qm Asphaltfeinbeton 0/12 mm
 - ca. 2 000 lfd. m Grabenregulierung
 - ca. 6 200 lfd. m Randstreifenregulierung
 - Bauzeit: 130 Arbeitstage.
- c) Los 3 B, Bundesstraße 255, Bischoffen—Niederweidbach, km 12,100 12,975, Zollbuche, km 18,340 bis 18,385 und Gladenbach—Erdhausen, km 19,125 bis 19,900
 - ca. 180 cbm Fahrbahnauskofterung
 - ca. 10 000 qm Schotterunterbau (Rüttelschotter)
 - ca. 10 800 qm Teer- bzw. Asphaltbinder 0/35
 - ca. 11 000 qm Asphaltfeinbeton 0/12
 - ca. 3 300 lfd. m Randstreifen (etwa 30 cm) angleichen
 - ca. 2 000 lfd. m Gräben regulieren
 - Bauzeit: 90 Arbeitstage.
- d) Los 4 B, Bundesstraße 453 zwischen Gladenbach und Runzhausen (Kreis Biedenkopf) — Teilabschnitte
 - ca. 2 700 cbm Boden DIN 18 300, 2.22—2.26, auskoffern
 - ca. 600 t Sauberkeitsschicht 0/5 mm
 - ca. 2 100 t Frostschutzmaterial 0/35 mm
 - ca. 2 000 t Schotterunterbau (Rüttelschotter)
 - ca. 5 000 qm Asphaltbinder 0/18
 - ca. 5 200 qm Asphaltfeinbeton 0/12
 - ca. 800 lfd. m Betonhochbordsteine
 - ca. 400 qm Betonleitstreifenunterbau
 - ca. 800 lfd. m Leitstreifen aus Betonplatten
 - ca. 700 lfd. m Randstreifen angleichen (ca. 30 cm)
 - ca. 200 lfd. m Gräben regulieren
 - ca. 2 000 qm Gehwegflächen herstellen
 - Bauzeit: 80 Arbeitstage.

Eröffnungstermin: a) Los 1 B: 30. 4. 1964, 11.00 Uhr, b) Los 2 B: 15. 5. 1964, 11.00 Uhr, c) Los 3 B: 15. 5. 1964, 11.10 Uhr, d) Los 4 B: 15. 5. 1964, 11.20 Uhr.

Zuschlagsfrist: 28. Kalendertage.
Die Bieter müssen nachweisbar gleichartige Bauleistungen ausgeführt haben.

Anforderung oder Abholung (Zimmer 8) der Angebotsvordrucke ab 21. 4. 1964 (Los 1 B) und ab 30. 4. 1964 (Los 2 bis 4) gegen Quittung — mit Angabe: „Beseitigung von Frostschäden auf Bundesstraßen — Los 1 B, bzw. Los 2 B, Los 3 B, Los 4 B —“ über eingezahlte Selbstkosten in Höhe von a) 20,— DM, b) 25,— DM, c) 20,— DM und d) 20,— DM. (Staatskasse Dillenburg, Postscheckkonto Ffm. Nr. 6820). Der Betrag wird nicht zurückerstattet.

634 Dillenburg, 16. 4. 1964

Hessisches Straßenbauamt
103 — 63a — 06 — 05

Der Staats-Anzeiger für das Land Hessen erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 6,60. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Gemmer, für den übrigen Teil Paul Hartelt.

Verlag: Verlag Kultur und Wissen GmbH, Wiesbaden, Postscheckkonto: Frankfurt/Main, Nr. 143 60. Druck- und Verlagshaus Chmielorz, Wiesbaden.

Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, Wiesbaden, Wilhelmstraße 42, Ruf: Sa.-Nr. 5 96 67. Fernschreiber: 04-186 648.

Prels von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 1,30 und DM —,25 Versandkosten, bis 40 Seiten DM 2,— und DM —,30, bis 48 Seiten DM 2,30 und DM —,40, über 48 Seiten DM 2,50 und DM —,40. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages.

Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 4 v. 1. 1. 1962. Umfang der Ausgabe 40 Seiten.

Volkswagen + VW 1500

jetzt können Sie wählen —

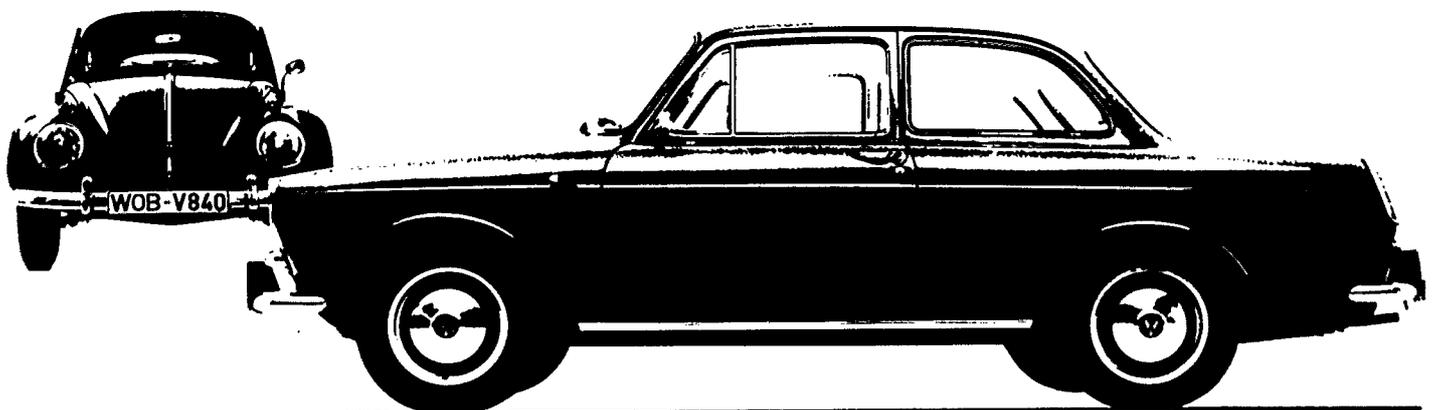
Volkswagen

das vernünftige Automobil für kluge Rechner

VW 1500

das vernünftige Automobil für gehobene Ansprüche

beide aus Wolfsburg



VW-GLOCKLER · Frankfurt (Main) Telefon: 60641

AUTO-DUNKER · Friedberg (Hessen) Telefon: 5113-14

AUTOHAUS HANS KAHRMANN GMBH · Fulda
Telefon: 7161, Fernschreiber: vw kahrman fda 04-9875

AUTO-ROSSEL GMBH · Wiesbaden Telefon: 74641/77641

AUTOHAUS GLINICKE GMBH · Kassel Telefon: 19651

AUTOHAUS J. WIEST & SÖHNE GMBH · Darmstadt Telefon: 71091